

Freerk Huisken

Flüchtlingsgespräche

2015ff.



**Über demokratische Ausländerfeindlichkeit und
völkischen Nationalismus, linke Heimatliebe
und weltoffenen Patriotismus**

Freerk Huiskens
Flüchtlingsgespräche 2015ff.

Freerk Huiskens ist Professor im Ruhestand an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Ausbildungsektors.

2016 erschienen von ihm die VSA: Flugschrift »Abgehauen. Eingelagert aufgefischt durchsortiert abgewehrt eingebaut – Neue deutsche Flüchtlingspolitik« und die überarbeitete und erweiterte Neuausgabe seines Grundlagenwerks »Erziehung im Kapitalismus. Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten«.

Kontakt/Infos zu Vortragsterminen/Texten/Publicationen:
www.fhuiskens.de.

Freerk Huiskens

Flüchtlingsgespräche 2015ff.

**Über demokratische Ausländerfeindlichkeit
und völkischen Nationalismus, linke Heimatliebe
und weltoffenen Patriotismus**

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.fhuisken.de

© VSA: Verlag 2020, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Umschlagkarikatur: Harm Bengen

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Bad Langensalza

ISBN 978-396488-078-9

Inhalt

Vorwort	9
Aufruf: »Die Rechten stoppen!« – So jedoch nicht!	11

1. Kapitel

»Ich habe nichts gegen Flüchtlinge, aber ...«	15
1.1. »... sie nehmen uns doch die Arbeitsplätze weg ...!«	15
1.2. »Als Frau traut man sich bei uns ja nicht mehr auf die Straße!«	25
1.3. »Ich bin doch keine Rassistin, wenn ich einen Deutschen als Ausländer anspreche!«	28
1.4. »... aber es sind doch inzwischen viel zu viele und außerdem passen sie nicht zu uns.«	32
1.5. »Der Islam passt einfach nicht zum christlich-jüdischen Abendland.«	38
1.6. »Wir sind das Volk!«	42
1.7. »Ich bin Patriot, aber kein Nationalist!«	46
1.8. Zwischenruf: »Mit Rechtsextremen diskutiert man nicht!«	52
1.9. »Deutschland den Deutschen. Ausländer raus!«	56
1.10. »Als Deutscher ist man doch automatisch für Deutschland!«	69
1.11. Zwischenruf: »Wie können Deutsche nur wieder die Braunen wählen?«	76

2. Kapitel

Das Elend demokratischer Kritik an rechten und Stammtisch- parolen: Nichts als nationalistische Missverständnisse	84
2.1. Zwischenruf: »Das sind Geflüchtete, keine Flüchtlinge!«	84
2.2. Nichts als nationalistische Missverständnisse	86
2.3. Zwischenruf: »Lehnst du Parteilichkeit ab?«	102

3. Kapitel

Kampfparolen gegen Rechte:

Wer steht für das bessere Deutschland? 108

3.1. »Kein Mensch ist illegal!« 108

3.2. »Herz statt Hass«, »Toleranz statt Ausgrenzung« 110

3.3. »Bunt statt Braun« 111

3.4. Exkurs: »Den Heimatbegriff nicht
den Rechten überlassen« 112

3.5. »Wir sind das Volk!«, »Wir sind mehr!« 114

4. Kapitel

Mahnruf: »Immer nur kritisieren und theoretisieren.

Wo bleibt denn da die Praxis?» 115

5. Kapitel

Der Test 122

5.1. Abschließende Lesertäuschung 122

5.2. ... und ihre konstruktive Bewältigung 124

Nachruf

Warum ein Gespräch mit Flüchtlingen

nicht zustande gekommen ist 138

*»Über, was herrschen ist, besteht eine verkehrte Meinung bei
einigen. Die meisten Leute wissen zeit ihres Lebens nicht, dass sie
beherrscht werden, das ist eine Tatsache.
Sie meinen, sie tun, was sie auch täten, wenns überhaupt keine
Obrigkeit oder sonstwas, was herrscht, gäb.
Wenn sie was merken, werden sie manchmal ganz wild: ›Wir sind das
Volk!«
(Kalle, mit Ergänzung, in: Brecht, Flüchtlingsgespräche)*

Flüchtlingsgespräche

Gespräche nicht unter Flüchtlingen,
nicht mit ihnen, sondern über sie;
mit Menschen, die sich nicht mit ihnen vertragen,
und solchen, die das nicht vertragen.

Vorwort

Die Kritik an rechten Gedanken, an falschen Einwänden gegen sie und die Erarbeitung von korrekten Gegenpositionen wird in diesem Text durchgehend nicht als in sich geschlossene Argumentation geleistet, sondern in der Form von Gesprächen, Kommentaren, Korrespondenzen etc. aus den Jahren 2015ff. vorgestellt, die zum einen im alltäglichen Umgang mit Bekannten, Verwandten, Bahnmitreisenden, Vortrags- oder Workshop-Besuchern, Korrespondenten etc. (*deren Wortmeldungen im Folgenden in den kursiv gesetzten Absätzen nachzulesen sind*) angefallen sind, zum anderen meine nachträglichen, z.T. schon anderweitig publizierten Überlegungen dazu versammeln. Die abgedruckten Gespräche stellen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht die wortgetreue Niederschrift von Aufnahmen, sondern deren anschließende, von mir ergänzte, abgeschliffene und deshalb zwangsläufig idealisierte Notierung dar. Natürlich habe ich deswegen auch immer das letzte Wort. Der Stil ist Sprech- und kein Schreibstil. Wiederholungen lassen sich nicht vermeiden. Wo sie vorkommen, habe ich mich um eine jeweils etwas andere Akzentsetzung bemüht.

Diese Form habe ich gewählt, um vorzuführen, dass die Auseinandersetzung mit anderen, hier eben vorwiegend rechten Auffassungen, an deren Fehlern ansetzen muss, diese erst einmal in ihren Unstimmigkeiten, Brüchen, logischen Mängeln oder in ihrer offensichtlichen Kontrafaktizität zu kritisieren sind. Rechtes Denken nur zu dementieren, es mit linken Auffassungen zu konfrontieren, es als nationalistisch oder rassistisch einzuordnen, seine Anhänger damit zu stigmatisieren und ideell auszugrenzen, beendet Debatten, statt sie zu eröffnen und mit der Absicht zu führen, den Gesprächspartner von der Fehlerhaftigkeit, Unsinnigkeit und Schädlichkeit seiner Urteile zu überzeugen – von denen er selbst oft überhaupt keine Ahnung, geschweige denn einen Begriff hat. Das ist ein mühsames Geschäft, das davon lebt, sich, ausgehend von der Klärung der Gegenstände, die jeweils Thema sind (Populismus, Neofaschismus, Demokratie, Flüchtlingspolitik, Rassis-

mus, Nationalismus usw.), in die (Fehler-)Logik des rechten Denkens einzuarbeiten. Ohne dies geht – auch an jeder anderen Front – keine Überzeugungsarbeit.

Der lesende Nachvollzug der Gespräche, Debatten und Korrespondenzen hat nicht den Sinn, einem mehr oder weniger spannenden »Wettkampf« zu folgen – dass die Darstellungsform diese Gefahr birgt, weiß ich. Vielmehr liegt mir daran, dass man sich die (Gegen-)Argumente klar macht, prüft, um sie, wenn sie für einleuchtend befunden werden, zwecks eigener späterer Anwendung parat zu haben. »Sieger« gibt es in diesen Streitgesprächen ohnehin nicht. Denn ich weiß nicht, was von meinen Einwänden beim Gegenüber angekommen ist, eingeleuchtet und zur Korrektur seiner falschen Gedanken geführt hat. Das findet allein in seinem Kopf statt. Nichts als Einsicht ist gefragt und zu der kann der Kritisierte nur selbst kommen. Ich bin nach jedem Gespräch mit der Frage befasst, ob ich Urteile erwischt habe, wo ich mehr, wo weniger oder anderes besser angebracht hätte. Das hat weder etwas mit dem Ritual von Selbstkritik noch mit anerzogenem Skeptizismus zu tun, sondern allein mit der Frage, ob ich mit meiner Kritik richtig gelegen und sie in nachvollziehbarer Form geäußert habe. In die schriftliche Niederlegung der Gespräche und Debatten sind meine aktuellen Nacharbeitungen immer eingegangen.

Überzeugungsarbeit ist deswegen so nötig, weil der politische Weg der Republik unter Führung von Demokraten und bei drängeliger Gefolgschaft der zugelassenen Rechtskräfte nur durch Bürgereinspruch korrigiert werden kann. Was mit kleinen Schriften in Kleinverlagen, die obendrein ein Opfer der Freiheit auf vom herrschenden Meinungspluralismus bestimmten Büchermarkt sind, dabei erreicht werden kann, darüber mache ich mir keine Illusionen. Aber ein anderes Mittel, als mich mit Argumenten mündlich oder schriftlich einzumischen, habe ich nicht.

Kritik, Nachfragen und Ergänzungen an: info@fhuiskende.de

Aufruf: »Die Rechten stoppen!« – So jedoch nicht!

Mit »*Stoppt die AfD! Gemeinsam gegen den AfD-Bundesparteitag*«¹ hat ein nationales Bündnis 2019 zu einer »Großdemonstration« aufgerufen, um »*Protest und Widerstand gegen den Rechtsruck zum Ausdruck zu bringen*«. Es versammelt auf seinem Flyer, der hier stellvertretend für andere behandelt wird, Begründungen von seltsamer Art: »*Seit ihrer Gründung 2013 hat die AfD sich immer weiter in Richtung einer völkisch-nationalistischen Partei radikalisiert. Die Wahlergebnisse zeigen, dass viele Menschen trotzdem keine Skrupel haben, dieser ihre Stimme zu geben. ... Es ist unsere Aufgabe, dem Vormarsch der extremen Rechten entgegenzutreten, bevor diese weiter an Einfluss und Macht gewinnt.*«

Nimmt man dieses Anliegen einmal beim Wort, dann darf man schon die Frage stellen, warum das Bündnis dieses Ziel ausgerechnet mit einem Aufmarsch vor dem Bundesparteitag dieser Partei verfolgt. Seine Gegnerschaft gegen die AfD bringt es auf diese Weise schon zum Ausdruck, welcher Art die auch immer ist, und zwar zusammen mit Menschen, die diese Ablehnung schon *teilen*. Und *nur* mit denen. Ob das jedoch den Vormarsch der Rechten stoppen kann? Ob sich AfD-Wähler dadurch von ihrem Wahlvotum abbringen lassen, dass vor den Parteitagsräumen lautstark Abscheu und Widerwille gegen die Partei verkündet wird, ist mehr als zweifelhaft. Denn all das, was diese AfD-Kritiker gegen die Partei aufbringt – »*Hass und Hetze*«, »*Angriff auf Geflüchtete*«, »*Spaltung der Gesellschaft*« usw. –, spricht allein die Gründe an, aus denen sie von einer nicht geringen Anzahl von Zeitgenossen² – der Rechtstrend soll, wie sie verkünden, inzwischen »in der Mitte der Gesellschaft« angekommen sein – gewählt wird. »Genau!«,

¹ <https://region-s-o-n.verdi.de/themen/stoppt-die-afd> (Alle im Buch auftauchenden Netz-Zitate wurden im Zeitraum August-September 2020 eingesehen.)

² Zur Corona-Zeit hat sich die AfD national bei 7-8% eingependelt. In den neuen Bundesländern waren Zustimmungquoten von 20% durchaus keine Seltenheit.

applaudieren diese! Dabei kehren die Parteianhänger die Kritik-richtung natürlich um, erachten jeden Angriff auf Geflüchtete für recht und billig, erklären die Regierung für die Spaltung der Gesellschaft verantwortlich, machen aus ihrem Hass auf Flüchtlinge kein Geheimnis und applaudieren den Parteifunktionären, wenn die in Wort und Schrift gegen die »Volksverräter« in politischen Ämtern zu Felde ziehen.

Was haben sich die Veranstalter solcher Demos gedacht, wenn sie sich davon das Aufhalten des Rechtstrends versprechen? Wie soll die pure Existenz von *Gegnern* vor dem Parteitagsgebäude die AfD-Anhänger bekehren, wo sich die Demonstranten doch erkennbar als Vertreter jener Politik im Umgang mit Flüchtlingen aufstellen, die sie gerade zur AfD getrieben haben? Oder sollen sie durch die *Masse* an Demonstranten, wenn die sich denn in ordentlicher Anzahl versammeln, überzeugt werden? Wie dies, wo doch ihr Wahlvotum einer Partei gegolten hat, die immer noch zur politischen *Minderheit* zählt. Wird diesen Wählern einer von allen bürgerlich-demokratischen Parteien *geächteten* politischen Organisation jene Sorte *Opportunismus* zugetraut, die sich immer auf die Seite von Mehrheiten schlägt? Wohl kaum, denn die AfD hat von Anbeginn die geschlossene Ablehnung der etablierten Parteien erfahren, sich also zunächst selbst als Minderheit parlamentarisch eingerichtet. Eher könnten die Demo-Veranstalter darauf gesetzt haben, dass sie bei den Parteianhängern als Vertreter eines *einigen Deutschlands*, also gegen die Spaltung der Heimat, auftreten. Damit kämen sie den Parteien vom rechten Rand, die mit ihrem Ruf nach nationaler Identität auftreten, einerseits ziemlich nahe. Andererseits hätte dies den Haken, dass die AfD in ihrem Kampf für deutsche Einheit umgekehrt gerade sie, die Flüchtlingsfreunde, als Spalter ausschließen will.

Verräterisch ist auf jeden Fall, wenn im Flyer ungläubig festgehalten wird, dass angesichts »völkisch-nationalistischer« Radikalisierung der AfD »viele Menschen trotzdem (!) keine Skrupel haben, dieser (Partei) ihre Stimme zu geben«. Skrupellosigkeit, fehlende Skrupel sollen der Grund für so eine gänzlich unvertretbare Wahlentscheidung sein?! Eigentlich, so heißt diese Begründung im Klartext, müssten deutsche Bürger um alles, was sich »völkisch-natio-

nalistisch« aufstellt, doch einen großen Bogen machen, hätten das öffentliche Auftreten von Neonazis in deutschen Großstädten für unwürdig zu erklären und angesichts der braunen Parteitagsaufmärsche als Deutsche nur Ekel zu empfinden. Es lebe der Konjunktiv, mit dem man sich unter Zuhilfenahme der Logik der Eigentlichkeit derart Kontrafaktisches erlauben darf.

Dieses Denkmuster unterstellt angesichts der deutschen NS-Vergangenheit Scham als das Grundmuster politischen Denkens, als die sich gehörende Nationalmoral aller Deutschen nach 1945. Davon wären die AfD-Wähler abgewichen, weswegen man sie mit einer machtvollen Demo deutscher »Wehret-den-Anfängen«-Gesinnung wieder an das erinnern müsste, was sich für eine Nation gehört, die der Schuld, die sie in der Vergangenheit auf sich geladen hat, immer noch sehr viel schuldig ist. Deswegen endet das Flugblatt auch mit einer Kurzzusammenfassung antifaschistisch gedeuteter Grundgesetzmoralität: »*Unsere Antworten auf Rassismus, Chauvinismus und Sexismus sind Gerechtigkeit, Wertschätzung, Gleichberechtigung und Solidarität.*«

Übrigens soll man Skrupel nicht mit Überlegungen, durchdachten erst recht nicht, gleichsetzen. Skrupel verweisen auf ein schlechtes Gewissen, Skrupellosigkeit lässt diese Sorte Hinundher zwischen eigenen Anliegen und dem, was sich gehört, vermissen, gehört sich deswegen selbst nicht; zumal wenn Gewissensfragen nicht das Problem, ob man nach fünf Bier noch Auto fahren soll, sondern so hohe Güter wie die Einigkeit der Nation betreffen, von der im Folgenden noch genauer die Rede sein wird.

Es muss festgehalten werden, dass Demos dieser Art – und nur gegen solche spreche ich mich hier aus – allein Menschen vor AfD-Parteitagern zusammenführen, die *als deutsche Bürger* wissen, dass sich am Wahltag eine *Absage* an »völkisch-nationalistische« Parteien gehört. Die demonstrative Feier dieser Absage ist denn auch ihr primäres Resultat. Ihre im Flyer angegebenen Anliegen *verfehlen* diese Anti-AfD-Aktivitäten: An »*Einfluss und Machtgewinn*« dieser Parteien ändert das nichts. Überzeugte AfD-Wähler und selbst Protestwähler, die natürlich auch Stimmen bringen, sehen sich dadurch nicht kritisiert. Sie sind es auch nicht. Dafür wäre anderes nötig:

- Zum einen wäre all das zu kritisieren, was diese Wähler an der AfD-Politik und -Programmatik *überzeugt* bzw. was Protestwähler dazu bringt, ihre Vorbehalte gegen die etablierten Parteien in eine Zustimmung zu den Rechtsradikalen umzumünzen. Das bedeutet, es wären die Fehler des rechten Denkens auszumachen, vorzuführen und es wäre ihren Vertretern zu verdeutlichen, dass die Praxis dieser Fehler nicht nur Flüchtlingen und anderen für ziemlich »undeutsch« Erklärten, sondern auch ihnen selbst nicht sonderlich gut bekommt.
- Zum anderen hätte man das politische Denken jener Mitmenschen aufs Korn zu nehmen, die gerade ihren nationalmoralischen *Skrupeln gehorchen*. Ihr Credo ist das von »Aber«-Deutschen: »Ich habe nichts gegen Fremde; und die AfD-Nazis wähle ich schon gleich nicht. Aber (!) dass Flüchtlinge uns die Arbeitsplätze wegnehmen, ist doch nicht zu bestreiten!« Sie ballen sich ebenfalls in der Mitte der Gesellschaft und wissen, dass es sich *nicht gehört*, NPD oder AfD zu wählen. Mit AfD-Parolen im Kopf und deutschnationalen Skrupeln im Herzen – oder auch umgekehrt – wissen sie sich dann bei der CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen immer noch vergleichsweise gut aufgehoben. Und in der Tat: *Das sind sie!*
- Was natürlich – und dies zum dritten – die Frage aufwirft, ob es korrekt ist, wenn sich die Aktionsbündnisse der zitierten Art die *oppositionelle* AfD zum *Hauptgegner* erklären. Das Wahlverhalten dieser »Aber«-Deutschen geht nämlich nur auf, wenn die politischen Programme der *staatstragenden* demokratischen Parteien so unverträglich mit der Programmatik der Rechtsradikalen nicht sind. Trifft das zu, dann bedarf es nicht einmal der genannten Skrupel beim Wählen, also des Wissens, dass eigentlich ein Kreuz bei der AfD angesagt ist. Es wird sich im Folgenden zeigen, dass es gar nicht so einfach ist, herauszufinden, gegen welchen flüchtlings- bzw. ausländerpolitischen Konsens der demokratischen Parteien die AfD-Parolen verstoßen. Oder anders gesagt: Ich behaupte, dass die Grenzen zwischen demokratischem und völkischem Nationalismus fließend sind. Es wird bei der reinen Behauptung nicht bleiben.

1. Kapitel: »Ich habe nichts gegen Flüchtlinge, aber ...«

1.1. »... sie nehmen uns doch die Arbeitsplätze weg ...!«

Im ICE von Hannover gen Süden. Die Süddeutsche Zeitung macht auf der Titelseite groß mit der Frage auf, ob der CDU-Parteitag im Dezember 2016 eine Wende in der Flüchtlingspolitik bringe. Meinen älteren Sitznachbarn hält es angesichts der Schlagzeile nicht mehr:

Das wurde aber auch Zeit, dass die CDU eine Kehrtwende macht!

Was meinen Sie damit?

Damit Sie mich nicht missverstehen. Ich habe nichts gegen Flüchtlinge und andere Ausländer. Und die AfD-Nazis wähle ich schon gleich nicht. Aber es ist doch nicht zu bestreiten, dass die Flüchtlinge uns Arbeitsplätze wegnehmen.

Haben Sie nun was gegen Flüchtlinge oder haben sie nichts gegen Flüchtlinge? Wenigstens widersprechen Sie sich heftig.

Wieso?

Sie gehören zu den »Aber«-Deutschen. Die behaupten immer mit dem »aber« das Gegenteil ihrer Eingangserklärung. Erst dementieren Sie jede Fremdenfeindlichkeit, die Sie nach dem »aber« mit der AfD-Parole bekräftigen. Denn die Behauptung, dass Flüchtlinge, wie Sie sagen, »uns« die Arbeitsplätze wegnehmen, gehört eindeutig in das fremdenfeindliche Parolenarsenal der rechts-extremen Parteien.

Aber – schon wieder das »aber«, das Sie nicht leiden können –, aber mit der AfD habe ich nun wirklich nichts am Hut.

Dass Sie die AfD nicht wählen, glaube ich Ihnen sofort. Vielleicht sind Sie sogar der Auffassung, dass diese Partei verboten gehört. Aber mit Ihrem Dementi zeigen sie doch, dass Sie sehr genau wissen, woher ihr Urteil über die Flüchtlinge stammt und was die rechten Kräfte in der Politik damit fordern: Flüchtlinge haben bei »uns« nichts verloren.

Das muss ich nicht auf mir sitzen lassen. Viele meiner Bekannten und Arbeitskollegen denken ähnlich. Und keiner wählt die AfD oder die NPD. Wir sind doch keine Nazis. Wir haben doch unsere Lektion gelernt. Außerdem: Dass Flüchtlinge massenhaft den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, das ist einfach eine Wahrheit und keine rechtsextreme Parole.

Das ist ja gerade das Merkwürdige: Millionen deutsche Wähler kreuzen mit rechten Gedanken im Kopf in der Wahl CDU/CSU/SPD/FDP oder die Grünen an, fühlen sich offenbar bei einer dieser Parteien beheimatet. Offenbar passt das zusammen. Nicht umsonst erwarten Sie doch vom CDU-Parteitag eine Abkehr von der sogenannten Willkommenskultur der Kanzlerin, also etwas, was nicht nur Seehofer, sondern auch die AfD fordern. Aber vielleicht ist das gar nicht so merkwürdig.

Die Vernunft setzt sich eben durch!

Die Vernunft ist wohl für Sie immer auf der Seite der Mehrheit. Es passt, dass Sie so Vernunft definieren. Offenbar gibt es, das geben Sie ja zu, in Sachen Flüchtlingspolitik so einen »vernünftigen Grundkonsens«, den alle Parteien von den Grünen bis zur AfD teilen: Die Grenzen müssen geschlossen werden bzw. geschlossen bleiben.

Natürlich. Oder gehören Sie etwa zu denen, die die Flüchtlinge der Welt zu uns einladen? Außerdem sind Sie mir noch den Beweis schuldig, dass es sich bei der Feststellung über den Einbruch der Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt um eine rechtsextreme Parole handelt.

Wollen wir nicht eins nach dem anderen abhandeln, wenn Ihnen denn der Sinn nach weiterer Debatte steht.

Immer.

Dass ich Flüchtlinge zu uns einladen könnte, das geht gleich mehrfach an der Sache vorbei. Zum einen halten die es in ihren Heimatländern nicht mehr aus. Dafür, dass sie von dort fliehen, brauchen sie wirklich keine Einladung aus Europa. Zum anderen: Wer bin ich denn, dass ich solche Einladung, einschließlich ihrer Konsequenzen aussprechen könnte. Ich kann Freunde oder Verwandte einladen. Flüchtlinge aus aller Welt aufzunehmen, das setzt bekanntlich Macht voraus: Da müssten Grenzen geöffnet werden,

da müssten Transitwege durch andere Staaten freigemacht werden – was deren Regierungen zum größten Teil überhaupt nicht gern sehen –, da müssten Unterkunft und Versorgung sicher gestellt werden usw. Bin ich denn die deutsche Regierung, der deutsche Innenminister, die deutsche Kanzlerin? Wem könnte ich denn so etwas befehlen? Ich muss doch immer nur den Gesetzen von denen gehorchen: Steuern zahlen, Versicherungsbeiträge berappen, mich und die Meinen bei den Behörden an-, ab- und ummelden, damit die Herrschaften immer wissen, wo sie auf mich zugreifen können, von allen Vorschriften bei der Versorgung mit Lebensmitteln noch mal ganz abgesehen. Von wegen: Ich würde die Flüchtlinge der Welt einladen!

Das mit der Versorgung verstehe ich nicht. Aber sei es drum. Würden Sie nicht gerne alle Grenzen für Flüchtlinge aufmachen, wenn Sie könnten?

Soll ich Ihnen mal sagen, was ich wirklich gern sehen würde, wenn wir denn schon dabei sind, uns von unserem Thema zu entfernen und uns eine Welt nach unseren Wünschen auszumalen? Dann würde ich mir wünschen, dass es den Menschen in Syrien, Irak, Afghanistan, in Somalia, Mali oder Niger usw. gut geht; wenigstens so gut geht, dass sie keinen Grund sehen abzuhausen. Übrigens hat das mit der »Fluchtursachenbekämpfung«, von der die Kanzlerin immer redet, nicht das Mindeste zu tun. Die denkt primär an geschlossene Außengrenzen in diesen Ländern, also an *Flucht*-bekämpfung. Und wenn wir schon bei solchen Wünschen sind: Warum wissen wir beide ganz genau, dass so eine Vorstellung von elementarer Lebenssicherung für diese Menschen unter den herrschenden Verhältnissen ins Reich der Träume gehört? Was sind das also für Verhältnisse, in denen es inzwischen über 80 Millionen in ihren Ländern nicht mehr aushalten, so dass sie abhauen und unter Inkaufnahme von Lebensrisiken Länder des freien Westens ansteuern, die ihnen die Grenzen vor der Nase zumachen und jeden legalen Grenzübergang verweigern?

Aber Sie sagen es, das ist ein anderes Thema. Vielleicht können wir auf all das noch mal zurückkommen. Wir haben ja noch Zeit. Aber nun zu Ihrem Beweis. Da bestehe ich drauf. Denn dass ich ein Rechter bin, vielleicht sogar ein rechter Nationalist, das will ich

nicht auf mir sitzen lassen. Also, ich sage, dass es einfach nur eine Tatsache ist, dass Flüchtlinge uns Arbeitsplätze wegnehmen.

Ich muss Sie erst einmal etwas fragen, damit ich Sie auch richtig verstehe. Wie meinen Sie das mit dem »wegnehmen«? Das soll man doch nicht wörtlich nehmen.

Nun halten Sie mich bitte nicht für blöd. Natürlich läuft das über den Arbeitsmarkt, auf dem sich Flüchtlinge billiger als deutsche Arbeitskräfte anbieten, dann von den Unternehmen mit Kusshand genommen und den Deutschen vorgezogen werden. Und je mehr Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt drängen, desto mehr haben die Einheimischen das Nachsehen. Das wissen Sie doch, dass es so läuft.

Genau, das wollte ich mir aber von Ihnen bestätigen lassen. Von wegen also: Tatsachen. Das mit dem »Wegnehmen« ist also gleich mehrfach eine *Verdrehung* der Tatsachen. Erstens: Sie reden selbst von der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Auf dem bieten Flüchtlinge nicht einfach so ihre Arbeit an, sondern zur Konkurrenz müssen sie von den staatlichen Behörden erst mal zugelassen werden. Die Not der Flüchtlinge und ihr Arbeitswille sind für den Staat überhaupt kein Grund, ihnen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen - allenfalls handelt es sich um eine ausnutzbare Voraussetzung. Die Gründe dafür stehen auf einem anderen Blatt. Damit komme ich zur zweiten Tatsachenverdrehung: Wer entscheidet denn darüber, welche Nachfrage nach Arbeit bedient wird? Mit dem »Wegnehmen« werden glatt die Ärmsten und Rechtlosesten unter den Bewerbern zu *Subjekten* mit Entscheidungsgewalt auf dem Arbeitsmarkt erklärt. Sie sagen doch selbst, dass es die *Unternehmer* sind, die mit ihrer Entscheidungshoheit darüber befinden, wer einen Arbeitsplatz bekommt und wer sich weiter im Jobcenter anstellen muss. Damit ist zugleich die Sache mit »unseren« Arbeitsplätzen auch etwas zu- recht gerückt: Dass die Arbeitsplätze den Arbeitern gehörten, das glauben Sie selbst nicht. Bliebe die Frage offen, was Sie denn sonst mit dem »uns« und »unseren« gemeint haben. Überdies sind Ihnen die Kriterien bekannt, nach denen Unternehmer alle Bewerber, egal ob einheimisch oder fremd, begutachten. Flüchtlinge bieten sich billiger an, sagen Sie. Das ist in einer Hinsicht eine weitere, eine dritte Tatsachenverdrehung: Als ob Flüchtlinge ein *Angebot* unterbreiten würden! Sie müssen, wenn sie schon zum Arbeitsmarkt zu-

gelassen werden, einkommenslos wie sie nun mal sind, jedes Billig-Angebot, das ihnen vom Betrieb gemacht wird, *annehmen*. Dabei nützen die Betriebe nicht nur gnadenlos das Elend der Flüchtlinge aus, sondern sehen gerade in einem Überangebot an Arbeitskräften die Gelegenheit, alle Konkurrenten lohnkostensenkend gegeneinander auszuspielen. Sie selbst haben damit ein ziemlich gnadenloses Urteil über die hiesige Produktionsweise ausgesprochen. Ich halte zudem fest: Wenn Sie die Behauptung, mit der Sie in unsere Debatte eingestiegen sind, etwas näher erläutern sollen, dann widersprechen Sie ihr sofort selbst diametral ...

Stopp, das reicht erst mal. Ich habe noch einige Einwände: Unternehmer haben doch auch andere Kriterien. Es geht denen doch nicht immer nur um billige Arbeit. Die Arbeitskräfte müssen qualifiziert sein und zum Betrieb passen. Ich weiß außerdem von Betrieben, die Flüchtlinge nicht einstellen, weil die Unruhe in den Betrieb bringen und die Arbeit der Belegschaft stören.

Da gebe ich Ihnen recht, sehe darin aber keinen Einwand. Natürlich müssen die Arbeitskräfte zu den im Betrieb eingerichteten Arbeitsplätzen passen. Das gilt immer und für jeden Beschäftigten. Dass die Arbeitsplätze und die Organisation der Arbeit mal an die Bedürfnisse der Arbeitenden angepasst werden, kommt hierzulande nämlich nicht infrage. Also ist *Anpassung* an den Arbeitsplatz und an die jeweils vom Betrieb festgelegten Leistungsanforderungen die erste Qualifikation, die verlangt ist. Was dazu an Kenntnissen und Fertigkeiten gebraucht wird, ist heute kaum der Rede wert – wenigstens für die meisten der Arbeitsplätze, von denen wir hier handeln. Oft sind nicht einmal gute Sprachkenntnisse nötig. Die Arbeitsplätze sprechen mit ihren Anforderungen ihre eigene Sprache.

Also löst sich das ebenso wie Ihr Hinweis auf die Betriebsruhe letztlich in genau das Kriterium auf, auf das ich hinaus will: Aus billigem Lohn möglichst ein Optimum an Leistung herausholen, darum geht es bekanntlich den Betrieben in der Marktwirtschaft. Oder wollen Sie das bezweifeln? Dafür muss die Arbeitskraft zum Arbeitsplatz passen, genauer: sich ihm unterwerfen, und dafür ist Betriebsruhe nötig, in der ruhig und störungsfrei die Vorgaben abgearbeitet werden.

Übrigens wird bei Einstellung von Ausländern diese hübsche Betriebsruhe nicht von den neu eingestellten Fremden gestört. Die werden sich darum bemühen, alles zu unterlassen, was ihre Beschäftigung gefährden könnte. So eine Störung geht immer von den einheimischen Arbeitskräften aus, die sich durch fremde Kollegen gestört sehen – aus Gründen, die mit den Betriebsanforderungen an sie, mit Lohn, Leistung und Arbeitswilligkeit überhaupt nichts zu tun haben. Ich frage mich, warum diesen deutschen Arbeitern nicht auffällt, dass sie zur selben Menschenklasse zählen wie die ausländischen Kollegen, fast genau so übel dran sind wie die, die sie nur wegen ihrer fremden Herkunft nicht mögen.

Ich weiß von einigen Betrieben, deren Personalchefs AfD wählen. Die würden wahrscheinlich nicht mal Deutsche mit Migrationshintergrund einstellen.

Das wird es mit Sicherheit geben. Genau so wird es Chefs der Personalabteilung geben, die gewerkschaftlich oder sozialdemokratisch denken. Aber haben denn all diese Menschen die Freiheit, das, was sie als Privatleute so politisch denken, in ihrem Job als Personalchef nach ihrem Geschmack umzusetzen? Oder sind sie nicht vielleicht auch an die Kriterien gebunden, nach denen der Betrieb läuft und nach denen sie sich in der Konkurrenz richten müssen? Die wollen ihren Job doch auch behalten. Und wenn so ein Personalchef wirklich so verfährt, auch mit Rücksicht auf die Betriebsruhe in einer ziemlich aufgehetzten Belegschaft, dann darf sich die sogar noch was drauf einbilden: »Arbeit an deutschen Arbeitsplätzen ist ein Privileg für uns!« Schönes Privileg, von dem man nichts selbst in der Hand hat und das darin besteht, sich ein Leben lang in der Konkurrenz gegen Seinesgleichen bis zur Rente, sprich: bis zur Altersarmut, durchzuwursteln!

Mmh!

Ich bin aber mit der Tatsachenverdrehung noch gar nicht fertig. Ich mache weiter und sage noch mal, worauf es mir bisher angekommen ist: Nicht nur sind die Flüchtlinge alles andere als die Subjekte ihrer Arbeitsplatzentscheidungen; sie sind – wie alle anderen auch, mit denen sie auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren – mit ihrem Interesse an Verdienstgelegenheiten *abhängig* vom Eigentümer des Betriebs und damit von seinen ökonomischen Interessen. Und

diese Interessen haben Sie auch selbst angesprochen. Billig muss die Arbeit sein und – das ergänze ich – willig die Arbeitskraft. Übrigens bestätigen das auch alle einheimischen Arbeitskräfte, wenn die sich über fremde Konkurrenz beschweren: Mal eine Zeitlang Pause von der Arbeit oder einen geringeren Lohn können die sich offenbar nicht leisten. Warum wohl nicht? Oder sehen Sie das anders?

Aber warum das mit dem Arbeitsplatzdiebstahl eine rechtsextreme Parole sein soll, haben Sie mir noch nicht klar gemacht.

Stimmt nicht ganz! Zwar habe ich bislang nur einige Tatsachenvendrehungen aufgelistet, also theoretische Fehler benannt, aber die Konsequenzen dieser Fehler weisen bereits eine eindeutige Richtung auf. Wer nämlich aus den genannten Fehlurteilen den Schluss zieht, er müsse sich zwecks Sicherung seines Arbeitsplatzes oder seiner Chancen auf dem Arbeitsmarkt auf die Seite der Flüchtlingsgegner bzw. der Gegner einer moderaten Flüchtlingspolitik – die es nicht mehr gibt, wenn es sie denn je gegeben hat³ –, sich also auf die Seite der AfD stellen, macht nicht nur theoretische Fehler. Der verwechselt das Subjekt seines Schadens bzw. seiner Sorgen. Der sucht sich den falschen Gegner aus. Er stellt dem für seine lebenslange Abhängigkeit von Lohnarbeit verantwortlichen Unternehmertum einen Freibrief aus, wenn er ausgerechnet die Flüchtlinge erstens verantwortlich macht für die Zwänge, für die die Kapitaleigentümer auf den Arbeitsmärkten sorgen; und er sie deswegen zweitens nicht im Lande haben will. Damit sind Sie gelandet bei: Ausländer raus ...!

... Das habe ich nicht gesagt. Die alte NPD-Parole: »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« würde mir nie über die Lippen kommen. Wie kommen Sie darauf, mir so etwas zu unterstellen. Mir kam es nur auf die Feststellung an, dass es bei immer größerem Zuzug von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt immer enger wird und dass dann die einheimischen Arbeitsplatzbewerber das Nachsehen haben. Mehr nicht!

Das nehme ich Ihnen sofort ab, dass diese NPD-Parole nicht über Ihre Lippen kommt. Ich hoffe nur, dass Sie jetzt nicht belei-

³ Siehe dazu Freerk Huiskens, Abgehauen. Eingelagert aufgefischt durchsortiert abgewehrt eingebaut. Neue deutsche Flüchtlingspolitik, Hamburg (VSA: Verlag) 2016.

digst sind. Dann hätten Sie etwas gründlich falsch verstanden. Ich habe nämlich nicht über Sie als *Person* geurteilt, sondern ein falsches theoretisches *Urteil* kritisiert. Ein Urteil, das Sie übrigens nicht gepachtet haben, sondern das leider sehr verbreitet ist. Beleidigt ist man immer dann, wenn die eigene Person ganz in dem Urteil aufgeht, das angegriffen wird. Das scheint aber bei Ihnen nicht der Fall zu sein. Denn sonst könnten wir uns gar nicht auseinandersetzen. Ich werde mich deshalb auch nicht entschuldigen, sondern nur darauf bestehen, dass wir sachlich weiter diskutieren. Einverstanden?

Einverstanden!

Ich wollte Sie mit dem Zitat der bekannten Parole allein darauf hinweisen, wie nahe die Konsequenz Ihrer Parole bereits an dem völkischen Gedankengut der NPD und des rechten Flügels der AfD ist. Es ist nichts als die Schlussfolgerung aus einem Urteil, das Sie anfänglich in die Debatte geworfen haben. Wenn Sie jetzt davor erschrecken, dann wäre das ein zusätzlicher Grund, sich von ihm zu trennen. »Zusätzlich« sage ich deswegen, weil meiner Meinung nach die aufgewiesenen Fehler der Parole allein für so eine Absage reichen. Ich bin mit der aber immer noch nicht fertig.

Woher haben Sie das eigentlich alles? Gehört oder gelesen habe ich das noch nie! Dabei bin ich durchaus politisch interessiert.

Achtung, wieder ein Themenwechsel! Antworten kann ich dennoch kurz: Mir sind einfach die oben genannten Widersprüche und Verdrehungen aufgefallen. Die habe ich klären wollen. Wobei mir – da gebe ich Ihnen recht – kein Politiktalk, keine Tageszeitung und übrigens auch keine der damit befassten Wissenschaften geholfen hat. Ich musste einfach mit Gleichgesinnten selber weiter denken. Zum Beispiel ist mir dann noch eine Verdrehung aufgefallen: ...

Mein Gesprächspartner verlangt zwecks Verdauung der Debatte eine Bistro-Pause, lädt mich zu einem Kaffee ein und will dann tatsächlich weitermachen.

Wo waren wir? Genau, bei einer weiteren Verdrehung: Sie haben in der Erläuterung der Parole auf die Konkurrenz verwiesen, die auf dem Arbeitsmarkt herrscht. Das trifft zu. Nur haben Sie genau genommen gar nicht von der Konkurrenz geredet, die es gibt, son-

dern von einer von Ihnen erwünschten. In der real existierenden Konkurrenz konkurriert jeder mit jedem um bestimmte Arbeitsplätze. Da konkurrieren die deutschen Arbeitskräfte untereinander, die Alten gegen die Jungen, die Gesunden gegen die Abgearbeiteten, die Deutschen gegen Ausländer, die Ausländer gegeneinander usw. Wenn man in der Logik der rechten Parole bliebe, müsste man ebenso sagen, dass die Deutschen auch den Ausländern, die Deutschen einander die Arbeit wegnehmen usw. Dass Ihnen das als Widerlegung der Flüchtlingsbeschimpfung nicht selbst eingefallen ist, liegt daran, dass Sie offensichtlich auch der Auffassung sind, dass Flüchtlinge zur hiesigen Konkurrenz um Arbeitsplätze nicht zugelassen werden sollten. Wie kommen Sie eigentlich auf diese Aussortierung?

Das ist doch kein großes Rätsel. Die Flüchtlinge sind eben keine Deutschen!

Und das halten Sie für eine ordentliche Begründung? Zum einen scheint die weder bei den Unternehmen noch bei der Regierung angekommen zu sein. Auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren dagegen alle vom Staat zugelassenen armen Leute, die Arbeit brauchen, um Geld fürs Leben zu verdienen, gegeneinander, weil sie zu der großen Mehrheit gehören, die nicht über eine eigene sprudelnde Geldquelle verfügen. Da zählt für Unternehmer – in der Regel – nichts anderes als deren ökonomische Brauchbarkeit. Und wenn es den Abnehmern mal an Angeboten auf dem hiesigen Arbeitsmarkt fehlt, sorgt der Staat für Nachschub, indem er sich auf dem ganz großen, dem Weltarbeitsmarkt bedient: Da kamen früher Gastarbeiter, die der Staat dann wieder loswerden wollte, als hiesige Unternehmer durch Rationalisierungsentlassungen selbst für hinreichenden Nachschub gesorgt hatten. Heute gibt es das politische Interesse an einem Einwanderungsgesetz, mit dem fehlende Facharbeiter, IT-Spezialisten etc. – manchmal ebenfalls nur vorübergehend – ins Land geholt werden sollen.⁴ Immer je nachdem. Soweit nur zur sachlichen Information.

⁴ Das Einwanderungsgesetz von 2020 macht klar, wer, warum und wie lange überhaupt als Ausländer in der Fremde Geld verdienen darf. Dies ist

Zum anderen aber bestätigen Sie mit Ihrer Begründung nur ein weiteres Mal die Fremdenfeindlichkeit der Parole: Sie haben sich eine *nationalistisch vorsortierte* Konkurrenz zurecht gedacht; haben damit nationale Gesichtspunkte in die Konkurrenz eingebaut, die deren ökonomische Logik verfehlen. Sie tun so, als ob es eine Art Privileg für deutsche Lohnarbeiter sei, sich auf dem Arbeitsmarkt ganz exklusiv dem Lohn-Leistungsvergleich berechnender deutscher Unternehmer unterwerfen zu dürfen!

Mir wird jetzt auch endgültig klar, was Sie mit der Rede von »unseren Arbeitsplätzen« gemeint haben; natürlich keinen privaten, sondern eine Art nationalen Besitzstand: deutsche Arbeit nur für deutsche Arbeiter! So eine prinzipielle Berechtigung gibt es aber nicht. Auf dem Berechtigungsstandpunkt stehen nicht einmal die Berufsnationalisten der Regierung.⁵ Schon gar nicht lässt sich hier von deutschen Arbeitskräften ein Recht auf Arbeit einklagen – wie die Millionen Arbeitslosen belegen. So etwas widerspräche jeder kapitalistischen Logik. Was hiesige Arbeitnehmer tatsächlich dürfen, haben Sie ja selbst festgehalten: Die dürfen auf dem Arbeitsmarkt um angebotene Arbeit zu festgelegten Konditionen konkurrieren, dürfen sich dabei wechselseitig um Verdienstchancen bringen. Sie *dürfen* also, was sie ohnehin *müssen*. *Feines Recht!*

Kann es sein, dass sich bei Ihnen die alternativlose *Notwendigkeit*, Geld im Dienst an fremdem Eigentum zu verdienen, zu einem Recht, besser: einem *Vorrecht* für Deutsche ohne Einkommensquelle verdreht hat? So etwas folgt allein der nationalistischen Logik, aus der – entschuldigen Sie – aus Scheiße dann Gold wird, wenn sie sich nur schwarz-rot-gold einwickeln lässt. Sind Sie wirklich der Auffassung, dass erst durch das Auftauchen von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt die Konkurrenz unaushaltbar wird? Stehen Sie wirklich auf dem Standpunkt, dass die Arbeitswelt viel besser zu ertragen wäre, wenn sich nur noch reinrassige Deutsche wechselseitig um knappe Arbeitsplätze kloppen würden, wenn nur noch die in

im Prinzip nur der Fall, wenn er Deutschland, deutscher Nationalökonomie nützt.

⁵ Das Blümsche Gesetz der »Vorrangprüfung« ist für die nächsten drei Jahre wieder kassiert worden.

den Genuss jener Arbeitsverhältnisse kämen, denen Sie selbst vorhin – wenngleich unfreiwillig – ein ziemlich verheerendes Zeugnis ausgestellt haben? Und fühlen Sie sich eigentlich durch die Anwesenheit von Flüchtlingen schlechter behandelt? Ist Ihnen der Lohn gekürzt, der Arbeitsplatz gestrichen worden? Oder geht es Ihnen gar nicht um irgendeinen Nutzen für sich, sondern allein darum, dass Flüchtlinge nicht zu Deutschland gehören?⁶

Pub. Da geben Sie es mir aber. Ich sehe ja ein, dass die Parole falsch ist, Sie Schlauberger. Aber es gibt doch schon jetzt einfach zu viele Flüchtlinge; wo kämen wir denn hin, wenn es immer noch mehr wären?

Ja, das »aber« ...

Der Mitreisende muss den Zug verlassen. Ob er verstanden hat, warum die Parole ausländerfeindlich ist, konnte ich ihn nicht mehr fragen. Er betonte bei der Verabschiedung, dass er nun genug Stoff zum Nachdenken habe.

1.2. »Als Frau traut man sich bei uns ja nicht mehr auf die Straße!«

Als der Zug wieder anfährt, spricht mich eine Mitreisende an, die auf der anderen Seite des Ganges sitzt:

Entschuldigen Sie, ich habe Ihr Gespräch mit angehört. Das ist ja alles sehr interessant, was Sie dem gerade ausgestiegenen Herrn erwidert haben. Aber ich muss Ihnen eins sagen: Es gibt Gegenden bei uns, da traue ich mich als Frau nicht mehr auf die Straße.

Und warum meiden Sie diese Gegenden nicht?

Aber hören Sie mal, man wird sich doch auf unseren Straßen noch frei bewegen können, ohne Gefahr zu laufen, von Fremden angemacht zu werden. Neulich bin ich sogar im Supermarkt an der Schlange von einem Ausländer begripscht worden.

⁶ Siehe dazu: Rechte Parolen, antirechte Gegenparolen: eins so verkehrt wie das andere, in: GegenStandpunkt, Heft 4/2018, S. 5ff.

»Unsere Straßen« ist gut. Brauchen Sie, als Deutsche, ein besonderes Recht auf Straßenbenutzung? Und wem soll das nicht zustehen? Machen Sie etwas verkehrt, wenn ich die Straßen einfach so benutze, um von hier nach da zu kommen? Aber sei es drum. Wichtiger ist mir: Woher wussten Sie, dass das im Supermarkt ein Ausländer war?

Der sah so aus! ... Ach so, jetzt bin ich in Ihren Augen natürlich eine Rassistin.

Wenigstens argumentieren Sie rassistisch!

Ich bin doch keine Rassistin, nur weil ich mich als Frau dagegen wehre, von Ausländern begripscht zu werden.

Ich sage Ihnen, wie ich das sehe: Dass Sie nicht wider Ihren Willen von irgendwelchen Männern angegangen und betatscht werden wollen, finde ich natürlich völlig in Ordnung. Das muss eigentlich nicht betont werden. Sie werden wissen, dass sexuelle Belästigung ein strafbares Delikt ist, das lange vor jedem Flüchtlingszustrom und im übrigen auch lange vor der Me-too-Bewegung Eingang in das deutsche Strafgesetzbuch § 184i gefunden hat. Was den Schluss zwingend macht, dass sich offensichtlich *einheimische* Männer in einem Maße an Frauen vergangen haben, dass Parlamentarier aller Parteien es für notwendig erachteten, dem nicht nur mit erhobenem Zeigefinger von Kanzel und Katheder moralisch beizukommen, sondern Strafen vorzusehen.

Ich rede aber doch von Ausländern! Die kennen das deutsche Recht nicht!

Deswegen frage ich Sie, was eigentlich für Sie das ganz große Ärgernis ist: Dass Frauen gelegentlich für *Männer* als »Freiwild« gelten oder wenn es *ausländische* Männer sind, die sich diese Frechheiten leisten. Noch mal: Sind *männliche* Übergriffe das, was sie anprangern, oder stören Sie diese erst dann, wenn sie von *Ausländern* begangen werden? Die Taten wären doch in beiden Fällen dieselben! Wie kann ein und dieselbe Tat durch die Herkunft des Täters ein ganz anderes, ein bedeutsameres Gewicht bekommen?

Ich bin noch nie gegen meinen Willen von einem Deutschen so angefasst worden.

Halten Sie das dem deutschen Recht zu Gute? Da müsste ich Sie enttäuschen: Denn zu einem strafbaren Delikt wird so ein Über-

griff bekanntlich erst *nach* begangener Tat. Und dies auch erst dann, wenn es zur Anzeige kommt und der Täter dingfest gemacht wird. Das deutsche Recht schützt keine Frau vor irgendwelchen Schweinereien von Männern – seien es In- oder Ausländer. Das deutsche Gesetzbuch und seine juristische Umsetzung schützen deutsches Recht. Sonst nichts.

Sie wollen einfach nicht begreifen, wie unangenehm mir das in dem Supermarkt war. Recht hin oder her!

Sie meinen den Vorfall mit dem Mann im Supermarkt, der deswegen für Sie Ausländer war, weil es ihnen »unangenehm« war, von einem Mann, der wie ein Ausländer aussah, an den Allerwertesten gegriffen zu werden. Merken Sie denn nicht, welchem Irrsinn Sie auf den Leim gehen. Wenn deutsche Männer sich in dieser Weise daneben benehmen, dann *verstoßen* sie bloß gegen hiesige Sitten und müssen vielleicht bestraft werden. Ausländer dagegen *können* gar nicht anders. Auf so etwas können Sie nur kommen, weil Sie Ausländer *generell* als Störung empfinden. Deswegen geht alles, was Ihnen hier – wohl nicht nur – am Umgang mit Frauen nicht passt, auf das Konto dieser armen Schweine aus Afrika oder dem Nahen Osten. Weil: Die sind eben so übergriffig – von ihrer *Art* her. So müssen Sie denken. Bei Ihnen steht alles auf dem Kopf: Alle *Gründe*, die Männer für solche Entgleisungen haben – und welche das sind, ist auch Ihnen nicht unbekannt: es sind nämlich bei Aus- wie bei Inländern dieselben⁷ –, verlegen Sie deswegen in die Ausländerart bzw. -natur, weil Ihnen der Fremde hier ganz *grundsätzlich* gegen den Strich geht. Das ist Ihr rassistisches Weltbild.

Übrigens widerspricht Ihr Hinweis auf die fehlende Rechtskenntnis von Ausländern ihrem Befund, dass bei Ausländern Übergriffe auf Frauen irgendwie zu Ihrem *Wesen* gehören. Entweder fehlt es ihnen an Wissen – was ich im übrigen nicht glaube –; und wenn, dann könnte dem schnell abgeholfen werden. Oder sie können für ihr Grapschen nichts. Dann hält sie auch keine Rechtskenntnis davon ab. Was wäre da wohl die Konsequenz? Vielleicht kommt Ihnen da ja was bekannt vor!

⁷ Vgl. dazu: Die Frau im Kapitalismus, in: GegenStandpunkt, Heft 4/2019, S. 112ff.

Mmh.

Ich habe noch eine letzte Frage: Wie hätten Sie reagiert, wenn der im Supermarkt zur Rede gestellte Mann einen *deutschen* Pass gezückt hätte? Hätten Sie sich entschuldigt, weil Sie ihn doch als Ausländer falsch eingeordnet und beschimpft hatten? Wäre Ihnen eingefallen, dass »so einer«, der »so aussieht« und »das macht«, eigentlich kein richtiger Deutscher sein kann? Oder hätten Sie gesagt: Finger weg, egal welcher Herkunft Sie sind!

Das Gespräch bricht hier ab. Nach einiger Zeit meldet sich die Mitreisende noch einmal:

Das mit dem Rassismus lässt mich nicht in Ruhe.

1.3. »Ich bin doch keine Rassistin, wenn ich einen Deutschen als Ausländer anspreche!«

Ich bin doch keine Rassistin, wenn ich einen Deutschen als Ausländer anspreche – und auch noch aus Versehen!

Natürlich nicht. Wenn Sie einen Deutschen für einen Marokkaner, Franzosen, Türken oder Syrer halten, haben Sie sich eben in der Staatsbürgerschaft *geirrt*. Das mit dem »*Versehen*« trifft aber in diesem Fall wohl nicht ganz, denn Sie haben den Mann ja tatsächlich für einen Ausländer gehalten. Außerdem klang das in unserem Gespräch ganz anders: Den Mann, der Sie im Supermarkt gewollt oder ungewollt unziemlich berührt hat, haben Sie zum *Ausländer* erklärt – *ohne* andere Anhaltspunkte zu haben als den Zusammenhang von *Tat* und *Aussehen*. Ob Sie nun Rassistin *sind* oder nicht und was Sie sonst noch alles sind, weiß ich nicht. Ich weiß nur, was Sie gesagt haben *und* dass Sie nach Ihrer nicht gerade ausländerfreundlichen Beurteilung Ihres Supermarkterlebnisses selbst *erschrocken* waren. Dem entnehme ich, dass Sie davon ausgehen, dass sich Rassismus *nicht gehört*. Aber noch etwas kann ich dem entnehmen: Ihnen ist gar nicht klar, was Rassismus ist, was an ihm *kritikabel* ist. Eine moralische Verurteilung als Ungehörigkeit ordnet ihn nämlich nur in der Skala von Gut bis Böse, eben als böse ein. Mit klärender Kritik hat das nichts zu tun. Ich nehme an, dass Ihnen bei Rassismus

die faschistische Judenermordung, die Apartheid oder die rassistischen Übergriffe US-amerikanischer Polizisten auf farbige Bürger einfallen. Damit wollen Sie nichts zu tun haben. Deshalb waren Sie im übrigen auch erschrocken: Das darf doch bei *der* deutschen Vergangenheit einer Deutschen nicht passieren!

Eben. Damit habe ich nichts zu tun!

Das wollte ich auch nicht behauptet haben. Wenn wir noch Zeit haben, müssen wir der Frage noch einmal genauer nachgehen: Was ist denn der Ausländerrassismus? Was ist an ihm kritikabel?

Ich hätte dann aber noch eine zweite Frage: Was soll denn ein Ausländer anderes sein als ein Mensch mit anderer Staatsbürgerschaft? Die habe ich halt verwechselt. Mehr nicht.

Ich sehe das so: Wer von Ausländern redet, der bezieht sich auf die allererste Sortierung, die alle Staaten an den Menschen vornehmen, die zwischen *In-* und *Ausländern*. Wer zu den Ausländern gehört, ist klar: *Alle* Menschen mit fremder Staatsbürgerschaft. Die werden *als* Ausländer alle in denselben Topf geworfen, egal ob es sich um Franzosen, Türken, Briten oder Syrer handelt. *Warum* sie als solche bezeichnet werden, ist einfach zu sagen: Es handelt sich um eine *Ausgrenzung* gegenüber all jenen Menschen, denen der Staat *seine* Staatsbürgerschaft verpasst; um eine negative Bestimmung, meint: die gehören *nicht* zu den Inländern. Welchen Pass sie haben, was diese Menschen sind, ob arm oder reich, ob Linke oder Rechte, ob verheiratet oder ledig, kriminell oder gesetzestreu, gläubig oder ungläubig, interessiert dabei kein bisschen. Die *Gleichgültigkeit* gegenüber all dem, was diese Ausgegrenzten verkörpern, ist in dieser Bestimmung eingeschlossen. Immer wird nur betont, dass sie nicht »zu uns«, dem Volk der Inländer gehören, sondern Fremde, eben Ausländer sind. Und deshalb auch nicht die Rechte haben, die mit den Pflichten den Deutschen zugesprochen werden.

Aber das ist doch so. Was soll daran rassistisch sein?

Nein, das ist überhaupt nicht einfach so. Ihr umstandsloses Einverständnis mit dieser Lage will ich gerade etwas angreifen. Haben Sie sich mal überlegt, wie es zu dieser Gesellschaft der Inländer, in diesem Fall zu dem Volk der Deutschen, kommt und worin es letztlich als Volk seinen Gehalt hat? Staatsbürgerschaft ist nichts Natürliches, nichts, wozu sich Leute von sich aus entschei-

den. Die ist Werk staatlicher Gesetzesgewalt. Mit der werden alle Kinder deutscher Eltern nach der Geburt zu Deutschen erklärt. Und diese Gesetzesgewalt reicht genau so weit wie das staatliche Territorium groß ist. Sie endet jeweils dort, wo sie auf die Gewalt des angrenzenden Staates trifft, an für gewöhnlich ziemlich martialisch ausgerüsteten Grenzen, die man denn auch sofort daran erkennt, dass da Schlagbäume existieren und Kontrolleure nebst bewaffneten Grenzschützern nicht gerade untätig herumstehen. Dahinter beginnt dann das Ausland mit den Ausländern. Und Grenzstreitigkeiten zwischen Staaten, erst recht aber Kriege zeigen, dass der Unterschied zwischen In- und Ausland *fundamental* ist, nicht selten bestritten oder gar mit militärischer Gewalt so korrigiert wird, dass dann plötzlich Ausländer unter die Gewalt einer ihnen bisher fremden Staatsgewalt geraten, also zu Inländern werden; und ab sofort nach der Pfeife, sprich: nach dem Rechtssystem ihrer neuen Herrschaft tanzen müssen. Soweit die höchst gewaltsame Sache, die – und das ist unbedingt festzuhalten – Inländer wie Ausländer *gleichermaßen* trifft. Beide gehören zwangsvereinigten Gesellschaften, Völkern an. Zu Staatsbürgern gemacht, der Rechtsordnung mit der Verpflichtung aufs Geldverdienen unterworfen, gelegentlich »eingezogen« und in jeder alltäglichen Regelung der Staatsbürokratie rechenschaftspflichtig, sind sie als Volk ihrer Herrschaft je nach Status und Schicht unterschiedlich für nationale Zwecke eingespannt.

So habe ich das noch nicht gesehen. Ich weiß auch nicht, ob das alles so stimmt. Aber mit Rassismus hat das doch immer noch nichts zu tun.

Ich bin noch nicht fertig. Wie kommt es, dass Sie im Supermarkt dem Mann hinter Ihnen die Zudringlichkeit nicht einfach verbieten, sondern sie wegen seines Aussehens als »typisch Ausländer« einordnen? Wie kommen Sie darauf, die als ärgerlich empfundene »Berührung« nach kurzem Blick auf die *Erscheinung* des Mannes einem »Ausländer« zuzuordnen? Woher Ihre Sicherheit, dass das Ausländern sofort *zuzutrauen* ist? Zwingend ist absolut nichts davon. Deswegen waren Sie nach meiner Nachfrage im übrigen auch erschrocken. So etwas resultiert erstens aus der selbstverständlichen *Zustimmung* zur staatlichen Menschengruppierung nach In-

und Ausländern, zweitens aus deren *Übersetzung* in »unsere Gemeinschaft der Deutschen«, die gegen die Fremden, die Ausländer steht, die drittens – das weiß man dann schon, weil es einem ständig und erst recht in einer Zeit, in der ungebeten Flüchtlinge ins Land kommen, gesagt wird – nicht nur anders sind, *anderen Werten* verpflichtet, sondern zudem deswegen viertens *Eigenschaften* haben, die einfach *nicht* zu dem passen, was sich bei uns gehört.

Für keinen der Schlüsse gibt es einen guten Grund: Wieso soll ich zustimmen, wenn Staaten sich Völker einrichten und um Territorien streiten – beides zumeist auf Kosten der Bürger? Wieso soll ich aus meiner erzwungenen Volkszugehörigkeit eine Ausgrenzung von Menschen gutheißen, denen dasselbe in ihrem Land geschieht? Nie im Leben werden aus staatlichen Zuschreibungen Merkmale, die Menschen *wesensmäßig* zukommen. Und schließlich ist es absurd, die Menschen hierzulande zu einem Volk mit *identischen Eigenschaften* zusammen zu denken, wo ich deren ökonomische Gegensätze jeden Tag vor Augen geführt bekomme.

Es gibt dafür nur einen *einzigen* und zwar einen *schlechten* Grund: nämlich die gefühlte Zugehörigkeit *zum*, die zur Gewohnheit gewordene Einrichtung *im* Deutschein, das gefühlte irgendwie gute Aufgehobensein *in der* nationalen Volksgemeinschaft, das der Sache nach nichts anderes als Gehorsam gegenüber der regierenden Staatsmacht darstellt. Und all das lebt einzig und allein von der mitgedachten Ausgrenzung von Fremden, die der Staat vollzieht. Das »typische Ausländer« macht so aus dem Resultat gewaltsamer *staatlicher Menschengruppierung*, mit der Ansprüche auf Land und Leute festgeklopft und gelegentlich bestritten werden, ein Sammelsurium an *Eigenschaften* der betroffenen Leute: fremder, anderer, unpassender bis störender bei den Ausländern, bei den Inländern irgendwie passender, sie zu einer identischen Gemeinschaft verbindender. Dass darin immer die *Abwertung* der Fremden mitschwingt, erklärt sich daraus, dass allein Inländer eben die hier *Berechtigten* sind, um die der hiesige Staat sich kümmert – wie auch immer. Wohlgemerkt: Dabei ist allein die staatliche Ausgrenzung der Grund für diese rassistische Menschenbestimmung. Und jedermann – zur Zeit gerade besonders die AfD – liegt völlig daneben, wenn er *umgekehrt*

aus dieser staatlich konstruierten und gültig gemachten fremden Art den Schluss auf Exklusion gezogen haben möchte. Anders gesagt: Rassismus lebt vom Nationalismus.

Aber es gilt doch der Gleichheitsgrundsatz aus dem Grundgesetz. Der sagt doch, dass es hier keinen Rassismus mehr geben soll bzw. darf. Deshalb war ich ja auch so erschrocken.

Stimmt. Aber irgendwie gibt es hier wohl beides munter nebeneinander: Rassismus und die Moral des Egalitarismus. Wie das? Vielleicht passt das ja auch gut zusammen, was da als Gegensatz erscheint. Weil der Rassismus offenbar nicht auszurotten ist – ich habe angedeutet, worin sein bleibender Grund liegt –, *deshalb* gibt es den moralischen Zeigefinger im Grundgesetz, den Verweis auf unsere Vergangenheit und regelmäßige Kampagnen, die Bürger auf Toleranz und Respekt gegenüber Ausländern einschwören. Ebenfalls bleibend.

Ich muss aussteigen.

1.4. » ... aber es sind doch inzwischen viel zu viele und außerdem passen sie nicht zu uns.«

Essen bei der Verwandtschaft, Gesprächsthema auch Merkels Flüchtlingspolitik. Das Argument mit den Arbeitsplätzen, die die Flüchtlinge den Deutschen wegnehmen würden, wird ähnlich erörtert wie im Gespräch 1.1. Ein jüngerer Verwandter löchert mich. Er habe eingesehen, dass diese Behauptung nicht zutreffe ...

... aber es sind doch inzwischen einfach viel zu viele Flüchtlinge im Land.

Was meinst du mit »zu viel«? Ab wann sind es denn zu viel?

Erst hat die Merkel mit ihrer Willkommenspolitik eine Million Syrer ins Land gelassen. Die müssen hier bleiben wegen des Bürgerkriegs dort. Das lockt natürlich sofort weitere Flüchtlinge aus Afghanistan, Iran, Afrika an. Die Mittelmeerflüchtlinge sollen auch schon wieder mehr werden. Usw.

Ja und? Das trifft wohl zu. Aber wieso sind die »zu viel«? Woran misst du das? Wie viel dürfen es deiner Auffassung nach sein? Ab wann sind es denn zu viel?

Wo sollen die denn alle hin? Wo sollen sie wohnen? Dann kommen noch ihre Familien nach. Kinder müssen in die Schule. Die Älteren müssen arbeiten. Alle müssen erst mal deutsch lernen usw.

Ich gebe dir recht. Das müssen die Kommunen alles bewältigen. Da müssen sie Geld in die Hand nehmen. Keine Frage. Du wirst das vielleicht nicht wissen, aber zwischen 1950 und 1970 lebten hier ca. vier Millionen angeworbene »Gastarbeiter« aus Italien, der Türkei, Spanien, Marokko usw. Der Millionste wurde hier sogar offiziell mit der Übergabe eines Mopeds begrüßt. Ich habe das Bild noch vor Augen. Ob es denen dabei gut ging, ist eine andere Frage. Ich habe von dir aber immer noch keine Antwort auf meine Nachfrage erhalten: Warum *zu* viel?

Ja, und das bleibt dann alles auf uns hängen. Das müssen wir mit unseren Steuern bezahlen.

Heißt dein Argument jetzt: Zu viele Flüchtlinge sind oder werden es, weil Deutschland das Geld dafür fehlt und die Regierung es per Steuern bei den deutschen Verdienern eintreiben muss?

Ja, das kommt dann auf uns zu.

Dass dir jetzt die Steuern einfallen, verwundert mich. Du bist also dagegen, dass Steuern für eine Politik eingetrieben und ausgegeben werden, die dir nicht passt; stehst also auf dem Standpunkt, dass die eingezogenen Steuergelder irgendwie den Bürgern, darunter dir hierzulande zu Gute kommen müssten, nicht aber Fremden.

Genau!

Da hast du die Rechnung aber ohne den staatlichen Steuereintreiber gemacht. Der fragt doch seine Bürger nicht jedes Mal vorher, *wie viel* er abkassieren darf und *wofür* er das einkassierte Geld ausgeben soll. Er hat die grundgesetzlich garantierte Steuerhoheit in Sachen Steuerfestsetzung und Verausgabung der kassierten Gelder. Egal, was man davon hält. Überlege mal, warum er die Steuern per Gesetzeszwang einzieht. Wenn das Geld den Bürgern sofort wieder zugutekäme, etwa für Bau und kostenlosen Besuch von Badeanstalten und Sportanlagen, für kostenlosen Nah- und Fernverkehr, für ein kostenloses Gesundheitswesen usw., dann wäre diese Zwangsmaßnahme doch nicht nötig. Er hält sie aber für nötig. Warum wohl? Doch zurück zu den Flüchtlingen, die für dich nicht etwa viele, sondern *zu viel* sind.

Ich meine das ja auch nicht so sehr quantitativ, mehr prinzipiell.

Ich gehe mal davon aus, dass das Steuerargument damit erledigt ist. Ich muss schon wieder nachfragen: Was meinst du mit prinzipiell? Was ist prinzipiell zu viel? Ist dir dann doch jeder Flüchtling einer zu viel?

Du musst doch zugeben, dass die anders sind, dass sie nicht so recht zu uns passen. Schau dir deren Sitten und Gebräuche an, ihre Umgangsweisen mit Frauen. Sie sprechen kein deutsch und wenn sie hierher kommen, dann schließen sie sich zu Parallelgesellschaften zusammen. Das kannst du doch alles nicht bestreiten. Es gibt Stadtteile, in denen man sich wie im Ausland vorkommt. Ich kenne manchmal Deutschland nicht mehr wieder. Meine Kinder beschweren sich auch darüber, dass die Lehrer immer auf die Flüchtlingskinder Rücksicht nehmen.

Du drückst dich um eine Antwort auf meine Frage. Aber die Katze hast du endlich aus dem Sack gelassen: Flüchtlinge sind nicht quantitativ zu viel, sondern *passen qualitativ nicht* zum deutschen Volk und haben deswegen hier nichts verloren. Dass das aber gar nicht zu deinem Bekenntnis passt, du hättest eigentlich nichts gegen Ausländer, ist dir schon klar. Oder? Deine Position heißt jetzt: Grenzen dicht und Abschiebung, weil Flüchtlinge nicht zu uns Deutschen passen.

So hart würde ich das nicht formulieren.

So hart ist es aber. Gehen wir deine Gründe mal durch. Vorab vielleicht: Hast du nicht im letzten Jahr mit deiner Familie Urlaub in der Türkei gemacht? Warst du nicht ziemlich angetan davon? Und nun stört dich hier im Viertel, in denen die Ausländer ihren Sitten und Gebräuchen nachgehen, dass es da ziemlich türkisch oder arabisch zugeht? Wie das? Weiter: Die Sache mit der Frauenunterdrückung durch muslimische Männer. Keine Frage, das ist höchst kritikabel. Aber hast du dir mal überlegt, warum es im zivilisierten Westen Frauenhäuser geben muss, warum Pädophilie durch die Kirchen und Internate wabert und warum immer dann, wenn der Mann arbeitslos wird, die Gewalt in der Familie zunimmt?⁸ Also hör mir

⁸ Ich erinnere daran, dass berechtigterweise gemutmaßt wurde, dass in Coronazeiten die häusliche Gewalt zunehmen würde und das sicher nicht nur bei Migranten.

auf mit dem Deuten auf brutale ausländische Männer, die wegen ihrer Andersartigkeit angeblich nicht hierher passen würden. Weiter: Dass Ausländer und ihre Kinder erst einmal kein deutsch sprechen, lesen und schreiben können, das wäre doch nur ein Grund dafür, es ihnen beizubringen. Schon mal daran gedacht, dass alle Deutschen diese Sprache auch erst lernen mussten und sich mehr oder weniger schwer damit getan haben? Willst du alle deutschen Analphabeten und all jene Deutschen, deren deutsch sich immer mehr auf die SMS-Sprache nebst Emojis reduziert, auch des Landes verweisen? Weiter: Willst du ernsthaft den Flüchtlingen anlasten, was die hiesigen Schulen im Umgang mit den Flüchtlingskindern versäumen?

Die Sache mit den Parallelgesellschaften hat ebenfalls einen Haken. Wärest du nicht der Letzte, der sich für die Verteilung von Flüchtlingen auf alle Stadtviertel, also auch auf deines, einsetzen würde! Und überlege mal, in wie viel Parallelgesellschaften sich dieses nette deutsche Volk sortiert: Da gibt es Villenviertel, einige sogar mit eigenem Wachdienst; da gibt es die bekannten Brennpunktviertel, in denen all jene Deutschen aufeinander hocken, die ganz offiziell unter »Prekariat« laufen. Da gibt es die Parzellengebiete, in denen schwer darauf geachtet wird, dass nur Passende etwas pachten. Da gibt es die Viertel, in denen das gute Bürgertum lebt; so wie du in XY. Und nicht zu vergessen, die Arbeiterviertel rund um die Industrie- und Gewerbegebiete. Lauter Parallelgesellschaften. Die Argumente von dir taugen also alle nicht als Begründung für dein Aussortierungsanliegen: Dich stören die Ausländer hier nicht deswegen, weil sie anders sprechen, andere Sitten haben und aufeinander hocken usw. Alle Argumente habe ich dir zersägt. Es verhält sich genau *umgekehrt*: Weil man die anderen schon als nicht hierher gehörige Fremde dingfest gemacht hat, nur deswegen stört man sich an der Sprache, am Aussehen, an Kleidung und Sitten. Eben ganz prinzipiell, wie du selbst gesagt hast. Alle deine Begründungen sind nichts als nachträgliche Rechtfertigungen deines festgefügtten flüchtlingsfeindlichen Standpunkts.

Du stempelst mich hier zum Rassisten und Nationalisten! Das bin ich nun wirklich nicht. Ich habe diesmal wegen der Klimakatastrophe sogar die Grünen gewählt.

»Sogar« ist gut! Außerdem kannst du mal sehen, wie sehr deine Selbsteinschätzung und der Gehalt deiner Urteile über fremde

Menschen auseinander gehen. Dabei glaube ich dir, dass du angesichts meiner Kritik erschrickst, dass du dich da nicht wieder erkennst. Es bleibt aber dabei, dass deine Urteile sachlich nichts taugen, schon gar nicht als Begründungen für Ausweisung, Abschiebung oder Grenzschießung. Deine wenig freundlichen Urteile über Ausländer überhaupt und Flüchtlinge im Speziellen basieren auf einer ohne jedes zwingende Argument begründeten *Vorsortierung* der Menschheit in solche, die hierher gehören, die Originaldeutschen, und solche, die hier nichts verloren haben, nämlich alle Ausländer.

Aber (!) denke doch mal an die Silvesternacht in Köln: Ganze Horden von jungen Moslems haben Jagd auf deutsche Frauen gemacht. Das kann man doch nicht dulden.

Natürlich nicht! Und es wird ja auch nicht geduldet. Du wirst doch selbst bemerkt haben, dass die Strafverfolgungsbehörden überhaupt nicht hilflos davor stehen und nicht wissen, wie sie die Übergriffe dieser Machos juristisch einordnen, verfolgen und entsprechend nach den festgelegten Strafen aburteilen sollen. Sie wissen genau, welche Delikte vorliegen; und sie wissen es deswegen so genau, weil es die entsprechenden Gesetze seit ewigen Zeiten gibt, es also hierzulande unter den deutschen Bürgern schon immer denselben Verfolgungs- und Verurteilungsbedarf gab und weiter gibt. Deswegen solltest du mal fragen, warum ausgerechnet diese Silvesternacht in Köln solche Schlagzeilen gemacht hat. Solche Übergriffe gibt es schon immer, aber erst wirklich schlimm scheinen sie zu sein, wenn sie in Deutschland von jungen Marokkanern, Syriern oder Afghanen begangen werden. Oder?

Du kannst doch aber (!) nicht leugnen, dass sich Deutschland durch den Flüchtlingsansturm ziemlich verändert. Alles, was ich da eben aufgezählt habe, das gibt es doch – auch wenn du meinst, dass es zur Begründung einer strengeren Flüchtlingspolitik nichts taugt.

Sorry, aber auch das sehe ich anders: All das, was unser aller Leben hier *wirklich* bestimmt, daran ändert sich durch die Aufnahme von Flüchtlingen nichts. Die ärmeren Schichten der Gesellschaft bleiben die ärmeren, die reichen sollen wie üblich noch reicher werden. Die Klagen über die Klimakatastrophe bleiben – mit gutem Grund –, die über zu niedrige Renten, zu wenige KITAS, über zu

wenige bezahlbare Wohnungen ebenso. Usw. Ist all das und noch einiges mehr, über das öffentlich Klage geführt wird, denn so bewahrenswert, dass du ihm hinterherweinen würdest, wenn sich in Deutschland zusätzlich Flüchtlinge tummeln? Wenn sich hier in größerem Umfang etwas verändert, dann hat es mit den Flüchtlingen wirklich nichts zu tun: Rationalisierung im großen Stil in den Betrieben wegen der Digitalisierung der Produktionsabläufe, Umstellung der Energieproduktion und -verwendung auf erneuerbare und entsprechend verteuerte Energien, ein neues Polizeigesetz, über das wir uns freuen dürfen, zunehmende Privatisierung von Krankenhäusern usw. Da ändern die hiesigen Politiker einiges am Standort und zwar nicht unbedingt zum Wohl der Bürger. Oder willst du gesagt haben, dass schon in Ordnung geht, was deutsche Politiker an Deutschland ändern; Hauptsache, es sind *deutsche* Politiker und nicht die Ausländer.

Wirfst du mir jetzt vor, dass ich Deutscher bin!

Natürlich nicht. Kannst du ja nichts dafür. Und bin ich ja auch. Du hältst das aber irgendwie für eine Art *Auszeichnung*, die dich gegenüber den Ausländern *privilegiert*. Das teile ich nicht. Ich sehe in diesem Märchen über eine famose Selbsterhöhung der Deutschen zu einer besonders wertvollen Menschengattung sogar den Grund, warum die AfD Zulauf bekommt; obwohl du »sogar« die Grünen gewählt hast. Aber damit wären wir bei einem anderen Thema.

Ich habe noch einen Punkt: Und was hältst du von der sogar – so glaube ich gelesen zu haben – von der CSU in die Welt gesetzten Behauptung, dass es schon deshalb wichtig sei, die Grenzen für Flüchtlinge zu verschließen, weil sonst die deutsche Bevölkerung noch mehr nach rechts driftet und noch mehr die AfD wählen?

Ach! Und was hat sich vorher in den Köpfen dieser Menschen abgespielt? Waren die vorher den Flüchtlingen gegenüber neutral bis freundlich eingestellt? Was bei größerem Zustrom von Flüchtlingen – ich unterstelle einmal diese Behauptung – aus den Köpfen dieser Bevölkerungsteile herauskommen würde, muss vorher drin gewesen sein. Dieses Argument ist nicht nur falsch, es ist gemein: Die Lage der Flüchtlinge wäre damit einem wahltaktischen nationalen Kalkül geopfert. Allerdings und letztens: Ich glaube den Politikern kein Wort. Als ob sie eigentlich Flüchtlinge ins Land lassen

wollten, dann aber mit Rücksicht auf eine politische Rechtsverschiebung von ihren Anliegen Abstand nehmen würden. Unsinn: Das ist doch ihr *eigenes* Programm! Und für das wählen sie zusätzlich eine Begründung, die bei Menschen, die sich als Saubermänner der Republik aufspielen, verfangen könnte.

Ende dieser Debatte, die der Verwandte irgendwann fortsetzen möchte.

1.5. »Der Islam passt einfach nicht zum christlich-jüdischen Abendland.«

Eine Vortragsveranstaltung zur Kritik der Publikationen von Thilo Sarrazin arbeitete sich an einem Besucher ab, der Sarrazin zwar aus der SPD befördern, aber auf seine Urteile über den Islam nichts kommen lassen wollte:⁹

SV: Ich bin sehr für Religionsfreiheit, aber der Islam passt einfach nicht zum christlich-jüdischen Abendland.

Eine merkwürdige Vorstellung von Religionsfreiheit haben Sie: Wenn jemand zum Islam konvertieren will, ist er genötigt, das Abendland zu verlassen – wo immer auch dessen Grenzen liegen mögen. Oder? Mich erinnert das an jene Sorte Ausländerfreundlichkeit, die da lautet: »Ich habe nichts gegen Ausländer, aber warum bleiben die nicht daheim bei sich!« Würden Sie die Religionsfreiheit ernst nehmen, dann müssten Sie schwer für den Islam sein, weil mit ihm doch die Auswahl zwischen Varianten dieser doppelten Dienerschaft gleich größer wäre ...

T: Verstehe ich nicht!

... Anhänger von Religionen haben hierzulande nicht nur einer *irdischen* Herrschaft zu Diensten zu sein, sondern zugleich noch einer *außerirdischen*. Wobei sie laut Grundgesetz die letztere frei wählen können; was ja schon was ist. Die erstere dagegen nicht! Aber vielleicht passt das gerade deshalb gut zueinander ...

⁹ SV: Sarrazinverteidiger, T: andere Teilnehmer.

T: Verstehe ich nicht!

... denn damit ist zugleich festgelegt, dass nur solche Religionen in den Kanon der frei zu wählenden aufgenommen werden, die sich selbst auf das Grundgesetz und damit auf den Dienst an der irdischen Herrschaft verpflichten – worin ihr Dienst auch immer besteht.

T: Ich habe eine Frage an Sie (den Islamkritiker): Was meinen Sie eigentlich mit »passt nicht«?

SV: Der Islam ist hier nicht beheimatet und deswegen den Deutschen fremd.

T: Dann wäre es nur eine Frage der Zeit, bis er beheimatet ist und den Deutschen nicht mehr fremd wäre!

SV: Aber nur, wenn die Moslems sich integrieren wollen und können! Was ich gerade bezweifle.

Jetzt haben Sie aber das Thema gewechselt. Erst war der Islam angeblich als *Religion* den Deutschen zu fremd. Jetzt sprechen Sie den Moslems als Menschen, die aus *fremden Ländern* geflohen sind, Willen und Fähigkeit ab, sich in die hiesige Gesellschaft mit ihrer besonderen Ökonomie, Politik, ihrem Sozial- und Kulturleben zu integrieren. Was denn nun? Stören Sie sich am Islam oder möchten Sie generell keine Ausländer, in diesem Fall keine Flüchtlinge im Lande?

Außerdem noch ein Wort zur Integration: Das mit der Ökonomie sollte den Moslems dabei eigentlich kein Problem bereiten. Um zu arbeiten und Geld zu verdienen, sind sie schließlich hergekommen. Und dass Mohammed Lohnarbeit und das Wählen verbietet, wäre mir neu. Außerdem ist Integration hierzulande sowieso keine Frage von Wille und Fähigkeit der Fremden, seien es Moslems oder koptische Christen. Das ist eine Frage des politischen Willens der christlich-demokratischen Regierungen, denen es an der Fähigkeit wirklich nicht gebricht, hier durchzusetzen, was welchem Flüchtling zusteht: Abschiebung, Duldung ohne Arbeitserlaubnis oder Integration. Die letztere ist als Integrations*zwang* organisiert, dessen einzelne Bestimmungen seit einiger Zeit in einem Integrationsgesetz staatlich festgelegt worden sind. Wer sich dem nicht unterordnet, der hat hier kein dauerhaftes Lebensrecht, welcher Religion er auch immer angehört. Aber vielleicht ist das mit einer Portion Glaubensfreiheit sogar besser zu ertragen.

Das führt mich noch zu etwas Prinzipiellerem: Ich bin immer wieder erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit feststeht, *wer* sich in *welchen* gesellschaftlichen Zusammenhang integrieren soll. Mit welcher Selbstverständlichkeit der hiesigen Gesellschaft der Anspruch zuerkannt wird, sich als System dominant zu setzen und damit zugleich allen, die es hierher verschlagen hat, abzuverlangen, sich von ihren Eigenarten zu trennen und neue, fremde Lebensart anzunehmen. Und zwar *ohne Prüfung* derselben! Weder wird begründet, warum es sich für Fremde lohnen soll, sich in der Marktwirtschaft zu integrieren, die es schon den Hiesigen schwer genug macht, ein Leben lang an ausreichendes Geldeinkommen zu gelangen. Noch wird erklärt, warum Moslems etwas von ihren sittlichen und moralischen Eigenarten ablegen müssen. Nichts als der Umstand, dass die Moslems die Fremden und die hiesige Gesellschaft eben »unsere« ist, die sie ansteuern, ist das ganz leere Argument ...

SV: Aber was ist mit der Verschleierung der Frauen und dem frauenfeindlichen Betragen von muslimischen Männern?

T: In islamischen Staaten werden doch die Bewegungen von Frauen, sich von der Verschleierung zu lösen und sich der Männerdominanz zu entziehen, immer größer!

Das ist kein sehr gutes Argument. Es gibt der begründungslosen Kritik des Sarrazinfreundes recht, indem es andere, in dem Fall *Betroffene*, gläubige islamische Frauen, zitiert, die die Verschleierung auch nicht mehr mögen; übrigens ebenfalls ohne deren Beweggründe zu nennen.

Ich würde anders argumentieren: Ich würde den Sarrazinverteidiger fragen, ob ihm die Existenz von Frauenhäusern bekannt ist, die schon eingerichtet waren, als es hier noch keine Moslems gab, die ihren Frauen Gewalt antun konnten. Da mussten wohl Inländer – welchen Glaubens auch immer – die Frauenschläger gewesen sein. Und möchten Sie große Unterschiede machen zwischen den Pädophilen der christlichen Kirchen nebst ihren Internaten und den Übergriffen von muslimischen Männern? Sich an Wehrlosen zu vergreifen, das *eint* offenbar Religionen. So gesehen, passen sie gut zueinander; nicht nur wegen des religiösen Hokuspokus, der mit Auferstehung, ideellem Kannibalismus beim katholischen Abendmahl, Himmel und Hölle usw. bei den Christen noch um

Etliches forciert betrieben wird, sondern auch hinsichtlich ihrer Sittlichkeit und deren religiöser Legitimation.

T: Aber was ist mit der Verschleierung? Ist das nicht wirklich entwürdigend für Frauen?

Ein merkwürdiges Argument. Und zwar deswegen, weil im Islam – besser: in einer bestimmten Interpretation des Islam (warum sollte es unter deren Schriftgelehrten anders zugehen als in den christlich-jüdischen Religionen?) – die *Entschleierung* der Frauen als entwürdigend gilt. Was nun? Wollen Sie einen Streit über Würde führen? In dem kommt nichts anderes als ein ewiges zirkuläres Argumentieren heraus, weil jede Partei doch gerade ihre Kleiderordnung mit Würde gleichsetzt. Sollen sie doch tragen, was sie wollen! Im übrigen finde ich folgendes Argument immer noch sehr zutreffend: Vielleicht kommt es mehr drauf an, was man *im*, als was man *auf* dem Kopf hat.¹⁰

SV: Aber hat Sarrazin nicht mit dem Hinweis recht, dass die Terroristen des IS durch die Bank Moslems sind?

Eine bemerkenswerte Feststellung: Wenn es sich die Angehörigen dieser Glaubensgruppe nicht gefallen lassen, dass die USA mit Unterstützung der westlichen Verbündeten die angestammten religiösen Einflussgebiete der Moslems im näheren und fernen Osten unter ihre Kontrolle bringen und dabei vorgefundene Religion, Sittlichkeit und Politik ignorieren, dann wird man wohl kaum christlich-jüdischen Widerstand dagegen erwarten. Oder? Worauf Sie da verweisen, ist natürlich sachlich zutreffend. Nicht zutreffend, sondern blauäugig bis fahrlässig ist es, daraus eine Ächtung der Moslems zu machen. Da könnte Ihnen schon der imperialistische Vormarsch der USA über Afghanistan, den Irak bis nach Syrien einfallen, dem der IS mit seinem ebenso wahnhaften wie militärisch unterlegenen Programm *entgegentrat*. Wer den IS mit Terror gleichsetzt und diesen mit Moslems, der muss durch ein vorgefasstes Feindbild schon so geblendet sein, dass ihm Täter und Opfer völlig durcheinander geraten. Wohlgemerkt, das ist weder eine Parteinahme für die Moslems des IS, noch eine für Terror. Es ist allein der schlichte Hinweis auf ein weltpolitisches Programm der

¹⁰ Das Kopftuchurteil, in: GegenStandpunkt, Heft 4/2003.

USA, welches den IS-Terror erst provoziert hat, ihn dann als Kollateralschaden zur Kenntnis genommen und schließlich den freien Westen zur Teilnahme am militärischen Kampf gegen Moslemterror aufgerufen hat.

SV: Das mag ja alles sein, aber durch unsere Flüchtlingspolitik holen wir uns doch die Terroristen ins Land.

Dann sollte man vielleicht die USA dazu auffordern, diese Leute im Nahen Osten in Ruhe zu lassen.

SV: Mmh.

Abschließend zum Thema Terror noch der Hinweis auf jenen Terroristen, der kürzlich mit dem Anschlag in Norwegen auf ein Ferienlager sozialdemokratischer Jugendverbände das christlich-jüdische Abendland vor der Invasion »muslimischer Horden« retten wollte. So etwas schaffen Anhänger aller Religionsgruppen, wenn ihr Glauben nur so hinreichend gefestigt ist, dass man ihm mit Argumenten nicht beikommen kann, und ihnen der Glaube daran fehlt, dass der Staat in ihrem Sinne tätig wird.

T: Ich wollte Sie (den Sarrazinverteidiger) auch noch etwas fragen: Hätten Sie eigentlich etwas gegen Flüchtlinge, wenn die keine Moslems sind, also entweder christlich missioniert oder einfach ohne religiösen Glauben leben? Wären die Ihnen hier willkommen? Ich komme drauf, weil sich einige Ihrer Argumente ganz von der Religion getrennt und allein das Fremde, Ausländische betont hatten.

Sagen wir es doch deutlich: Auch Sarrazin beantragt nicht, alle zum Islam konvertierten *Deutschen* des Landes zu verweisen.

1.6. »Wir sind das Volk!«

Auf einer Pegida-Demo habe ich mich an eine ältere Dame herangemacht, die ein auf einer Latte befestigtes Pappschild mit dem Schriftzug: »*Wir sind das Volk!*« vor sich hertrug. In der Hoffnung, bei ihr mit kritischen Nachfragen nicht gleich auf Unwillen zu stoßen oder mit der Holzlatte Bekanntschaft zu machen, wandte ich mich mit folgender Frage an sie:

Wen meinen Sie eigentlich mit dem »Wir« ? Wen wollen Sie ausschließen?

Na, die Fremden, die Flüchtlinge natürlich, wen denn sonst?!

Ich bin jemand mit deutschem Pass, lehne Pegida und AfD ab und halte auch von Ihrer Parole nichts. Was ist denn mit mir? Gehöre ich noch zum Volk?

Darauf ergoss sich ein Redeschwall über mich, den ich im Folgenden nur ungefähr wiedergeben kann:

Da werden Sie auch noch draufkommen, junger Mann. So kann es jedenfalls nicht weiter gehen. Da habe ich mein Leben lang geschuftet. Und wofür? Dafür, dass jetzt lauter Ausländer unsere Heimat in Besitz nehmen. Ohne dass die Regierungen etwas dagegen tun, diese Volksverräter! Die müssen weg. Anständige Deutsche müssen an die Regierung, die mit den Ausländern aufräumen. Die von der AfD, das sind die einzigen anständigen Deutschen im Lande. Ich weiß gar nicht, was ich meinen Enkeln sagen soll, wenn sie mich fragen, warum wir das deutsche Volk nicht gerettet hätten. Deswegen bin ich hier. Und Sie werden auch irgendwann hier stehen. Sehen Sie sich doch nur mal in den XY-Vierteln um: Das ist doch nicht mehr Deutschland! Wir sind das Volk! ...

Mein Versuch einer Replik wurde nicht zur Kenntnis genommen, weil der nächste Redner das Podium betrat. Deswegen meine Replik hier ohne Gegenpart:

Was soll diese Empörung? Wer soll denn das bezweifeln, dass Sie und andere mit deutschem Pass das Volk sind? Richten Sie sich mit Ihrem Ruf etwa an die Regierungen? Bei denen laufen Sie damit offene Türen ein: Die Staatsmacht hat Sie doch per Gesetz zu ihren Bürgern gemacht. Was soll denn da die Rede vom *Volksverrat*? Sie trauen ja offensichtlich *Verrätern* Ihrer Interessen immer noch zu, Ihre Interesse zu *bedienen*.

Aber es geht bei der Parole wohl gar nicht darum, wer *zum* Volk gehören, sondern wer alles *nicht* zu ihm gehören soll. Die Flüchtlinge sollen auf jeden Fall wohl nicht dazu gehören? Das tun sie sowieso nicht. Mit demselben Akt, mit dem der Staat bestimmt, wer Inländer ist, schließt er den Rest der Menschheit als Ausländer aus. Und das praktiziert er mit Grenzen, Einreiseerlaubnissen, Einreiseverboten usw. Wer sich nicht dran hält, ist illegal hier: Alle Flücht-

linge, die hier sind, werden von Merkel immer wieder als »Illegale« bezeichnet; was deswegen sachlich zutrifft, weil Flüchtlingen von der Regierung jeder Weg zur legalen Einreise beschnitten ist. Nur deswegen sehen sie ja den Weg übers Mittelmeer als letzte Möglichkeit, die bekanntlich ziemlich viele von ihnen nicht überleben. Was wollen Sie denn noch! Mit der Forderung, dass Flüchtlinge nicht zum deutschen Volk gehören sollen, rennen Sie also schon wieder offene Türen ein.

Sie wollen also, so verstehe ich das, als Deutsche mit den anderen Deutschen *ganz unter sich* bleiben. Offensichtlich sind Ihnen selbst die paar Menschen, die die Grenzen illegal überwinden und dann nach Recht und Gesetz behandelt, also mehrheitlich bloß geduldet oder gleich wieder in das Elend, dem sie entflohen sind, abgeschoben werden, immer noch *zu viel*. Dass Flüchtlinge die »deutsche Heimat in Besitz« nehmen würden, wie Sie sagen, ist ja selbst als Übertreibung noch untertrieben.

Und was wäre an dem Leben inmitten eines rein deutschen, von allen Fremden gereinigten Volkes eigentlich so rühmenswert? Ich weiß nicht, wie es Ihnen in Ihrem Leben genau ergangen ist, aber Ihre Rede vom lebenslangen Schuft, das Sie nicht genügend honoriert sehen, spricht schon für sich. Das muss ein wenig lohnenswertes Schuft gewesen sein, wenn Sie jetzt einen Lohn in Gestalt einer ausländerfreien Heimat einfordern. Nur frage ich mich, wie ein flüchtlingsfreies Land denn eine Honorierung für ein entsagungsvolles Leben sein kann.

Das eine hat mit dem anderen nun wirklich nichts zu tun: auf der einen Seite das mühselige und wenig einträgliche Leben, auf der anderen Seite ausgesperrte Flüchtlinge. Dass es diesen Menschen dann noch dreckiger geht, soll Ihr Lohn sein? Was sollten Sie denn davon haben? Werden denn die Sorgen, ob das Geld reicht, ob der Arbeitsplatz sicher ist und die Gesundheit bis zur Rente durchhält, geringer, wenn Ihnen nur Originaldeutsche diese Sorgen bereiten? Das glauben Sie selbst nicht. Oder haben Sie längst von jedem materiellen Interesse Abschied genommen und sich ganz der Sicherung eines völkisch reinen Territoriums gewidmet? Dann könnten Sie aber auch aufhören, sich über Ihr lebenslanges Schuft zu beschweren.

Außerdem möchte ich nochmal betonen, dass diejenigen, die Ihnen dieses wenig lohnenswerte Leben eingebrockt haben, keine Ausländer, sondern allesamt *Inländer* waren: deutsche Lehrer, Unternehmer, Vermieter, das Jobcenter-Personal, Hartz-IV-Institutionen, Kredithaie ... Hinzu kommt noch, dass man in Ihrer Rolle das ganze Arbeitsleben lang mit Ihresgleichen konkurrieren, also zusehen musste, dass man selbst und nicht der deutsche Konkurrent den Arbeitsplatz erhält. Und mit all denen wollen Sie – von der »popeligen Verwandtschaft«, die Sie bis auf die Enkel sowieso nicht leiden können, ganz abgesehen – ganz unter sich bleiben? All das wollen Sie auf keinen Fall mit Fremden teilen?

Ich kann das noch etwas prinzipieller ausdrücken: Sie gehören ganz offenkundig zu dem Teil der Menschheit, der ohne eigene Geldquelle groß geworden ist, also sich für sein Geldeinkommen um Arbeit in fremden Diensten bemühen muss. Und wer hat Ihnen dieses Leben als eine einzige Mühsal eingerichtet? Sie haben es sich nicht selbst ausgesucht. Und das Volk insgesamt – das hübsch vereinheitlicht als das große »Wir« bei Ihnen im Kopf herumgeistert – wohl auch nicht. Dazu sind die hier im Volk versammelten Interessen zu gegensätzlich. Dass ohne Geldeinkommen hier nichts läuft, dass auch diejenigen aufs Geldverdienen verpflichtet sind, die dafür nichts in die Waagschale werfen können, was zu Geld zu machen wäre, daraus lässt sich ohne die *Gewalt* des Staates keine Nation mit nützlichem Staatsvolk machen. Der sind Sie und das ganze Volk verpflichtet; was im übrigen das *Einzige* ist, was all diese Deutschen *gemeinsam* haben.

Also bilden Sie sich doch nicht ein, Sie könnten beim Staat etwas einklagen, weil Sie brav ein Leben lang geschuftet haben. Der hustet Ihnen was. Wer zu Protokoll geben muss, dass das Leben aus Sorge um den Arbeitsplatz, aus Sorge um ein ausreichendes Einkommen für Miete und den Lebensunterhalt bestand, der gibt selbst zu verstehen, dass er *Manövriermasse* der Herrschaft war. Für nichts anderes waren und sind Sie und Ihre Mitstreiter als Volk vorgesehen.

Und wenn die Regierungsparteien sich gelegentlich, vor allem bei Wahlen auf euch, das Volk, berufen, dann nicht, um euch zu Diensten zu sein, sondern um euch dafür zu danken, dass ihr, das Volk, in diesem Fall tatsächlich geschlossen und einheitlich die Re-

gierung gewählt und damit die Zuständigkeit für eure eigenen Interessen erneut an sie *abgegeben* habt. Wollt ihr auch für diesen Ermächtigungsakt, der bekanntlich einschließt, dass die regierenden Herrschaften euch eure Lebensbedingungen diktieren, *ganz unter euch* bleiben?

Letztlich frage ich mich nur: Was würde sich eigentlich an diesem Ihrem Leben ändern, wenn sich auf dem deutschen Territorium außer euch, dem Volk, noch ein paar ebenso arme Ausländer herumtreiben und irgendwie über die Runden zu kommen versuchen. Außer dass Ihr *völkisches Gemüt* vielleicht ein paar Delen bekommt, nichts! Ich kann nur hoffen, dass Ihre Enkel andere Sorgen haben, als »die Heimat« vor Ausländern zu schützen; ein Programm übrigens, an dem – wie schon angedeutet – seit einigen Jahren die Regierungen, Ihre »Volksverräter«, mit Grenzschließungen, Lagern in Nordafrika, Rückführung von seeuntüchtigen Booten mit Flüchtlingen nach Libyen usw. nebst den tödlichen Folgen selbst erfolgreich arbeiten. Nichts als offene Türen!

Und Gruß an die Enkel!

1.7. »Ich bin Patriot, aber kein Nationalist!«

Nach einer Veranstaltung über Flüchtlingspolitik, auf der es eine längere Debatte über die Gründe für Merkels »Willkommenspolitik« gab, erhielt ich folgende E-Mail:

... habe ich mich doch entschlossen Ihnen zu schreiben. Meinen Hinweis an die Adresse eines Teilnehmers der gestrigen Veranstaltung, dass wir doch nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen könnten,¹¹ haben Sie mit einem Kurzvortrag gekontert, in dessen Zentrum das harmlose »wir« stand. Über den Inhalt meines Einwands haben Sie dagegen kein Wort verloren. Statt dessen haben Sie mich als Nationalisten beschimpft. Ihnen scheint die Differenz zwischen einem Nationalisten und einem Patrioten – und als solcher bezeichne ich mich – nicht geläufig zu sein. Ich will Sie

¹¹ Siehe dazu auch die Gespräche 1.1 und 1.4.

aufklären. Und benutze dazu ausschnittweise einen Lexikonartikel. Dort heißt es: »Nationalismus, die übersteigerte intolerante Erscheinungsform des Nationalgedankens und Nationalbewusstseins. Während ein Maß haltender, die gegenseitige Anerkennung und Achtung der Nationen nicht ausschließender Patriotismus eine unentbehrliche Voraussetzung jeder Staatlichkeit ist, gefährdet der Nationalismus, besonders in seiner verschärften Form (Chauvinismus), den internationalen Frieden, indem er das nationale Eigeninteresse (*sacro egoismo*) über alle anderen Werte hebt.«

Ich gebe Ihnen die Quelle dazu an (dtv-Lexikon, Mülheim 1976) und verweise Sie zugleich auf einen Artikel aus dem Ihnen vielleicht näher stehenden linken »Roten Marburg«, der ähnlich argumentiert und mit einem zusammenfassenden Zitat von Romain Gary endet: »Patriotismus ist Liebe zu den Seinen; Nationalismus ist Hass auf die anderen!«¹²

Es irritiert mich etwas, dass Sie auf ein dtv-Lexikon zurückgreifen müssen, um herauszufinden, als was Sie sich definieren. Ich dachte, das wüsste man auch ohne Lexikon. Aber das scheint in diesem Fall anders zu sein. Wohl aus gutem Grund. Denn mit der – ich sage es vorweg – haltlosen Unterscheidung zwischen Nationalismus und Patriotismus wird der Versuch unternommen, die positive Stellung zur Nation in zwei angeblich sehr unterschiedene, ja gegensätzliche, ja sich ausschließende Stellungen zu trennen. Es geht dabei um nichts als eine Art Ehrenrettung des seit einiger Zeit wieder offiziell zugelassenen und diplomatisch wieder offen benutzbaren *Nationalismus* vor seinem angeblichen *Missbrauch* durch den vergangenen deutschen Nationalsozialismus. Die Ehrenrettung besteht in der Wahl eines neuen Wortes und in vielgestaltigen Definitionsbemühungen, mit denen zwei Seiten des Nationalismus erstens moralisch nach gut und böse sortiert und zweitens dann den neuen Schöpfungen ausschließlich zugeordnet werden: Nationalismus gleich böse und ungehörig; Patriotismus gleich gut und erlaubt bis geboten. Schon ist definitorisch der Nationalismus gerettet, ohne den zum einen keine von *Berufsnat-*

¹² rotesmarburg.wordpress.com/2013/01/18/patriotismus-und-nationalismus-der-kleine-aber-feine-unterschied/

tionalisten zu erledigende nationale Politik auskommt, und ohne den zum anderen Bürger sich nicht als zu *einem Volk* mit passender Führung zugehörig fühlen. Die nationalmoralische Sortierung auf den platten Begriff gebracht, lautet: »*Patriotismus ist Liebe zu den Seinen; Nationalismus ist Hass auf die anderen!*«

Das Ganze etwas genauer. Sachlich verweist die zitierte Definition zunächst auf eine *gemeinsame Grundlage*: ein »*Nationalbewusstsein*«. Was soll das sein? Das Wissen darum, dass man Deutscher ist, weil man einen deutschen Pass hat, kann es nicht sein. Es muss um mehr gehen. Angesprochen ist ein ganz bestimmtes »*Bewusstsein*« von der *Zugehörigkeit* zur Nation, das die positive Stellung zu ihr, also die *Parteinahme* für die Nation einschließt. Beide Varianten desselben, die da – wie sich gleich zeigen wird – *fälschlicherweise* gegeneinander gestellt werden, leben von dieser gemeinsamen Grundlage: Sowohl ist es »*unentbehrliche Voraussetzung jeder Staatlichkeit*«, dass das Staatsvolk mehrheitlich zur Nation steht, wie dasselbe auch Grundlage des nach außen getragenen, den »*internationalen Frieden*« gefährdenden »*nationalen Eigeninteresses*« ist. Mit diesem ganz gewöhnlichen Nationalismus, der Parteinahme für die eigene Nation, ist eigentlich bereits die Widerlegung der Absicht gelaufen, per definitionem den guten vom bösen Nationalismus zu scheiden; also dem Nationalismus in Gestalt *einer* seiner Varianten den nationalmoralischen Zuschlag zu erteilen. Jedes parteinehmende Nationalbewusstsein lebt nämlich von der *Abstraktion* von jener Sorte Vernunft, mit der der Mensch für gewöhnlich *prüfend* durch seinen Alltag mit Beruf, Privatleben und politischer Inanspruchnahme turnt: Da fragt er sich, was ihm dies und das bringt, und entscheidet sich je nach den damit verbundenen Sachzwängen natürlich für das, was ihn weiterbringt, ihm nützt. Die nationale Parteinahme stellt dagegen eine *Generalzustimmung* dar, ohne Prüfung der Bedeutung, die die einzelnen Abteilungen des Lebens, mit denen er zurechtkommen muss, für ihn haben. Nicht dass Nationalisten nicht kritisch sind gegenüber dem, was ihnen hier widerfährt. Sie bekommen es aber jederzeit hin, diese Kritik an Notwendigkeiten zu relativieren, die ihm die regierende Herrschaft als unabdingbare nationale Zwecksetzungen offeriert. Sie kennen das doch: Da werden Massenentlassungen, die

diesen Massen die Einkommenslosigkeit bescheren, mit der Notwendigkeit der Sicherung eben jener Arbeitsplätze begründet, die noch verbleiben und mit denen dann nationales Wachstum vorangebracht wird, was mit tödlicher Sicherheit wieder jede Menge neue Arbeitsplätze schafft bzw. schaffen soll. Oder es wird der für viele Mieter fast nicht bezahlbare Wohnraum damit begründet, dass auch der Vermieter ein Recht darauf hat, sein Eigentum zu nutzen; zumal Eigentum das Kennzeichen unserer Freiheit ist, deren Bedeutung als Inbegriff der Demokratie »wir uns« ständig aufs Neue zu vergegenwärtigen haben – gerade bei Angriffen von links und rechts. So geht es Tag für Tag zu, macht der patriotische/nationalistische Bürger seinen Frieden mit jenen Verhältnissen, in die er *alternativlos* eingeordnet ist.

Soweit zum Prinzipiellen. Jetzt zum Detail:

Zum gesonderten *Maßhalten* in der Beziehung zueinander verpflichten sich Staaten doch wohl nur, weil sie sich wechselseitig als Beschränkung staatspolitischer Anliegen – in territorialer, politischer oder ökonomischer Hinsicht – kennen, die es nahe legen, gerade vom maßvollen Umgang miteinander *abzuweichen*. Deswegen sind »gegenseitige Anerkennung und Achtung« auch nicht den vergleichsweise harmlosen zwischenmenschlichen Höflichkeitsformen nachempfunden, sondern nichts als der wohlkalkulierte und beschlossene *Verzicht* auf den Einsatz von Gewaltmitteln. Anerkannt wird wechselseitig nichts Geringeres als die Eigenstaatlichkeit, die nationale *Souveränität*, d.h. die Tatsache, dass jeder Staat mit seinem Gewaltmonopol nach seinen Zwecken über Territorium und Staatsvolk herrscht. Dass so etwas ganz förmlich mit Gewaltverzichtserklärungen besiegelt wird, verweist darauf, dass am jeweils anderen Staat und seinen Reichtumsquellen ein *Interesse* besteht, das mit dessen Zwecken *kollidiert*. Nur deswegen bescheinigen sich Staaten in Verträgen, dass sie sich, d.h. ihre jeweilige Gewalt beim Umgang miteinander respektieren. In zwischenstaatlicher *Diplomatie* wird dann der Versuch unternommen, sich auf dem Verhandlungswege gegen eine andere Nation durchzusetzen und sich den Willen der fremden Nation gefügig zu machen.

Das bedeutet so einiges für die Vaterlandsliebe der Völker. Deren Patriotismus schließt zwangsläufig die *ab- und ausgrenzende*

Stellung zu anderen Vaterländern und Völkern ein. Immerhin gilt die positive Stellung nicht einem *abstrakten Begriff* des Vaterlands, sondern der *je besonderen Nation*. Man ist eben als Deutscher stolz auf sein deutsches Vaterland und als Franzose parteilich für Frankreich; nicht aber als Deutscher stolz auf Frankreich oder auf mehrere andere Vaterländer. Im Patriotismus kommen die Patrioten anderer Länder demzufolge immer nur *negativ* vor. Ob die jeweils empfohlene Unterscheidung zwischen dem Patriotismus, d.h. einer »*Liebe zu den Meinen*«, sprich: zum deutschen Vaterland, mit *Toleranz* gegenüber »Fremden« oder »*Hass auf die Fremden*« einhergeht, das fällt dabei allein in die *Konjunkturen* staatlicher Ausländer- und Außenpolitik und deren volksagitorischer Übersetzung.

Zu welchen Formen der »Exklusion« ganzer Völkerschaften sich die nationale »Inklusion« versteht, das hängt folglich ganz vom jeweils aktuellen Stand der Konkurrenz zwischen dem eigenen Vaterland und den Vaterländern anderer Völker und von Kriegen zwischen ihnen ab. Als *Völkerfreundschaft* darf man preisen, wenn die Konkurrenzbeziehungen zwischen den Staaten eine undiplomatische Austragung ihrer Gegensätze erst einmal nicht nötig machen. Aber diese Gegensätze sind – wie gesagt – nicht vergessen, sondern virulent, weswegen jeder Vertrag nicht den Ausgleich von Interessen, sondern allenfalls einen Kompromiss, gelegentlich sogar nur die gelungene Erpressung durch den Stärkeren paraphiert. Dass fremden Völkern und ihren Herren gelegentlich sehr unfreundlich begegnet, ihnen gar die *Feindschaft* erklärt wird, dass die Deutschen dann von den Italienern schon mal abfällig als »Spaghettifresser«, die Franzosen von den Deutschen als den »boches« reden und die Briten ihnen gar deutschsprachig das Etikett »Krauts« oder »Panzer« anhängen, das drückt dann die im Nationalgefühl immer enthaltene Ausgrenzung anderer Völkerschaften gemäß den gerade wenig einvernehmlich verlaufenen, zwischenstaatlichen Konkurrenzbeziehungen aus. Gelegentlich passiert es, dass der Patriotismus der Völker noch hinter dem jeweils erreichten Stand der Beziehungen zwischen Staaten hinterher hinkt, also von fremden Volksmannschaften noch sehr unfreundlich geredet wird, wenn sie doch längst zu »Freunden« avanciert sind, oder dass umgekehrt Patrioten nicht einsehen wollen, dass mit der Verständigung zwischen Völkern, die

eines guten Kontakts für wert befunden wurden, plötzlich Schluss sein soll. Da bedarf es dann der politischen Überzeugungsarbeit, in der die politische Führung dem Volk »erklärt«, wer Schurkenstaat und wer Bündnispartner ist und warum eine ganze ausländische Mannschaft, die gerade noch unter einem »Schurken« gelitten hat, jetzt selber verächtlich als unzivilisiert und deshalb als für die Demokratie noch unreif gilt oder gar bezichtigt wird, feindlich unterwegs zu sein und deutsche Belange zu stören. So hatten z.B. die Staatsmänner der Siegerstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa einiges zu tun. Die Deutschen, gerade noch die verhassten Nazis, wurden Partner in einem Europa, dessen Staaten sich zu einem Bündnis zusammenschlossen, das ab sofort »Frieden« und »Partnerschaft« hieß, wenngleich die Relativierung der Konkurrenz der europäischen Staaten untereinander den Zweck hatte, den USA mit zusammengelegten Ressourcen Konkurrenz zu machen. Das zu teilen, fiel und fällt nicht allen europäischen Völkern leicht.

Inzwischen hat man auch als Politiker wieder stolz auf Deutschland zu sein. Die Debatte über »nationale Identität« wird unter Demokraten offen geführt. Ein führender C-Politiker beklagt sich öffentlich über mangelndes Nationalbewusstsein und legt zehn Thesen zur »deutschen Leitkultur« vor, die – egal welchen Inhalt sie haben – immer klarstellen, dass Deutschtum nicht gleichrangig neben der Ausländer-Identität steht.¹³ Bürger dürfen deutsche Fahnen aufziehen und Hymnen mitgrölen, weil die Vergangenheit erfolgreich bewältigt worden ist: Denn die Deutschen haben Rassismus und Nationalismus hinter sich gelassen. Deswegen lässt sich die Berufung auf den überwundenen Nationalsozialismus heute offensiv als *Titel* für eine deutsche *Außenpolitik* aufbereiten, die überall auf der Welt mitmischt, wo es gilt, Marktwirtschaft und demokratische Herrschaft – das heißt dann »Frieden in Freiheit« – gegen »totalitäre Systeme« zu etablieren: Deutsche Politiker strengen sich unter Einsatz aller inzwischen zur Verfügung stehenden politischen, ökonomischen und militärischen Mittel an, in »Verantwortung vor unserer Geschichte« auf diese Weise *weltweit* den

¹³ www.stern.de/politik/deutschland/thomas-de-maizi%C3%A8re---wir-sind-nicht-burka---10-thesen-zur-leitkultur-7433550.html

»Anfängen zu wehren«. Das inzwischen vergrößerte deutsche Volk erteilt dieser Politik regelmäßig in Wahlen die Zustimmung, feiert deutsche Siege und leidet bei deutschen Niederlagen – an welcher Front auch immer. Es herrscht längst der ganz normale nationalistische Wahn als Innen- und Außenpolitik bei den Berufsnationalisten aller Parteien und bei den Bürgern, die der Nation und ihren Prinzipien bei jeder Wahl des Führungspersonals ihre generelle Zustimmung erteilen.

Die Zeit, in der zwischen Patriotismus und Nationalismus säuberlich geschieden werden muss, läuft entsprechend auch irgendwann aus. Einige rechte Parteien arbeiten jetzt schon fleißig dran. Sie brauchen also demnächst kein Lexikon mehr, um herauszufinden, was Sie für einer sind.

PS: Dass Sie im »Roten Marburg« eine Bestätigung Ihrer Auffassung finden, ändert nichts an der vorgelegten Argumentation. Es zeigt nur, dass und wie sehr auch im linken Lager erstens der Wunsch nach Heimatliebe existiert – natürlich als der Wunsch nach einer sauberen, von braunen Flecken gereinigten Heimat –, und dass es deswegen zweitens in diesem Lager immer noch sehr angesagt ist, den Antifaschismus der Nachkriegspolitik, der sich aus den nationalistischen Berechnungen der Verlierernation speiste, für bare Münze zu nehmen.¹⁴

1.8. Zwischenruf: »Mit Rechtsextremen diskutiert man nicht!«

Auf einer Universitätsveranstaltung zur Flüchtlingspolitik, die von mir öffentlich angekündigt worden war, outeten sich mehrere Anwesende als Vertreter der von mir anfänglich zur Diskussion gestellten Parole »Deutschland den Deutschen. Ausländer raus«; allerdings nicht ohne hinzuzufügen, sie hätten aber – das solle man zur Kenntnis nehmen – mit der »Hitlerei« nichts zu schaffen, würden seine Politik und die NSDAP sogar kritisieren. Auf meine Nachfrage, worin ihre Kritik bestünde, verwiesen sie darauf, dass Hit-

¹⁴ Vgl. dazu das Gespräch 1.11.

ler immerhin den Zweiten Weltkrieg verloren und mit den sinnlosen Judenmorden Deutschland weltweit in Misskredit gebracht hätte. Es gelang mir kaum, das mehrheitlich darüber aufgebrachte und mit »Raus«-Rufen aktiv werdende Publikum zu beruhigen. Mit den Rechtsextremen rede man nicht, hieß es aus den Reihen der Teilnehmer. Sich mit dem Rechtsextremismus zu beschäftigen, das hielte man zwar für nötig, aber nicht für sonderlich aufwendig. Denn Rassismus, Nationalismus und Sexismus dieser Rechten lägen offen auf dem Tisch. Und in deren Ablehnung sei man sich hier wohl einig. Gänzlich ablehnen würde man aber jede Auseinandersetzung mit AfD-lern und anderen Vertretern rechtsextremen Gedankenguts. Mit Neonazis diskutiere man nicht, weil dadurch nur Reklame für die Rechten gemacht werde. Auf meine Frage, wie denn die *Kritik an der AfD Reklame für sie* sein könne, berief sich ein Teilnehmer auf den Chef der Grünen, Habeck:

Auch jede Kritik muss die rechten Argumente erst einmal benennen, um sie zu widerlegen. Sie muss sie dann in der Widerlegung noch einmal zitieren usw. Darauf warten die Rechten nur. Also muss man sie totschweigen und ihnen machtvoll unseren antifaschistischen Standpunkt entgegen setzen.

Das leuchtet mir gar nicht ein. Denn dieses Argument unterstellt die Wirksamkeit der rechten Parolen. Wirksamkeit heißt aber, dass sie Bürger überzeugen, dass denen die in Parolen gefassten Gründe der AfD für ihre Fremdenfeindlichkeit einleuchten. Ja, du behauptest sogar, dass das reine Benennen oder Zitieren schon erfolgreiche Propaganda für den rechten Standpunkt sei. Wäre das so, dann scheinen die Parolen sogar unabhängig davon, ob sie von Vertretern oder Kritikern in den Mund genommen werden, eine ungeheure Wirksamkeit zu entfalten. Offenkundig traut ihr euren Gegenargumenten nicht die gleiche Überzeugungskraft zu, obwohl die doch rechte Urteile widerlegen. Das finde ich merkwürdig.

Das ist spitzzfindig.

Finde ich gar nicht. Hast du dir mal überlegt, wie du zu deiner Kritik an rechten Gedanken – worin die auch immer bestehen mag – gekommen bist? Geboren bist du mit der nicht. Und Antinationalismus hast du in der Schule bestimmt nicht gelernt. Dir muss irgendwann auch eingeleuchtet haben, dass rechtsradikale Urteile

falsch und gefährlich sind. Wieso traust du dieselbe Einsicht anderen Menschen nicht zu? Hältst du alle anderen für blöd?

Nicht alle. Aber es ist nichts anderes als meine Erfahrung, dass, wer einmal auf diesem Standpunkt steht, schwer zu überzeugen ist; AfD-ler, NPD-ler schon gleich nicht.

Das ist ein untauglicher, weil singulärer empirischer Hinweis ...
Verstehe ich nicht.

... Ich könnte dir ja meine ganz andersartigen Erfahrungen entgegenhalten. Was dann? Die wären allerdings als Einwand genau so untauglich, weil ebenso zufällig und für die Verallgemeinerungen, für die du sie einsetzt, ebenfalls nicht geeignet.

Mmh!

Außerdem frage ich mich, was die machtvollen Demonstrationen eures Gegenstandpunktes eigentlich bringen sollen ...

GegenStandpunkt ist gut!

... Willst du damit nicht andere Menschen ansprechen? Sollen sie nicht ein Angriff auf das rechte Denken sein? Du widersprichst dir eklatant: Einerseits erklärst du deine Adressaten für kritikimmun, andererseits willst du mit machtvollen Gegenargumenten doch Anhänger gewinnen bzw. das Lager der Rechten ausdünnen. Das passt nicht zusammen. Ebenso wenig wie deine Rede von der »machtvollen« Demo. Woher kommt denn die Macht der größeren Zahl? Dabei handelt es sich doch um Menschen, die irgendwann für sich eingesehen haben, dass eine Kritik an den rechtsradikalen politischen Positionen fällig ist. Wie kamen sie zu dieser Einsicht?

Es gehört doch wirklich nicht viel dazu, um bei denen Nationalismus und Rassismus aufzuzeigen. Das liegt bei denen doch alles auf der Hand, wenn sie z.B. die Parole: »Deutschland den Deutschen. Ausländer raus« plakatieren. Das habe ich eingangs schon gesagt.

Wenn dem wirklich so wäre, bedürfte es dafür auch keiner machtvollen Gegendemonstrationen. Außerdem täuschst du dich gewaltig. Denn mit einer puren Entgegensetzung deines Standpunktes – so hast du dich geäußert – ist es nicht getan, wenn du Menschen von ihrem rechten, rechtsextremen oder neofaschistischen Standpunkt – die unterscheiden sich übrigens – abbringen willst. Inzwischen bin ich jedoch zu der Überzeugung gelangt, dass dies gar nicht dein Anliegen ist. Ich glaube, unser Dissens geht tie-

fer. Du willst dich mit Gesinnungsgenossen antinationalistisch, antirassistisch und antifaschistisch gegen AfD und NPD aufstellen, der Öffentlichkeit demonstrieren, dass es die ganz anderen, eben euch, nicht nur gibt, sondern dass die eine Macht darstellen – deswegen auch das machtvoll. Und allein das soll schon Überzeugungskraft besitzen?

Du hast es erfasst! Und ich habe mich für deinen Workshop gemeldet, um für dieses Anliegen zu werben.

Dann geraten wir aneinander. Denn ich will den Teilnehmern des Termins erklären, welche Fehler das rechte Denken ausmachen, wie man sie aufdeckt und kritisiert. Jemanden, der davon überzeugt ist, dass Ausländer uns Arbeitsplätze, Wohnungen und auch noch – siehe Kölner Silvesternacht 2015 – die Frauen wegnehmen, mit dem Urteil zu konfrontieren, er sei ein Nationalist und Rassist, der fühlt sich dadurch vielleicht sogar richtig charakterisiert. Auf jeden Fall setzt eine Konfrontationsstrategie, die doch Kritik leisten will, diese Kritik an den -ismen beim Adressaten immer schon voraus. Du bzw. ihr geht fälschlicherweise davon aus, dass man deutsche Bürger bloß mit machtvollen Demonstrationen aufwecken muss, damit sie sehen, was in Deutschland los ist. Kritik hebt sich damit selbst auf. Von der müssen Leute nicht erst überzeugt werden, wenn die nur »schläft«.

Woher habt ihr das eigentlich? Was ist der Beleg dafür? Was bleibt, ist eure Selbstdarstellung als die wahren Demokraten, die aus der deutschen Vergangenheit gelernt haben und zeigen, dass die Rechtsradikalen und Nazis nicht zu Deutschland passen, dass man immer noch den »Anfängen wehren« muss.

Genau! Wie das anders gehen soll, will ich sehen. Und was gibt es denn an: »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« überhaupt zu kritisieren. Das spricht doch für sich selbst. So etwas kennt man doch von den Nationalsozialisten. Nur waren es da die Juden, die nicht zu Deutschland passen sollten, nicht die Ausländer. Das wissen doch die Deutschen. Und so etwas gehört eigentlich verboten. Faschismus ist nämlich keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Dass die Deutschen das wissen, mag stimmen. Ob sie euren Antifaschismus damit schon teilen, ist jedoch eine ganz andere Frage.

Die in euren Reihen verbreitete Auffassung, dass das rechte, fremdenfeindliche Gedankengut »in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist«, spricht schwer gegen deine Schlaf-Theorie. Auf jeden Fall sind die von dir zitierten Habeck-Begründungen doch wohl vom Tisch. Oder? Allerdings gilt es über dein Faschismus-Urteil irgendwann zu streiten. Das teile ich auch nicht.

1.9. »Deutschland den Deutschen. Ausländer raus!«

Nachdem einige Nichtüberzeugte den Saal verlassen hatten, wurde die Uni-Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus fortgesetzt. Der Hinweis, dass doch die Entfernung der Vertreter der hier zur Kritik stehenden rechten Gedanken aus dem Saal eine Variante jenes Ausschlussdenkens sei, das angegriffen werden soll, beruhigte die Gemüter etwas. Die zusätzlich geäußerten skeptischen Hinweise, dass »die« sowieso Argumenten nicht zugänglich wären, wurden von dem Grüppchen der Rechten ausgekontert: Sie seien gerade deswegen in diese Veranstaltung gekommen, um für ihre Position Werbung zu machen, was eine Diskussion über sie einschliesse. Ich eröffnete die Debatte, die – das kann vorab gesagt werden – aus den Rechten keine Linken und aus Linken keine Rechten gemacht hat, und die nach dem relativ zügigen Abmarsch des rechten Trupps aber nicht beendet war, sondern eine überraschende Wendung nahm:¹⁵

Wenn Sie keine Ausländer in Deutschland haben wollen, dann schlagen Sie doch an höchster Stelle vor, alle Flüchtlinge und sonstigen Ausländer zügig einzubürgern, zu deutschen Staatsbürgern zu machen. Damit ließe sich Ihr Problem doch lösen!

R: Ausländer werden nicht dadurch zu Deutschen, dass sie einen deutschen Personalausweis erhalten. Es ist umgekehrt, nur Deutsche erhalten so ein Dokument. Und gelegentlich besitzen welche das Dokument, das ihnen gar nicht zusteht, weil sie das Deutschland gar nicht verkörpern.

¹⁵ R: Rechte, T: sonstige Teilnehmer.

T: Worin besteht denn das Deutschtum? Das wollte ich schon immer mal wissen.

R: Das Deutschtum besteht aus all dem, was dieses Volk ausmacht und historisch zu einer Einheit zusammengefügt hat: die deutsche Sprache, deutsche Sitten, deutsche Kultur, deutsche Geschichte ...

T: Es fehlt noch die deutsche Rasse.

R: ... Nein, die fehlt gar nicht. Was die ausmacht, das habe ich gerade benannt. Das Blut, das Sie erwartet haben, gehört nicht dazu. Blut ist Blut. Es gibt die vier bekannten Blutgruppen, die bei allen Völkern und Rassen, wenn Sie so wollen, zu finden sind. Halten Sie uns bitte nicht für blöd.

Gehen wir Ihre Bestimmungen von Deutschtum mal durch. Zur Sprache: Sehe ich das richtig? Sie wollen doch nicht alle, die in der Schule, im Studium, auf Reisen die deutsche Sprache erlernt haben, zu Deutschen erklären? Dasselbe Spiel könnte ich mit Sitten und Kultur auch machen. Ich habe kürzlich Beethovens »Ode an die Freude« auf deutsch von einem aus 500 Mitgliedern bestehenden japanischen Chor gehört. Klasse, sage ich Ihnen. Sollten die alle eingebürgert werden! Nein, das nicht? Sie sehen in deutscher Sprache etc. also nur dann ein Merkmal von Deutschtum, wenn sie von Deutschen gesprochen wird? Merken Sie nicht, dass Sie sich damit einen Zirkel gebaut haben: Wir fragen, wie Sie Deutschtum bestimmen. Sie antworten mit einer Reihe von Merkmalen, die Sie aber nur gelten lassen wollen, wenn sie bei den Deutschen vorkommen. Aber deren -tum wollten wir uns doch gerade erklären lassen! Sie setzen bei der Erklärung des Deutschtums dies immer schon als gegeben voraus.

T: Ich will Ihnen noch was zur Geschichte sagen. Mein einer Großvater saß im KZ und ich bin Antifaschist. Wie sollen Sie und ich da eine gemeinsame Geschichte haben!

R: Die Geschichte ist aber immer die deutsche Geschichte. Das ist doch nicht zu bestreiten!

Geschichte ist kein Subjekt. Geschichte ist die Summe der vergangenen Auseinandersetzungen zwischen allen möglichen gegensätzlichen Kräften. Das hat der Kollege eben gemeint.

Die deutschen Faschisten haben nach der Ausrottung von Teilen des deutschen Volkes – mit gemeinsamer Geschichte!? – den Krieg

verloren. Die ausländischen Sieger haben nachher den Kampf gegen den Faschismus in den gegen den Kommunismus überführt. Auf deutschem Boden fand dieser Kampf zwischen zwei deutschen Staaten statt. Usw. Dass Geschichte das deutsche Volk eint, ist eine Aussage, die von all dem abstrahiert, was jeweils geschichtlich passiert ist und wie unterschiedlich es die Menschen jeweils getroffen hat. Davon zu reden, dass ein Antifaschist dieselbe Geschichte hat wie ein Faschist, das ist – Entschuldigung – Blödsinn. Darauf kommt man eben nur, wenn man das *Deutsche* an der Geschichte über all das stellt, was mit den diversen Menschengruppen und -klassen *in der* Geschichte angestellt worden ist, also, um das Beispiel des Kollegen aufzugreifen, ob sie KZ-Wärter waren oder im KZ gequält wurden.

R: Aber (!)¹⁶ Sie können doch nicht leugnen, dass uns die deutsche Sprache eint, identisch macht. Es gibt eine Amtssprache und wir können uns hier verstehen. Nehmen Sie heute nur die vollen U-Bahnen, da verstehen Sie nichts mehr. Ein Sprachenkauerwelsch findet da statt. Oder Flüchtlings- bzw. Migrantenkinder, die unser deutsches Schulsystem zerstören. Die sitzen da im Unterricht, sprechen kein Wort deutsch, müssen aber beschult werden.

T: Ich will was zum Sprachkauerwelsch im öffentlichen Nahverkehr sagen. Was stört Sie eigentlich daran, wenn Sie nicht verstehen, was Ausländer sich erzählen? Was gehen Sie die und ihre Gespräche eigentlich an? Wie neugierig sind Sie denn? Und hören Sie sonst immer genau hin, wenn Deutsche sich laut unterhalten? Oder stört sie vielleicht genau das beim Zeitunglesen?

T: Was können denn die Flüchtlingskinder dafür, dass die Schule so ist wie sie ist? Dann soll man ihnen deutsch und den Lehrern und Lehrerinnen türkisch, arabisch etc. beibringen.

¹⁶ Das war wieder einmal ein Ja-aber-Übergang zum Themenwechsel, den man niemandem durchgehen lassen sollte. Wo ihnen nichts mehr einfällt, greifen die Gesprächsteilnehmer, in diesem Fall die Jung-AfD-ler, als die sie sich nach verteilten Flyern outeten, zum nächsten »Belegmaterial«. Es wäre jedoch immer zu fragen, ob die Einleitung mit dem »Aber« nun eine Zustimmung zum zuvor vorgetragenen Argument bedeutet. Wenn nicht, wäre darauf zu insistieren, dass es an dem ungeklärten Gegenstand weiter geht.

Genau. Ich will das ergänzen: Dass Flüchtlingskinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in einer deutschsprachigen Schule Probleme haben, das trifft zu. Doch steht bei Ihnen alles auf dem Kopf: Sie lasten Versäumnisse des hiesigen Schulsystems den fremdsprachigen Flüchtlingskindern an, die per Gesetz zum Schulgang verpflichtet werden, dort aber vom Schulunterricht durch fehlende Sprachkenntnisse ausgeschlossen sind. Wer hat hier wohl versagt? Außerdem: Deutsche Sprache soll Deutsche *einen*? Unsere Debatte ist allein schon ein Gegenbeispiel. Es gibt da noch viel gewichtigere Beispiele: Mit einem in der deutschen Amtssprache, also in der staatlich *vorgeschriebenen* Sprache abgefassten Kündigungsschreiben wird ein deutscher Mieter aus der Wohnung geworfen, ein deutscher Arbeiter entlassen. Deutsche Richter werfen den deutschen Rechtsbrecher per in deutscher Sprache verlesenem Urteil in den Knast! Hübsche Einigkeit! Das stimmt alles hinten und vorn nicht. Da tun sich *Gegensätze* im deutschen Volk auf, die es in sich haben: politische und ökonomische. Vermieter, Unternehmer, Richter setzen offenkundig Interessen um, denen deutsche Identität gleichgültig ist. Halten Sie die Sprache hinsichtlich Ihrer Identität für bedeutsamer als all das, was Ihnen und allen Mitbürgern mittels deutscher Sprache angetan und zugemutet wird? Sie stellen die Sprache über das Gesprochene. Fragt sich schon, wozu Sprache eigentlich taugt. Um sich an der identischen Sprache zu delektieren? Wohl nicht. Eine merkwürdige Identität ist das, die nur gilt, wenn man von den Unterschieden und Gegensätzen absieht, die den realen Alltag der Deutschen ein Leben lang ausmachen und die – zunächst wenigstens – in deutscher Sprache ausgetragen werden. Aber dass sich per Sprache dann oft die Staatsgewalt ankündigt, das haben ja ohnehin die Beispiele gezeigt.

R: Die Unterschiede leugne ich nicht, aber (!)¹⁷ denken Sie doch mal an die letzte Fußballweltmeisterschaft in Deutschland: Ein Meer von Schwarz-Rot-Gold! Und Menschen aller Schichten stan-

¹⁷ Schon wieder so ein »aber«, das in diesem Fall aber (!) beim Thema bleibt und die gesagten Argumente mit einem Gegenbeispiel aushebeln will, ohne sich natürlich die Frage zu stellen, ob das Gegenbeispiel tatsächlich eins ist bzw. wie es zu den vorgetragenen Widerlegungen einer in der deutschen Art liegenden erfundenen Identität passt.

den nebeneinander und haben gefeiert: Wenn das nicht ein Zeichen für echte nationale Identität war! Oder denken Sie an den Urlaub im Ausland. Da ist man doch immer erfreut, wenn man auf Landsleute trifft.

Und nach der WM sind alle Kündigungsschreiben und Entmietungen zurückgenommen, die Gesetzesbrecher aus dem Knast entlassen worden!? Müssen Sie zum Beweis für Ihr einigendes Deutschtum jetzt schon auf Feiern zurückgreifen, auf denen Deutsche in der Tat mal für kurze Zeit den für die meisten Menschen ärgerlichen Alltag vergessen? Vielleicht gibt es ja solche Feiern auch nur *deswegen*.

Das mit dem Urlaub ist auch so eine Sache: Was ist denn, wenn Sie im Ausland – erfreut – auf einen deutschen Zeitgenossen treffen und nach einigen Minuten merken, Sie haben einen deutschen Antifaschisten vor sich oder – ich konstruiere mal – den Manager einer Firma, die Sie gerade gefeuert hat? Da hat es mit Ihrer Freude schnell ein Ende. Überlegen Sie doch mal, mit wem Sie mehr Gemeinsamkeiten haben, mit der *Französin* Marine LePen oder mit dem *deutschen* Vorsitzenden der DKP?

R: Politisch natürlich mit allen ausländischen Freunden. Das ändert aber (!)¹⁸ nichts daran, dass Sie und ich, wir beide, bei allen politischen Differenzen Deutsche sind. Dass sich Deutsche zur Zeit gerade gegen ihre Natur immer mehr entzweien, das will ich ja gerade angreifen.

Überlegen Sie mal, was von Ihrem alle Deutschen *einigenden* Deutschtum *inhaltlich*, d.h. als das alltägliche Leben der Menschen Bestimmende eigentlich jetzt noch bleibt: Nichts mehr.

R: Das stimmt nicht. Die Liebe zu Deutschland, der Patriotismus bleibt. Sogar deutsche Politiker aller Parteien werden langsam wieder normal und erklären, dass man wieder stolz sein darf auf Deutschland. Dagegen arbeiten die Ausländer. Fremde mit anderen Sitten, Werthaltungen, fremder Religion und Kultur unter-

¹⁸ Dieses »aber« kündigt ebenfalls keinen direkten Themenwechsel an, sondern flüchtet sich in die letzte, von allem, was so von Deutschen und mit Deutschen angestellt wird, gereinigte Abstraktion, die am Anfang der Debatte gerade das zu Beweisende sein sollte. Jetzt wird das zu Beweisende, das Deutschtum, zu seinem eigenen letzten Beweis.

wandern in zunehmendem Maße Deutschland. Dabei schrecken sie auch vor Durchrassung, wie das übrigens der ehemalige CSU-Vorsitzende Stoiber mal genannt hat, nicht zurück, heiraten deutsche Frauen und setzen dann gemischtrassige Kinder in die Welt. Das ist der Weg zur allmählichen Auslöschung der Volkseinheit.

Ach, jetzt geht es Ihnen doch ums Blut, um die Bewahrung des reinen deutschen Bluts! Außerdem: Was wäre dann? Dann gäbe es hier einen vielleicht sogar mehrsprachigen »Vielvölkerstaat« wie in der Schweiz, in Indien, eine Art melting pot, ohne den Rassismus in den USA! Wollen Sie den Menschen vorschreiben, welche politischen Schlüsse sie aus ihrer jeweiligen Lage ziehen? Oder wen sie mögen, in wen sie sich verlieben, mit wem sie Kinder zeugen? Ist das Ihre Option: Mit Gewalt gegen zwischenmenschliche Gefühle, wenn Sie Ihren rassistischen Vorstellungen nicht genehm sind?

Lautstarke R: Das wäre die Auslöschung des Deutschtums überhaupt!!!

Jetzt ist bei Ihnen auch die letzte Rücksichtnahme auf die öffentliche Diskussion gefallen: Denn so eine pathetische Aussage kommt Ihnen nur über die Lippen, wenn Sie die Deutschen für *höherwertig* halten; wenn Sie das Deutschtum für so wertvoll, edel erachten, dass es gegen alles minderwertige Fremde geschützt werden muss. Den Beweis für so etwas wie ein alle Deutschen einigendes Deutschtum sind Sie uns schuldig geblieben. Jetzt kommen Sie zusätzlich mit Ihrer rassistischen Herrenmenschentheorie an. Überall Herrenmenschen? Dort, wo in den christlichen Kirchen und Internaten junge Menschen missbraucht werden, wo nicht gerade wenige Politiker ihr Schäfchen ins Trockene bringen, wobei Mobbing, Betrug, Übergriffe, Heuchelei, Schmeicheleien auch in Schulen, Vereinen und Familien um sich greifen; wo sich Rockerbanden regelrechte Kriege liefern usw. In der Tat ein Volk von edlen Herrenmenschen. Oder wollen Sie alle, die nicht in Ihr Herrenmenschekonzept passen, zu *Undeutschen* erklären? Da bliebe ziemlich wenig vom Volk übrig. Übrigens – und das sage ich an die Adresse der restlichen Teilnehmer – ist das, was wir jetzt gehört haben, der Kern von völkischem Denken, von *völkischem Nationalismus*. Wir müssen uns später noch mit dem in der Tat zutref-

fenden Hinweis auf den ziemlich durchgesetzten *Patriotismus* bei den Deutschen befassen.¹⁹

Noch ein etwas methodisches Wort an Sie: Fällt Ihnen eigentlich auf, dass Sie völlig ungerührt all jene Argumente zum Deutschtum weiter benutzen, die wir Ihnen gerade widerlegt haben? Eigentlich müssten wir jetzt von vorne anfangen. Das lassen wir aber. Ich entnehme dem nur noch einmal, dass für Sie alle von Ihnen angeführten Argumente gar nicht den Charakter einer *Begründung* besitzen, mit deren Widerlegung das Begründete, hier die Behauptung eines alle Deutschen einigenden Deutschtums, entfiele. Es verhält sich bei Ihnen anders: Die Sache mit dem Deutschtum ist der gegen jede Widerlegung immune *Standpunkt*, der Ihnen vielleicht – um eine Ihnen passende Redewendung zu benutzen – in »Fleisch und Blut« steckt. Und alle Argumente haben dann nur die Funktion *nachträglicher* Beweise. Die entnehmen Sie wegen ihrer scheinbaren Plausibilität dem Alltag Ihrer Mitmenschen: der U-Bahn, der Schule, dem Urlaub, der WM usw.; was dazu führt, dass, wenn diese Rechtfertigungen des vorab feststehenden Standpunktes einmal ernst genommen, sie allesamt sofort jeder Stichhaltigkeit beraubt und als pure Albernheiten vorgeführt werden. Das liegt schlicht daran, dass die Sache mit dem uns alle einigenden Deutschtum eine *rassistische Erfindung* ist, die sich deswegen auch im Alltag deutscher Bürger, wie er stattfindet, nicht nur nicht auffinden lässt, sondern die ihm widerspricht.

Ich möchte Ihnen – und nehme Sie als Diskutanten weiterhin ernst – dringend raten, Ihr Arsenal an Argumenten für Ihren ausländerfeindlichen Standpunkt daraufhin gründlich zu überprüfen. Wenn Sie gute, also *zutreffende* Gründe für Ihren völkischen Gedanken der nationalen Identität nicht liefern können, dann lassen Sie diese Parolen und die dahinter stehende Konstruktion fahren, sofern Sie immer noch auf Ihren Verstand und noch nicht auf Baseballschläger, also auf Gewalt, setzen. Wenn Sie nichts mehr entgegenhalten können als nur noch die pure Wiederholung Ihres *Standpunktes*, dann trennen sich unsere Wege.

¹⁹ Vgl. dazu die Korrespondenz 1.7.

Mehr als die genannten Argumente kann der Workshop nicht liefern. Zu einem schon zur Glaubenssache verfestigten Standpunkt dringen Argumente kaum durch. Da kann man nur dessen Unterstellungen angreifen. Den kann man nur *enttäuschen*; vielleicht dadurch, dass Sie sich mal überlegen, warum es zu Ihrer deutschen Staatsbürgerschaft eines Gesetzes, also der *Rechtsgewalt*, bedarf. Da wird vom Staat nicht nach Stammbaum, Wesen, Charakter oder Aussehen entschieden. Auch Sie sind nicht wegen Ihrer herausragenden deutschen Art zum deutschen Staatsbürger erklärt worden. Wie hätte man auch bereits kurz nach der Geburt feststellen können, ob aus Ihnen ein braver Bürger, enttäuschter Nationalist, ein Krimineller oder vielleicht ein homosexueller Anarchist wird? Sie sind als Deutscher nichts anderes als das Produkt des staatlichen Interesses, jedes neugeborene Kind deutscher Eltern sofort für sich und seine Zwecke einzugemeinden. Widerspruch zwecklos!

Übrigens, das gibt mir die Gelegenheit, die Sache mit der *nationalen Einheit* noch einmal konstruktiv aufzugreifen. Die gibt es nämlich in einer Hinsicht schon. Aber etwas anders, als Sie uns glauben machen wollen. Sie werden den Art. 3 des deutschen Grundgesetzes kennen: »*Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich*«. Der Artikel sagt nichts anderes aus, als dass alle Menschen, die als Bürger in einem Staat leben, seiner gesetzgebenden Gewalt gleichermaßen unterworfen sind.

Mittels dieses *Unterwerfungsaktes* stellt – auch – der demokratische Staat die Einheit aller sonst in ihrem Alltag unterschiedlich und gegensätzlich aufgestellten Bürger her. Volkseinheit gibt es nur als Resultat dieses staatlichen Gewaltaktes. Sonst nicht: Jeder mann hat sich dem Gesetz unterzuordnen, egal ob er es für vernünftig oder für unvernünftig hält. Niemand kann sich ihm beispielsweise mit dem Hinweis darauf entziehen, dass er die darin festgeschriebene Pflicht nicht billigt und außerdem ihrer Verabschiedung nicht zugestimmt hat, ja nicht einmal gefragt worden ist. Auch bei Ihnen ...

T: Die sind gerade gegangen!

... bzw. bei den Rechtsextremen löst sich reale Volkseinheit in dieses Gewaltverhältnis auf. In dem, was als Begründung dafür

angeführt wird, unterscheiden sich jedoch beide Herrschaftsformen. Die einen wollen die *völkische Substanz* schützen, die anderen das, was als *Bürgerfreiheit* staatlich ins Recht gesetzt worden ist. Der Sache nach kommt es, behaupte ich einfach mal, auf das Gleiche hinaus, auf die Verfügung über das Staatsvolk mittels des Gewaltmonopols.

T: Das kommt aber jetzt überraschend. Wollen Sie behaupten, dass es zwischen Demokratie und Faschismus keine Differenz gibt? Und wollen Sie damit behaupten, dass unsere Staatsbürgerschaft, also dass wir Deutsche sind, ein Akt der Staatsgewalt ist? Gilt bei uns nicht das ius sanguinis? Also dass wir Deutsche sind, weil wir von unseren Eltern gezeugt sind?

Nein, ersteres will ich nicht und habe ich nicht behauptet: Ich wollte auf eine *Gemeinsamkeit* dieser beiden Herrschaftsformen verweisen, nicht auf *Identität*. Beide sind bemüht, sich für die Realisierung ihrer jeweiligen nationalen Ziele eines möglichst loyalen Volkes zu versichern; was am besten dadurch geschieht, dass die zu Deutschen gemachten Menschen per Erziehung und Öffentlichkeit auf freiwillige Loyalität getrimmt werden.

Und da es sich um Ziele handelt, die – um es mal abstrakt zu sagen – nicht mit denen aller Bürger zusammenfallen, sichert sich der Staat auch die Gesetzesgewalt über das Volk: Sie *müssen* seinem Recht gehorchen. Dass dieses Gewaltverhältnis in Demokratien von den Bürgern per Wahl akklamiert wird – übrigens dadurch, dass es gerade *nicht* zur Wahl steht –, ist die Besonderheit hierzulande.

T: Aber das bedeutet doch nicht zugleich, dass unsere Staatsbürgerschaft ein Akt der Staatsgewalt ist. Ich lebe doch aus freien Stücken hier, habe meine Kritik an Deutschland, schätze aber auf der anderen Seiten die demokratischen Freiheiten, die es im Faschismus nicht gibt. Außerdem kann ich auch auswandern.

Was heißt denn das von Ihnen angesprochene *ius sanguinis*, das mit den üblichen, von Zeit zu Zeit modifizierten Ausnahmen, hier gilt.²⁰ Man darf dabei nicht immer nur *sanguinis, des Blutes*, beto-

²⁰ *Ius sanguinis*, das dem *ius soli*, dem auf Boden gegründeten Staatsbürgerrecht, gegenübergestellt wird.

nen, sondern muss »ius«, das *Gesetz*, in Rechnung stellen. Es ist nicht die Entscheidung deutscher Eltern, dass ihr Kind die deutsche Staatsbürgerschaft bekommt. Sie haben deswegen auch nicht die Möglichkeit, es später ihrem Nachwuchs zu überlassen, sich eine Staatsbürgerschaft nach eigenem Gusto auszusuchen oder sich von Staatsbürgerschaft überhaupt zu verabschieden. Das ist per staatlichem Rechtsakt für alle deutschen Eltern festgelegt. Ihre Kinder bekommen sofort nach der Geburt einen staatlichen Stempel verpasst: deutsches Kind. Kein anderer Staat hat Zugriff auf es, es unterliegt ganz meiner Hoheit, stellt er klar. Und dieser Akt, der später in der Ausstellung eines Personaldokuments mündet, ist deswegen auch kein *formaler*. Machen Sie sich mal klar, was mit diesem »Stempel« bereits alles, und zwar irreversibel, über so einen Neubürger beschlossen ist.

T: Wenn Sie das so sehen, dann muss man sagen, dass er in den Kapitalismus hineingeboren wird. Das ökonomische System kann er sich ebenso wenig aussuchen wie das politische oder das soziale System.

Dass er in dieses System einfach nur *hineingeboren* wird, macht nicht die Härte aus. Die resultiert erst daraus, dass alles, was an Ökonomie, Politik, Sozialem dieses System ausmacht, per *Rechtsstaatlichkeit unwidersprechlich vorgegeben* ist, die irreversiblen Bedingungen darstellt, unter denen er dann in Wahrnehmung aller bürgerlichen Freiheiten sein Leben gestalten darf bzw. muss: nämlich Geld zu verdienen hat. Der Nachwuchs wird per Gesetzesgewalt in eine Klassengesellschaft mit Marktwirtschaft eingeordnet, in der er sich und später seine eigene Familie nur ernähren kann, wenn er sich den ökonomischen Regeln dieser Geldwirtschaft unterwirft, sich dem politischen Herrschaftssystem namens Demokratie anpasst, das ihm alle vier Jahre erlaubt, das Herrschafts*personal* zu wählen, und das ihn auf eine Familienfunktion festlegt, gemäß der er wieder für Nachwuchs für eben dieses System sorgen soll – auch wenn er ganz privat eigentlich nur sein Glück machen will. Das ist die Härte von Staatsbürgerschaft. Eine Eigenschaft, die er von Geburt an in seinen Rucksack gepackt bekommt, haben wir noch vergessen ...

T: ... Er kommt ja als Kind bestimmter Eltern auf die Welt, als Kind von Professoren oder Arbeitern. Und das hängt ihm ja auch

irgendwie sein Leben lang an. Ich denke da nur an das Stichwort Chancengleichheit in der Schule.

Genau. Es verhält sich nicht so, dass alle Neugeborenen *unabhängig* von der materiellen Lage der Eltern und unabhängig von ihrem sozialen Status aufwachsen. Es verhält sich umgekehrt. Folglich steht das, was aus den Neubürgern unter den vorgegebenen ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnissen wird, wie sie am Reichtum dieser Ökonomie teilhaben oder ob sie ziemlich von ihm ausgeschlossen sind, immer schon mit der klassenmäßigen Herkunft ziemlich *fest*. Über Ausnahmen müssen wir nicht reden und nicht darüber, dass diese Ausnahmen nichts daran ändern, dass sich die Klassenverhältnisse reproduzieren, soziologisch formuliert, auf wenige Reiche viele Arme kommen. Soweit zur Staatsbürgerschaft.

T: Einspruch: Es zeichnet doch das politische System der Demokratie aus, dass die Bürger sich nicht nur per Wahl an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen können, wenn sie das entsprechende Alter erreicht haben und wahlmündig geworden sind. Und außerdem bezweifle ich, dass die herrschende Demokratie wirklich dem Sinn von Demokratie gerecht wird. Die Sache mit der Auswanderung ist auch noch offen.

Ich finde Ihre erste Bemerkung richtig, sehe jedoch darin keinen Einwand. Nur kurz dazu, weil das ein anderes Thema ist, wir aber dringend zur Kritik der Parole zurückkommen müssen. Deswegen nur ein paar Fragen, die man diesbezüglich klären müsste. Erstens: Warum muss der Nachwuchs 18 Jahre im Status der (Wahl-) Unmündigkeit unter der pädagogischen Obhut einer Staatsschule verbringen, ehe ihm das Wählen erlaubt wird? Zweitens: Was ist daraus zu schließen, dass sich an diesem demokratisch regierten Gesellschaftssystem eigentlich in den letzten Jahrzehnten durch Wahlen nichts Wesentliches geändert hat, obwohl die Bürger ständig meckern, rasonieren, kritisieren? Hat das vielleicht was mit »erstens« zu tun? Und drittens: Wie wollen Sie eigentlich die *real* existierende Gesellschaft durch eine *nicht* real existierende Demokratie verändern?²¹

²¹ Dazu Näheres unter 5.2.

Ich möchte aber noch auf den zweiten Teil der Parole zu sprechen kommen: »*Ausländer raus!*«. Das soll nun die Schlussfolgerung sein aus »*Deutschland den Deutschen*«. Wie das?

T: *Das Argument, das ich immer höre, heißt: »Ausländer sind anders, sie passen nicht zu uns.«²² Das haben wir alles kritisiert. Allerdings haben die Rechten ihnen vorhin sogar eine zerstörerische Absicht unterstellt. Sie wollten Deutschland per »Durchrassung« oder »Umvolkung«, wie Gauland (AfD) das mal gesagt hat, auslöschen. Auch dafür braucht es aber Begründungen, die ich nicht sehe. Aus der Andersartigkeit der Flüchtlinge folgt da sowieso nichts. Es sei denn, man unterstellt eine militärische Eroberung. Von der kann nun wirklich nicht die Rede sein. Wir reden ja von Flüchtlingen, die nichts als Opfer des Imperialismus sind.*

Dass aus Andersartigkeit nichts folgt, stimmt. Andersartiges wird ständig innerhalb der deutschen Bevölkerung festgestellt: Da gibt es Bayern und Ostfriesen, Sachsen und Schwaben, alle mit eigenen Sitten und Gebräuchen, Dialekten und Küchen. Die kann man mögen oder nicht. Das wäre allein eine Sache des *subjektiven Geschmacks*, aus der aber auch nichts anderes folgen würde, als von der Schweinshaxe oder Kohl und Pinkel zu lassen, und um das Jodeln oder Boßeln einen Bogen zu machen. Der geforderte Ausschluss von Ausländern, Flüchtlingen etwa, wegen schädlicher Wirkung aufs deutsche Volkstum resultiert denn auch nicht aus irgendwelchen nicht- bzw. antideutschen *Eigenschaften* irgendwelcher Ausländer; was daran leicht zu beweisen ist, dass ausländische Kulturen, Küchen oder Bräuche in Deutschland und von Deutschen gepflegt, sogar als »multikulturelle« Bereicherung angepriesen werden. Da tun sich die Ausländerfeinde wieder schwer mit dem Begründen. Man könnte sie da auch mal an ihren eigenen Auslandsreisen packen: Wieso stören sie sich an den un- oder antideutschen Eigenschaften nicht im Urlaub am Strand der Türkei. Sie kommen nicht nur heil zurück, sondern fahren im nächsten Jahren wieder an die Ägäis. Es muss sich um Eigenschaften von Ausländern handeln, die zwar *an ihnen dran* sein sollen, sich aber immer

²² Siehe auch Gespräch 1.4.

nur *in Deutschland* zeigen, in der Heimat der Ausländer gegenüber den Touristenmassen nicht. Merkwürdig!

Ich möchte noch eine Sortierung vornehmen: Ausländer wegen undeutscher *Eigenschaften* zu denunzieren und *ausgrenzen* zu wollen, ist etwas anderes, als fremde Kulturen und Sitten zu *kritisieren*. Ich nehme schon an so Einigem Anstoß, angefangen bei der Religion, dem Umgang mit dem weiblichen Geschlecht, an Kultur, z.B. an der Herrschaftsverherrlichung in Musik, Literatur und Malerei usw. Ich lasse die Finger von jeder Religion, kann mich daran nicht erbauen und kritisiere den Machismo, wo ich ihm begegne. Die Rechtsradikalen haben nichts gegen Religion und Kultur, wenn es denn *ihre* ist; selbst Frauenverachtung ist ihnen nicht allzu fremd.

Was Ihnen an Ausländern nicht passt, das löst sich deswegen in das ganz abstrakt gefasste Ausländische auf, das als das Deutschtum untergrabende Eigenschaft an den Ausländern dran ist – offenbar wie der große Zeh oder das Ohrläppchen, also quasi-natürlich und deshalb unkritikabel. Diesen Widerspruch muss man ihnen dann auch noch verdeutlichen: Lauter Abteilungen des *gesellschaftlichen* Zusammenlebens werden von Ihnen wie *Naturphänomene* gedacht.

T: Das verstehe ich nicht: Damit kritisieren die doch die Ausländer, wollen sie deshalb nicht in Deutschland haben.

T: Nein, denn wer nur immer den negativen Abgleich mit seiner eigenen Volksnatur anspricht, der hat gegen das ihn Störende kein anderes Argument, als dass es nicht seiner Volksnatur entspricht; im Stil von: Was ist ein Flugzeug? Kein Auto! Wer allein am Ausländer eine negative Abweichung festhält, der gibt nur Auskunft über edles Deutschtum, weiß aber für sich kein Argument gegen das Störende oder das am Deutschtum so Gepriesene.

Abschließend noch zwei Bemerkungen. Zunächst Folgendes und das schließt gut an den letzten Beitrag an: Was wäre eigentlich für diese Rechten ein Deutschland *ohne* Ausländer? Welche positive Vorstellung von einem Deutschland, aus dem die Ausländer entfernt worden sind, haben sie? Es bleibt eine ausgesprochen genügsame Vorstellung übrig. Die sind dann als völkisch reiner Haufen ganz *unter sich*; was wohl auch eine Art Lebenszweck zu sein

scheint, hinter dem all das klein wird, was vielleicht auch einen Rechtsextremen stört.

Und mein Schlusswort: Am Anfang wurde davor gewarnt, dass man mit »diesen Leuten« nicht diskutieren könne. Ich halte dagegen fest: Erstens geht das schon, sofern die sich drauf einlassen. Zweitens hat deren Abgang gezeigt, dass ihnen gegen unsere Argumente nichts mehr eingefallen ist. Das wird sicher einigen von ihnen zu denken geben. Was natürlich drittens nicht heißt, dass wir sie überzeugt haben. Den Idealismus, aus einem Neonazi nach einer Stunde Debatte einen Kritiker seiner Szene machen zu können, sollte man sich abschminken. Viertens möchte ich aber drauf verweisen, dass sich offenbar die Debatte mit denen nahtlos überführen ließ in unsere Workshop-Diskussion. Was wiederum darauf verweist, dass wohl eine Reihe von Fehlurteilen kein exklusiver Besitztitel der Rechten ist. Und in der Tat empfehle ich fünftens, sich die gelaufene Kritik anzueignen. Sie werden Sie in Ihrem ganz normalen Alltag ständig brauchen: In der Verwandtschaft, im weiteren Bekanntenkreis, in der Schule und der Uni, im Betrieb und in der Kneipe usw. Die Übergänge zwischen der bekannten Flüchtlingsbeschimpfung von viel zu vielen Mitbürgern zum rechten, völkischen Rand sind nämlich fließend. Um das zu begründen, gibt es demnächst noch einen eigenen Workshop.²³

1.10. »Als Deutscher ist man doch automatisch für Deutschland!«

Das nachfolgende Gespräch hat am Tag nach einem Vortrag von mir mit einem Schüler stattgefunden, der sich mit der Frage an mich gewandt hatte, was denn daran falsch sei, wenn man sich zu seinem Deutschtum bekenne. Auch er betonte, dass er mit den Neofaschisten nichts am Hut habe und drang sehr auf das Gespräch, da dieses Thema zum Streit im Unterricht geführt habe. Den Dialog habe ich mit seinem Einverständnis aufgenommen, nachträglich »geglättet« und mit seinem Plazet übernommen.

²³ Vgl. dazu das Kapitel 5.2.

Du bist also stolz darauf, Deutscher zu sein?

Ja!

Kannst du mal begründen, warum du stolz auf Deutschland bist?

Wie? Weil ich Deutscher bin!

Das bin ich auch und teile deinen Stolz überhaupt nicht. Deutscher zu sein und auf Deutschland stolz zu sein, sind zwei Sachen.

Das sehe ich anders. Wenn man Deutscher ist, dann muss man doch automatisch für sein Land sein. Du auch!

Wieso automatisch? Hast du denn gar keine Gründe für deine Zustimmung, für deinen Stolz?

Also, noch mal zu »automatisch«. Das geht doch gar nicht anders. Da wächst man als Deutscher in Deutschland auf und soll sich dann gegen das Land stellen. Das ist wie mit der Familie. Für die hat man doch seine Zuneigung, obwohl einem manches nicht gefällt. Das geht mir mit Deutschland ähnlich. Hier habe ich auch an einigem was zu kritisieren. Das hat aber mit der Zustimmung zu Deutschland nichts zu tun.

Das begreife ich beides nicht. Sowohl den Vergleich mit der Familie als auch deine Trennung von Kritik an und Zustimmung zu Deutschland. Was gefällt dir denn an Deutschland nicht, wo setzt deine Kritik an?

Also das mit den AKWs finde ich nicht gut, dass hier so viele Ausländer angefeindet werden, dass es immer wieder Faschisten gibt, dass es in der Schule diesen Leistungsstress gibt und dass überhaupt im Bildungswesen die Chancengleichheit fehlt.

Da kommt ja schon so einiges zusammen. Und das Meiste in der Aufzählung geht auf das Konto der Regierungen Deutschlands. Wie kannst du da stolz sein auf Deutschland?

Ich bin doch nicht stolz auf Frau Merkel oder Seehofer. Ich bin doch nicht stolz auf die Regierungen. Die durfte ich bislang noch nicht mal mitwählen.

Ich bin immer verwirrter: Worauf bezieht sich denn nun dein Stolz, wenn du Verhältnisse, die das Leben von jedermann in Deutschland bestimmen, kritisierst. Immerhin ist von der Verstrahlung, die von AKWs ausgeht, jedermann betroffen, vom Super-Gau-Risiko erst recht. Um das Bildungswesen kommt auch niemand herum. Und was du über fehlende Chancengleichheit sagst,

das betrifft die Sortierung, die das Schulwesen an der Gesamtheit aller Deutschen vornimmt ...

Das ist doch alles nicht Deutschland. Das ist all das, was an Deutschland geändert werden muss. Aber Deutschland ist doch ein zivilisiertes Land, ein Land – das stimmt ja wohl – der »Dichter und Denker«. Deutschland hat die nationalsozialistische Vergangenheit schon ziemlich bewältigt und Deutschland will nie wieder Kriege führen.

Willst du damit sagen, dass Deutschland *nicht* das ist, was sich zur Zeit hier auf deutschem Territorium unter deutscher Hoheit mit deutschen und anderen Menschen abspielt? Willst du sagen, dass du stolz auf ein Deutschland bist, das es gar nicht gibt, das nur in deiner idealen Vorstellung existiert?

Das stimmt nicht, dass es das gar nicht gibt. Einiges von dem, was ich aufgezählt habe, gibt es: Deutschland ist demokratisch und nicht faschistisch. Deutschland hat noch nicht wieder einen Krieg angefangen. In Deutschland gibt es Freiheiten, die es woanders nicht gibt: Seine Meinung darf man sagen, heiraten, wen man will, sich seinen Beruf selbst aussuchen und sogar streiken darf man usw.

Ich muss dir sagen, dass du jetzt aber für Deutschland eine sehr gemischte Bilanz vorlegst: Zum einen gefallen dir in Deutschland bzw. an Deutschland Sachen, die hier herrschen; ob all das, was du gerade aufgezählt hast, ein Grund für so ein Lob ist, das möchte ich erst einmal dahin gestellt sein lassen. Zum anderen zählst du einiges auf, was dir nicht passt – und bei deiner Liste handelt es sich nicht gerade um Kleinigkeiten; siehe AKWs, Bildung usw. Und schließlich nennst du unter dem Titel »Deutschland« Sachen, die in deiner Vorstellung zu einem Deutschland gehören müssen, damit man auf es stolz sein kann, die aber gar nicht die Wirklichkeit Deutschlands ausmachen.

Ja, so ist es. Ja und? Ist doch ziemlich reflektiert, findest du nicht?

Nein, überhaupt nicht. Stolz kann man nur auf etwas sein, was es gibt. Du kannst nicht stolz sein auf deine Vorstellung, später einmal als Chefarzt viel Kohle zu verdienen. Außerdem, wenn wir schon beim Stolz bleiben: Stolz kann man nur auf seine eigene Leistung sein bzw. auf eine Leistung, mit der man sich identifiziert. Mit dem, was an »Leistungen« erbracht wird, die das wirkliche Deutschland

ausmachen, kannst du dich deshalb nicht identifizieren, weil du einige von ihnen sehr prinzipiell kritisierst.

Vielleicht ist das mit dem Stolz zu hoch gegriffen. Ich bin Deutscher und deshalb für Deutschland.

Das ändert nichts an dem, was ich deine gemischte Bilanz genannt habe. Mal ein Beispiel: Du bist im Sportverein, weil du gern Tennis spielst. Das geht auch: Du zahlst und zu bestimmten Zeiten hast du Zugang zum Platz. Aber immer wieder stellst du fest, dass der bestellte Platz besetzt oder in miesem Zustand ist und die Waschgelegenheiten verdreckt sind. Wie hieße jetzt dein Urteil über den Verein? Bist du umstandslos für den Verein, nur weil du Mitglied bist und Tennis spielen willst? Gehst du weiter hin mit einer Vorstellung vom eigentlich schönen Verein im Kopf? Oder überlegst du, ihn zu wechseln, weil du für deinen Mitgliedsbeitrag auch eine ordentliche Leistung haben willst?

Das Beispiel ist gemein!

Warum?

Weil man sein Land nicht wie den Verein wechseln kann.

Das Land kannst du schon wechseln. Das machst du bei jedem Auslandsurlaub. Nur die Staatsbürgerschaft und das, was an ihr hängt, kannst du nicht wechseln.

Habe ich gemeint.

Aber genau deswegen habe ich das Beispiel so gewählt. Natürlich würdest du den Tennisverein verlassen, wenn dir die Leistungen nicht passen. Es gibt ja in XY genug andere Tennisvereine. Weder würdest du die Mängel einfach so in Kauf nehmen und schon gar nicht würdest du mit einer idealen Vorstellung vom Verein dessen Mängel schön färben. Warum käme dir so ein Umgang mit dem Sportverein albern vor, der dir in deiner Stellung zu Deutschland als geradezu selbstverständlich gilt?

Weiß ich nicht.

Klar weißt du das. Den »Sportverein« Deutschland hast du dir nicht zu deinem Vergnügen ausgewählt, sondern der hat dich ausgewählt, besser: Der hat dich als das Kind deutscher Eltern gleich bei deiner Geburt mit Beschlag belegt, weil er dich seinem Staatsvolk einverleiben wollte, das er für seine kapitalistischen Zwecke einsetzt.

Deswegen hat er dir den Stempel »Deutscher« verpasst, ohne deine Eltern oder dich – später – zu fragen. Und er hat mit dem Stempel zugleich verfügt, dass all das für dich gilt, was hier in Deutschland als Rechte und Pflichten, als Regeln und Normen gesetzlich, also mit staatlicher Gewalt geschützt, festgelegt ist. Dem hast du dich von klein auf zu unterwerfen. Und das hast du gemacht.

Hab ich nicht: Ich war und bin immer noch ganz schön kritisch – meinen Eltern, den Lehrern, auch meinen Freunden und selbst dem Kapitalismus gegenüber ...

... und ansonsten stolz auf Deutschland! ...

Lass das mal mit dem Stolz. Was ich sagen will ist, dass die Zustimmung zu Deutschland und die Kritik an so einigem in Deutschland sich doch gar nicht ausschließen.

Stimmt, da gebe ich dir recht. Genau darauf will ich ja auch hinaus. Es gibt hierzulande und überhaupt kaum unkritische Patrioten. Zu den allerkritischsten Patrioten gehören im übrigen die Faschisten. Verstehe mich nicht falsch. In die Ecke gehörst du wirklich nicht. Zu den Faschisten nicht, zu den Patrioten schon.

Nun hör aber auf. Ich gehöre doch nicht zu denen, die mit schwarz-rot-goldenen Fahnen durch die Straßen fahren und »Deutschland, Deutschland« rufen.

Die Fahne hast du nicht dabei. Aber »Deutschland« rufst du schon. Meinst du denn, die Fußballfans, von denen du sprichst, seien gänzlich kritiklose Deutschlandanhänger? Die kritisieren ihre Arbeitsstelle, wenn mal wieder fürs gleiche Geld mehr Leistung verlangt wird.

Die kritisieren vielleicht, dass Ausländer »uns« die Arbeitsplätze wegnehmen, und kritisieren deswegen auch die Ausländerpolitik der Regierung. Die sind kritisch – viele von ihnen so kritisch wie Thilo Sarrazin.

Was hat denn das alles mit mir zu tun? Ich habe doch eine ganz andere Kritik geäußert. Ich will aber auf das mit der Auswanderung noch mal kommen. Das stimmt nicht. Natürlich kann man auswandern und die Staatsbürgerschaft wechseln.

So einfach ist das nicht. Denn erstens müssen der hiesige Staat und die neue Heimat ihre Zustimmung geben. Und zweitens hast

du sehr richtig vom Wechsel der Staatsbürgerschaft gesprochen. Stimmt: Dann hast du eine andere Gesetzesmacht über dir.

Aber du hast noch gar nichts dazu gesagt, dass ich wirklich eine andere Kritik habe als z.B. die Fußballidioten in meiner Klasse.

Die passt schon zu deiner Sorte von Vaterlandsliebe. Die Kritik, die du hast, die darfst du äußern ...

Genau, das ist doch Klasse. Das war nicht immer so und das ist woanders auch nicht so.

... das Problem besteht nur darin: Wenn du eine Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen hast – AKWs, Faschisten, Leistungsstress und fehlende Chancengleichheit waren deine Beispiele –, dann willst du doch, dass sich die kritisierten Verhältnisse ändern. Und wie steht es damit? Die kritisierten Politiker hören auf die Kritik nur dann, wenn sie selbst mit den Verhältnissen unzufrieden sind. Gegen die AfD und besonders die NPD haben die auch was. Da überlegen sie sich ein Verbot.

Deine anderen Beschwerden passen nicht und da wird sich solange nichts ändern, wie AKWs, schulische Sortierung und Schulstress in ihr Konzept passen. Aber, nun kommt es: Der kritische Patriot deiner Couleur hält dennoch an der Kritikerlaubnis was Positives fest: Dass es sie gibt, wird dann wichtiger als der Inhalt der Kritik und die Frage, ob sich an den kritisierten Verhältnissen etwas ändert; genauer gesagt, etwas anderes ändert als die per Wahl neu zusammengesetzte Regierung ...,

Das wollte ich gerade sagen: Aber eine neue Regierung, die die alte ablöst, darf man schon wählen ...

... die dann alte Ämter und deren identische nationale Zwecke mit neuen Personen bestückt. Zurück zu deinem Patriotismus. Der ist fürchterlich abstrakt. Das heißt, er basiert gar nicht auf einer ausführlichen Bilanz dessen, was man von dem hiesigen Gemeinwesen eigentlich hat und was eben nicht, sondern macht sich davon frei und ist die aus der alternativlosen Unterwerfung unter die Staatsräson geborene Zustimmung zu ihr. Nach dem Motto: Wenn das Leben unter diesen Regierungen schon alternativlos ist, dann kann es nicht angehen, dass dieser Staat nicht meiner ist, nicht irgendwie für mich da und gut für mich ist! Und von diesem Standpunkt aus – mein Staat hat doch für mich da zu sein –, wird dann

Kritik geübt. Immer mit der – falschen – Unterstellung, dass diejenigen, die da kritisiert werden, auch zuständig und willens sind, für mich mehr zu tun. Und dass man das qua staatlicher Erlaubnis überhaupt darf, das Kritisieren, ist dann schon für kritische Menschen wie dich die halbe Versöhnung damit, dass der Staat alles andere als das Vollzugsorgan deiner Beschwerden ist.

So habe ich das noch nie gesehen. Da muss ich drüber nachdenken.

Wenn du schon dabei bist, dann steige deiner eigenen Kritik – und ebenso deinem Lob – noch ein wenig mehr nach. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Werde dir erstens klar darüber, was du da eigentlich an den AKWs, der AfD, dem Bildungswesen kritika-bel findest. An AKWs kann man kritisieren, dass sie eine staatlich subventionierte Gelddruckmaschine sind; und auch dass die Regierungen für die Versorgung ihrer kapitalistischen Betriebe mit günstigem Strom die Verstrahlung von Land und Leuten in Kauf nehmen. Am Bildungswesen kann man Ungerechtigkeiten kritisieren oder feststellen, dass diese Ungerechtigkeiten dazu da sind, kapitalistisch sehr sachgerecht den Arbeitsmarkt mit vorsortiertem Menschenmaterial zu versorgen.

Und zweitens solltest du dir darüber klar werden, ob für deine Kritikpunkte eigentlich die herrschenden Regierungen die richtigen Adressaten sind. Dann überlege dir noch mal, wie du zu Deutschland stehst.

Darfst du jetzt eigentlich noch für Deutschland sein, wenn die Nationalmannschaft morgen gegen Schweden spielt.

Nur, wenn du mir von dem Streit im Unterricht über Patriotismus berichtest.

Der Bericht kam tatsächlich und bestand aus einem Satz: »Der Streit ist völlig aus dem Ruder gelaufen und vom Lehrer mit dem Hinweis abgebrochen worden, dass ich meine Position dringend zu überdenken hätte.«

1.11. Zwischenruf:

»Wie können Deutsche nur wieder die Braunen wählen?«

Das passt gut: Ein netter Nachbar, alter Gewerkschafter und jetzt in Rente, der sich mir als Antifaschist und Friedensfreund vorgestellt hatte, fragte mich kürzlich, ob ich mir erklären könnte, warum Deutsche heutzutage die Braunen, also AfD oder NPD, wählen. Es war ihm angesichts der deutschen Vergangenheit unbegreiflich, dass immer wieder Menschen – wie er sich ausdrückte – » auf das braune Gesindel hereinfallen«. Wir kamen ins Gespräch:

Die einfachste Antwort, die mir einfällt, lautet: Sie werden wohl an der politischen Programmatik dieser Parteien etwas finden. So wie du an der SPD etwas findest, der du doch seit Jahrzehnten deine Stimme gibst.

Das glaube ich nicht. Ich vermute dahinter vielmehr Manipulation. Die Funktionäre der AfD sind ja gebildet und mit allen Wasern gewaschen.

Und wie sind die Manipulateure zu ihrer Auffassung gelangt? Wer manipuliert die Manipulateure? Außerdem frage ich mich, warum *du* dann nicht auch ein Opfer der braunen Manipulation geworden bist!

Ich falle doch auf die nicht rein!

Ach. Und wieso nicht? Weil du offenbar *erkennst*, dass es sich um politische Positionen der Rechtsaußenparteien handelt. Dann ist aber auch keine Manipulation am Werk. Denn die soll sich ja streng genommen gerade dadurch auszeichnen, dass man *nicht merkt*, welche Gedanken da in den Kopf eindringen, und dass man dadurch zu Willensäußerungen – etwa zur Stimmabgabe – unter Umgehung von Verstand und Willen gebracht wird; was für sich schon ein Widerspruch ist. *Du* merkst angeblich die Manipulation! Andere Bürger *nicht*!? Worin besteht denn deine besondere Fähigkeit, gegen Manipulation immun zu sein? Hältst du dich für viel schlauer, mit besonderem Durchblick gesegnet? So wie ich dich kenne, doch wohl nicht. Außerdem wäre das Manipulieren – wenn es denn überhaupt funktionieren würde – keine besonders geschickte Strategie, Wähler einzufangen. Die AfD will doch gerade mit *ihrer Kri-*

tik an den demokratischen Parteien Stimmen fangen. Da wäre es blöd, diese Kritik zu verschweigen. Und überlege mal: Das tut sie nun wirklich nicht.

Okay, diese Deutschen müssen was an den Braunen finden. Aber was? Immerhin haben wir Deutschen doch für die Verbrechen des Hitlerregimes ein Schuldbekenntnis abgelegt, haben Verantwortung dafür übernommen, dass so etwas auf deutschem Boden nie wieder gedeiht, und sind antifaschistisch erzogen worden. Deswegen kann das doch eigentlich nicht sein, dass diese Parteien bis zu 15% der Wählerstimmen oder mehr erhalten!

Doch, vielleicht sogar deswegen!

Das verstehe ich nicht.

Was da mit uns älteren Deutschen, mit dir und mir, in der westdeutschen Republik angestellt worden ist, und was immer noch deutsche Schulbücher füllt,²⁴ war nichts als *Nationalerziehung*. Allerdings Nationalerziehung der besonderen Art. Ich übersetze dir mal diesen besonderen deutschen Antifaschismus: »Wir Deutschen bekennen uns zur Schuld des faschistischen Vorgängerstaats. Wir gehören nicht zu den Nationen, die von den Verbrechen ihrer Väter nichts wissen wollen; wie etwa die Japaner. Das zeichnet uns aus.« Statt Stolz auf die Heldentaten der Nation, wie es den Nationalismus sonst auszeichnet, wurden uns Scham und nationale Bescheidenheit gepredigt; so etwas wie *umgedrehter* Nationalismus. Aber eben immer noch Nationalismus: Wir sollten als geläuterte Deutsche auf unser kollektives Schämen stolz sein. Das war der Kern der nationalistischen Umerziehung!

Aber das war doch immer noch gegen die Braunen gerichtet!

Stimmt. Nur muss man mal überlegen, *wie* das denn gemeint war: Sollte sich ein ganzes Volk schämen, sollten Politiker an seiner Spitze ideell in Sack und Asche herumlaufen? Kein demokratischer Nachkriegspolitiker hat doch den Verweis unterlassen, dass Deutschlands *Ansehen* in der Welt schwer leiden würde, wenn sich dieses Land nicht möglichst überzeugend vom Dritten Reich, vom Holocaust und von dem von Hitler angezettelten Zweiten Welt-

²⁴ Siehe dazu Rolf Gutte/Freerk Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen. Nationalsozialismus im Unterricht, 3. Aufl., Hamburg, VSA: Verlag 2019.

krieg distanzieren würde. Schämen sollte man sich nicht für *Untaten* von Faschisten – was, unter uns gesagt, von uns Nachkriegskindern auch etwas zu viel verlangt gewesen wäre: wie soll man sich denn für etwas schämen, das man nicht mit betrieben hat und das man sogar ablehnt oder bekämpft –, sondern weil sich Scham und Schuldbekennnisse für Nachkriegsdeutsche *gehören* sollten, egal wie man zu Kriegs- und Vorkriegsverbrechen gestanden hat. Eine heftige Portion *Heuchelei* war im Umerziehungspaket immer eingeschlossen. Warum den Parteien der Nachkriegsregierungen – deine SPD eingeschlossen – dieses Ansehen so wichtig war, das haben die letzten 70 Jahre nur allzu deutlich gezeigt. Natürlich wollte man, wollten die deutschen Regierungen, dass aus ihrem diskriminierten Vaterland wieder ein veritables Staatswesen wird, das in der Welt etwas darstellt und bei zukünftigen Konflikten in der Welt ein gewichtiges Wort mitsprechen kann; nicht als faschistischer, nicht als sozialistischer, sondern als akzeptierter demokratischer Staat mit möglichst erfolgreichem Kapitalismus. Anders gesagt: Diese Schuld- und Schamtour war einer *nationalistischen Berechnung* geschuldet, deswegen eben immer auch das Stück Heuchelei dabei. Und wie viele Bürger diese antifaschistische Moral wirklich ernst genommen haben, das möchte ich nicht wissen. Du scheinst ja dazu zu gehören.

Wenn es den Nachkriegspolitikern mit der *Absage* an den Faschismus wirklich ernst gewesen wäre, dann hätten sie wohl kaum Wert gelegt auf eine zügige Installation der neuen *Nationalstaatsraison*, hätten sie sich wohl kaum dem Antikommunismus – übrigens in NSDAP-Tradition – angeschlossen und sich als militärisches Bollwerk gegen die Sowjetunion halb freiwillig, halb erzwungen zur Verfügung gestellt.

Ich lasse das erst mal so stehen, werde darüber nachdenken. Aber den Schritt zur Wahl von Nazis und Neonazis durch deutsche Bürger hast du damit nicht erklärt. Einen neuen deutschen Faschismus hätten die Siegermächte in Deutschland nicht zugelassen, sagst du selber.

Aber gegen einen neuen demokratischen Nationalismus, wie er bei den Siegern selbstverständlich war, hatten sie natürlich überhaupt nichts. Im Gegenteil! Außerdem war in Deutschland gegen den ohnehin schnell kein Kraut gewachsen. Er wurde ja unter einem

Etikettenschwindel als *Patriotismus* bald wieder salonfähig.²⁵ Ich hoffe, dass du auf den nicht hereinfällst. (Wenngleich ich so meine Zweifel habe.) Und dass man auf Deutschland wieder stolz sein darf, teilen alle demokratischen Parteien. Und die Bürger möchten sich, wenn von ihnen schon mehrheitlich Dienst- und Einsatzbereitschaft – wie eh und je – verlangt wird, erst recht nicht nachsagen lassen, einer Herrschaft zu folgen, die sich ständig in der Welt der Staaten klein macht. Und du weißt aus eigener Erfahrung, dass besonders jene Mitbürger, die sich ihr Leben lang krumm schuf-ten müssen, jede Unzufriedenheit mit ihrer Lage in eine patriotische Anspruchshaltung gegenüber der Staatsgewalt verwandeln. Sie möchten, wo bei ihnen der materielle Lohn zu wünschen übrig lässt, wenigstens einen *ideellen Lohn* in Gestalt einer Herrschaft kassieren, die, wenn sie ihre Lage schon nicht verbessert, wenigstens etwas gilt in der Welt, die Export- und Fußballweltmeister hervorbringt und europäische Führungsmacht wird. Aber wenn dieser Lohn nicht wie gewünscht ausfällt, deutsche Politiker mit ihrer Flüchtlingspolitik Fremden die Türen der deutschen Heimat öffnen – wie heißt die AfD-Parole doch gleich: »Für die Flüchtlinge tun sie alles, für uns tun sie nichts!« –, dann werden aus den *aufgeklärten demokratischen Nationalisten* schnell die von der jeweils regierenden Mannschaft *enttäuschten, ausländerfeindlichen Nationalisten*, die sich von der AfD und Pegida – ganz ohne Manipulation – *bedient* sehen, die Rede vom »Schuldkult«, der aufhören muss, verstehen und dann auch nicht mehr einsehen, warum Deutschland nach der Pfeife der USA tanzen soll.

Mit überwältigender Mehrheit wählen die Deutschen zum Glück aber immer noch demokratische Parteien.

Was daran das Glück sein soll, das musst du mir bei Gelegenheit mal erklären. Ich will es dir wenigstens gleich ein wenig vermiesen. Es gibt nämlich nicht wenige Mitbürger, die mit braunen Parolen im Kopf über Flüchtlinge herziehen, weil die »uns« um Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen bringen würden, nicht ohne jeweils extra zu betonen, dass sie aber gegen Flüchtlinge im Prinzip nichts hätten und weit entfernt davon wären, die

²⁵ Siehe dazu die Korrespondenz 1.7.

AfD zu wählen, vielmehr in der CDU/CSU, SPD, FDP oder bei den Grünen ihre politische Heimat sehen. Wie das? Diese Bürger *teilen* offensichtlich noch diese Sorte nationalmoralischen Antifaschismus. Das ist schon ein wenig paradox: Mit rassistischen Urteilen im Kopf erteilen sie allein aus Sorge um den nationalen Ruf ihrer Heimat dem völkischen Nationalismus eine Absage; wenden sich also nationalistisch gegen die Nationalisten.

Willst du sagen, dass sie eigentlich ebenso gut der AfD ihre Stimme geben könnten?

Genau. Und davon haben sie selbst eine Ahnung. Würden sie es sonst dementieren?²⁶

Aber was ist dann von der Feindschaftserklärung der demokratischen Parteien gegenüber AfD, Pegida und NPD zu halten? Die treten doch öffentlich immer als ihre unerbittlichen Gegner auf, reden davon, dass diese neuen Braunen nicht zu Deutschland passen würden!

Einerseits. Andererseits erklären sie zugleich, dass die Wähler der AfD eigentlich nur falsch gewählt hätten.²⁷ Sie unternehmen Anstrengungen, um ihnen ihren angeblichen Irrtum klar zu machen. Dabei kann von einem Irrtum oder durchgängigem Protestwählertum natürlich bei diesen »abtrünnigen« Zeitgenossen nicht die Rede sein. Das belegen jene Ja-aber-Deutschen (»Ich habe nichts gegen Flüchtlinge, *aber* ...«). Die müssen sich nämlich überhaupt nicht überwinden, um mit ihren Ausländervorbehalten und Flüchtlingsbeschimpfungen eine der demokratischen Parteien zu wählen. Haben sie doch von denen gelernt, dass »wir« Ausländer nur dulden, wenn sie »uns nützen«. Was umgekehrt bedeutet, dass diejenigen, die »uns nur ausnutzen« – wie das der ehemalige bayrische Innenminister Beckstein vorbildlich formuliert hat –, hier nichts verloren haben. Und bekanntlich sind das nicht nur Sprüche, das ist vielmehr der Kern der neuen Einwanderungsgesetzgebung und der Politik im Umgang mit Flüchtlingen.

²⁶ Siehe dazu die Gespräche 1.1. und 1.4.

²⁷ Siehe dazu den Exkurs 3.4.: Den Heimatbegriff nicht den Rechten überlassen.

Eine Differenz zum »Ausländer raus«-Ruf der Braunen besteht natürlich: Die rechtsextremen Populisten sehen in *jedem* Fremden einen Angriff auf das, was sie völkische Identität nennen. Die regierenden und opponierenden Demokraten machen dagegen immer wieder auch *Ausnahmen* bei *derselben* Sortierung der Menschen nach In- und Ausländern. Und die Gründe dafür nenne ich mal *staatsmaterialistisch*: Wenn Ausländer als Arbeitskräfte für das Wachstum kapitalistischer Unternehmen gebraucht werden, egal ob es sich dabei um fehlende IT-Spezialisten oder Ungelernte handelt, dann wird von der Regel, dass Ausländer im deutschen Paradies nichts zu suchen haben, eine Ausnahme gemacht. Die soll dann möglichst auch nur solange gelten, wie sich diese fremden Arbeitskräfte für deutsches Kapital nützlich machen können; weswegen arbeitslos gemachte »Gastarbeiter« einst mit sogenannten Rückkehrprämien aus dem Land geekelt wurden. Welche Lebensperspektive dann Flüchtlinge hier erwartet, die »illegal«, wie es heißt, ins Land gekommen sind und aus ausländerrechtlichen Gründen nicht sofort abgeschoben werden können, muss man sich nicht erst vorstellen. Das weiß man.

Was ist denn mit Merkels Willkommenspolitik von Ende 2015? Die hat doch großherzig ca. eine Million Syrer aufgenommen?

Großherzig? Waren die wirklich *willkommen*? Sind dieselben heute immer noch willkommen? Oder wurde da kurzzeitig unter Instrumentalisierung von hilfswilligen Deutschen in Presse, Funk und Fernsehen ein großherziger Empfang *inszeniert*, der dem deutschen Ansehen gut getan hat? Deutschland hat wirklich aus den Fehlern in seiner Vergangenheit gelernt, hieß es denn auch weltweit. Fällt dir was auf? Da sind wir genau wieder beim berechnenden Antifaschismus; hier als *berechnender Humanismus*. Stell dir doch nur einmal vor, wie über Deutschland hergezogen worden wäre, wenn Merkel und Seehofer die Grenzen nach Österreich dicht gemacht hätten und Tausende von Syrern, Afghanen, Irakern an ungarischen und österreichischen Grenzüenzen kriept wären!

So habe ich das noch nicht betrachtet.

Das ist nicht eine alternative Betrachtungsweise neben anderen, zwischen denen man nach Gusto wählen kann! Das war die Sache!

Aber wir sind mit den AfD-Wählern und denjenigen, die mit rassistischen Parolen im Kopf eine der etablierten Parteien wählen, noch nicht fertig. Ich wollte gesagt haben, dass die Flüchtlingsfeinde unter den Bürgern eine gute Auswahl haben: Von Rechtsaußen mindestens bis Grün ist da für sie alles im Angebot. Die Unterschiede zwischen völkischem Rassismus und dem der Demokraten, die die Scheidung zwischen In- und Ausländern immer noch mal berechnend relativieren, können sie – je nach Einstellung – ignorieren oder zum Knackpunkt ihrer politischen Stellung zur Nation machen. Aber nur dann – und das ist wichtig – wenn sie aus Deutschland im Geiste eine sittlich hochstehende Volksgemeinschaft verfertigt haben, der anzugehören ein *exklusives* Recht von Originaldeutschen ist.

Dass auch die demokratischen Parteien, die in ihren Kampfreiden die AfD ideell verbieten, eine *machtpolitische* Stellung zu den neuen Populisten einnehmen, kann man in der Zeitung nachlesen, wenn empört über politische Absprachen, Koalitionen auf kommunaler oder Landesebene mit der AfD berichtet bzw. darüber spekuliert wird, inwieweit diese Partei ohne Höcke-Flügel nicht auch auf Bundesebene ein Koalitionspartner sein könne.

Was gelegentlich als unauflösliche politische Gegnerschaft erscheint, ist nichts anderes als eine Variante von *politischer Konkurrenz* zwischen dem Stamm der eingesessenen Parteien und einer neuen, die, obendrein mit radikalisiertem Nationalismus ausgestattet, ebenfalls ein Stück nationaler Macht erobern will; und die weiß, dass sie dafür bei sich einige allzu offensichtlich neofaschistische Ecken und Kanten in ihrer Parteimitgliedschaft abschleifen muss. Wie der Weg von außerhalb des parlamentarischen Getriebes in die Zentren der Macht geht, haben Grüne und Linkspartei vorgemacht.

Das sehe ich nun wirklich nicht, dass CDU/CSU mit der AfD koalieren!

Bitte bedenke, ich habe nicht spekulativ eine *Prognose* geäußert, sondern ein paar Argumente über die hiesige Parteienlandschaft geliefert. Dass du das nicht siehst, besser: nicht sehen möchtest, das weiß ich. Du gehörst eben zu jenen unverbesserlichen idealistischen Friedensfreunden und Antifaschisten, die als einzige auch heute noch jeden braunen Fleck von der Weste der deutschen De-

mokratie wischen wollen und bis heute nicht begriffen haben, dass der offiziell gepflegte bundesdeutsche Antifaschismus mit »Wehret den Anfängen« und »Demokratie wagen«, mit den »Lehren aus Weimar« und dem jahrzehntelangen Verzicht auf Militäreinsätze im Ausland zu den mehr sittlichen als materiellen Bedingungen für Deutschlands Wiederaufstieg zur Großmacht gehörte.

Dann ging es zum Bier und zur Frage über, wann die Rosen beschnitten werden müssen.

2. Kapitel: Das Elend demokratischer Kritik an rechten und Stammtischparolen: Nichts als nationalistische Missverständnisse

2.1. Zwischenruf: »Das sind Geflüchtete, keine Flüchtlinge!«

Regelmäßig gibt es während oder nach Veranstaltungen die Beschwerde über unkorrekte, genauer: *politisch* unkorrekte Rede-weise. Die Zurückweisung dieser Beschwerde ziehe ich vor, sonst unterbricht sie die nachfolgenden Debatten an unpassender Stelle. Dafür nutze ich eine Zuschrift, die sich um Begründung bemüht:

Es stört mich sehr, dass du immer von Flüchtlingen redest, wo es doch Geflüchtete sind. So sehr ich deiner Kritik der deutschen Politik gegen Geflüchtete auch zustimme, so sehr werde ich immer wieder davon irritiert, dass du nicht zur Kenntnis nehmen willst, was an dem Wort »Flüchtling« alles historisch hängt. Am wichtigsten ist mir aber, dass man mit Geflüchteten ausdrückt, dass ihre Flucht hier zu Ende ist. Das Wort Flüchtling sagt dagegen aus, dass die Flucht immer weiter geht. Außerdem wird mit der Endung -ing immer etwas Negatives assoziiert: Fiesling, Rohling, Schädling – da ist man kurz vor Schädlingsbekämpfung usw. Du würdest mit deinen Argumenten auch noch mehr ankommen, wenn du deinen Sprachgebrauch ändern würdest ...

Eigentlich ist es mir ziemlich egal, ob man die Elendsgestalten, die man täglich im Fernsehen vorgeführt bekommt, Flüchtlinge, Migranten oder Geflüchtete nennt. Nur finde ich deine *Begründungen* für die Änderung des Sprachgebrauchs daneben. Das mit der negativen Assoziation können wir gleich beiseite lassen: Liebling, Schmetterling ... Zum ersten Argument möchte ich etwas entgegenen. Schau dir die Flüchtlinge doch an: Sie hocken in Lagern an der nordafrikanischen Küste, in der Türkei, auf griechischen Inseln und auch in Abschiebelagern in Deutschland. Und deren Flucht soll *vorbei* sein? Das glaubst du ja selbst nicht. Inzwischen ist das Fliehen längst der *Lebensinhalt* dieser Menschen. Es gibt Flücht-

lingslager, die existieren seit Jahren – die der Palästinenser in Syrien, Libanon, Jordanien seit Jahrzehnten – und sind für sie zur *zweiten Heimat* geworden. So zynisch das auch klingen mag, doch ist das ein Zynismus der Sache und nicht meiner Betrachtungsweise: Wo einer Flucht von staatlicher Grenzgewalt ein vorläufiges Ende bereitet wird, da ist Lager angesagt. Um das kümmern sich dann Hilfsorganisationen mit dem Auftrag, das Überleben dort gerade so weit zu sichern, dass das Fliehen aus den Lagern in Richtung Europa unterbunden wird, und Milizen, die den Flüchtlingen das Letzte für ein Entkommen aus dem Lager abnehmen.

Und selbst diejenigen unter ihnen, die es bis ins »gelobte Land« geschafft haben, sich hier auf den Rechtsstatus des Asylbewerbers berufen und einen Antrag stellen – mehr billigt das Asylrecht ihnen auch gar nicht zu – und dann in Lagern auf Antwort warten, haben keinerlei Veranlassung, ein *Ende* ihrer Flucht zu begrüßen. Entweder werden sie doch wieder abgeschoben, treten die Fluchtumkehr an und fliehen vielleicht erneut. Oder sie bekommen Bleiberechtsstatus, evtl. sogar den Status als Asylant genehmigt. Und was ist dann für sie vorbei? Stimmt, für den Flüchtling ist das Lager immer noch besser als das Gummiboot auf dem Mittelmeer. Aber ist der Umstand, dass die keinen anderen Maßstab anlegen als das schlichte *Überleben*, ein Grund, diesen Maßstab auch für den *hier-sigen* Umgang mit ihnen ins Recht zu setzen?

Wenn *du* nun diese Menschen freundlich begrüßen und ihnen *signalisieren* möchtest, dass ihre Flucht *ein Ende* gefunden hat, dann machst du ihnen – und dir selbst – was vor. Bist *du* denn in der Lage, Flüchtlingspolitik zu machen, Asylbescheide, Arbeitsbewilligungen, Einbürgerungsbescheide usw. auszustellen? Du führst dich auf, als ob du dich ideell im Innenministerium einquartiert hättest, in dem ein Seehofer zudem gerade unisono mit seinen europäischen Kollegen die EU-Grenzen absolut dicht macht. Komm mal wieder runter!²⁸

Außerdem muss ich doch wohl nicht daran erinnern, dass hierzulande der Rassismus der Flüchtlingsfeinde (oder soll ich sagen:

²⁸ Ich bezweifle deswegen auch, dass du meine Argumente zur Kritik der Flüchtlingspolitik teilst. Siehe: Freerk Huiskens, Abgehauen ..., a.a.O., S. 68ff.

der Geflüchtetenfeinde) in der »Mitte der Gesellschaft« angekommen ist – wie es heißt. Was das bedeutet, liegt auch auf der Hand: Jetzt dürfen Flüchtlinge zusehen, dass sie jenen Menschen nicht in die Quere kommen, deren fanatisiertes Deutschtum einfach die Anwesenheit von Ausländern nicht verträgt. Die Fälle, dass Flüchtlinge dann hierzulande vor Baseballschlägern die Flucht ergreifen müssen, sind dir bekannt. Übrigens sortieren nicht nur die Rechtsaußenbürger die Anwesenden ihrer Herkunft nach durch. Das machen auch die staatlichen Behörden. Und sie haben dafür auch ein Sprachdenkmal in die Welt gesetzt: Es gibt nämlich seit geraumer Zeit Bürger mit und ohne *Migrationshintergrund*. Das ist den Behörden wichtig, denn wer weiß, ob nicht wieder Zeiten kommen, in denen der hiesige Staatsnationalismus seinen Verdacht praktisch werden lässt, dass Migranten eher hinter ihrer alten als hinter der neuen Heimat stehen, folglich verdächtigt werden müssen, hier als 5. Kolonne eines Feindes tätig zu werden.²⁹

Wer in der Flüchtlingsarbeit tätig ist, der besorge den armen Schweinen einen guten Anwalt und kläre sie über die politischen und ökonomischen Zwecke ihrer »neuen Heimat« auf. Dabei sollte allerdings das Anliegen, ihnen irgendwie ein *Bleiberecht* zu verschaffen, möglichst nicht mit einer Kritik der Verhältnisse kollidieren, in denen die Flüchtlinge *bleiben* sollen.

2.2. Nichts als nationalistische Missverständnisse

Dass rechtes Denken, rechtsradikale Programmatik und rechtsextreme Übergriffe in der aufgeklärten, linksliberalen, humanistischen, auf jeden Fall demokratisch eingeschworenen Zivilgesellschaft ohne Widerspruch geblieben wären, soll niemand behaupten. Seit Jahren finden sich auf dem kleinen Markt für dergestalt kritisches Schrifttum auch Publikationen, die mit meinem Anliegen identisch sind.

²⁹ So wie das im Zweiten Weltkrieg die USA mit den japanischstämmigen US-Bürgern gemacht haben, der französische und englische Staat selbst mit geflohenen deutschen Antifaschisten: Ab ins Lager – man weiß ja bei den Ausländern und Migranten nie!

Das gibt es »Linke Argumente gegen rechte Hetze«, ³⁰ »Argumente gegen Parolen und Populismus«, ³¹ ein »Argumentationstraining gegen Stammtischparolen«, ³² es wird gefragt: »Was tun gegen Rechtsextremisten?«, ³³ und es geht darum, »Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt« ³⁴ zusammenzutragen. Demokratische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, ausländerfreundliche NGOs und natürlich auch die Bundeszentrale für politische Bildung legen eigene Broschüren auf, die ihrer jeweiligen Klientel Argumentationshilfe gegen zunehmende rechtsextreme Propaganda liefern.

Um es vorweg zu sagen und die Kapitelüberschrift zu erläutern: In den meisten Fällen sind diese Schriften ein Beleg dafür, dass kritische Demokraten, auch die ganz linker Couleur, nicht in der Lage sind, den rechtsextremen Parolenverhau und die Unmenge an Propaganda zutreffend zu kritisieren. Einige, darunter ein Taschenbuch der Linksfraktion, ³⁵ schaffen es sogar, bei ihren Überlegungen, was denn gegen den Rechtsextremismus zu tun ist, *jedes* – wortwörtlich: jedes – inhaltliche Argument gegen rechte Parolen auszuspähen und sie zu ersetzen durch Hinweise, woran man Rechte erkennt – nach der Steckbriefmethode –, welche Bands dem rechten Lage zuzuordnen sind – damit sich der musikliebende Nachwuchs nicht vertut –, wie man ihnen mit dem Gesetz kommen kann – denn Strafanzeigen sind immer noch die griffigsten Argumente –, und wie man verhindern kann, dass Rechtsextreme Immobilien erwerben, in die sie sich dann unerkannt in der Nachbarschaft einnisten könnten. Und es fehlt auch nicht der überzeugende Hinweis, dass man »*Ideen suchen und finden*« ³⁶ sollte – dabei könnte man z.B.

³⁰ Die Linke, Linke Argumente gegen rechte Hetze, Berlin 2010 (1).

³¹ Klaus-Peter Hufer, Argumente gegen Parolen und Populismus, Schwalbach 2017 (3).

³² Klaus-Peter Hufer, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Schwalbach 2000 (1); derselbe, Argumente am Stammtisch, Schwalbach 2007 (2).

³³ Die Linke, Was tun gegen Rechtsextremisten?, Berlin 2006 (2).

³⁴ Jonas Lanig/Marion Schweizer, »Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg«. Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt, Mülheim a.d. Ruhr 2003.

³⁵ Die Linke (2); und ähnlich Hufer (2).

³⁶ In: Die Linke (2), S. 46.

die »Innenkreis-Außenkreis«-Methode zur Anwendung bringen³⁷ –, nicht etwa um zu klären, wie rechtes Denken angegriffen werden könnte – beileibe nicht; vielmehr um anschließend zu überlegen, ob man eine »Unterschriftenaktion, eine Demo oder Protestaktion, einen Infostand« etc. beschließen sollte, bei der sicher Broschüren verteilt werden sollen, in denen man nachlesen kann, woran man Rechte erkennt und dass man »Ideen suchen und finden« müsse, um dann zu beschließen, einen Stand zwecks Verteilung der Broschüre zu errichten, in der man nachlesen kann ... (So, das musste mal raus!)

Ich sage das vorweg, wohl wissend, dass mir das den Arroganz-Vorwurf einträgt, weil mir ein theoretisches Gegengewicht aus den in der Einleitung erläuterten Gründen³⁸ gegen diese inzwischen durchgesetzten »Argumentationshilfen«³⁹ politisch sehr wichtig ist. Meine Auseinandersetzung mit dieser Sorte Argumentation hat mir regelmäßig neben Zustimmung auch erklärtes Unverständnis, Gegenkritik und den Hinweis eingebracht, dass ich mit meiner Kritik alle antinationalistischen und antirassistischen Politikzusammenhänge *spalten würde*. Dieser Spaltervorwurf ist deswegen so daneben, weil eine *Unterlassung* des Streits darüber, wie man rechtem Denken beikommen kann, den in der »Bewegung« enthaltenen Dissens nur *verdeckt*, sprich: jede ohnehin in ihr *existente* Spaltung zwischen Kirchenleuten und Antikapitalisten, zwischen Gewerkschaftern und Antifas, zwischen Sozis und neu empörten Anhängern der alten »Wehret den Anfängen!«-Losung zukleistert.⁴⁰ Er trifft mich also nicht. Auf inhaltlich begründetes Unverständnis und Gegenkritik gehe ich im Folgenden in der Nachzeichnung eines Workshops ein.

³⁷ In: Hufer (3), S. 37.

³⁸ Siehe: Aufruf: »Stoppt die Rechten« – So jedoch nicht.

³⁹ Klaus-Peter-Hufer, dessen Hefte mir auf jedem Workshop in Unis, in Schulen, bei Gewerkschaften und auch auf Antifa-Camps immer wieder begegnen, hat seine Trainingsprogramme inzwischen in mindestens dreifacher Variation unter das lernbegierige kritische Volk gebracht. Sie werden im Zentrum meiner Kritik stehen.

⁴⁰ Und dieser Kleister hält bekanntlich immer nur so lange, wie keine Entscheidungen über eine neue Qualität des Protestes anstehen.

»Ausländer nehmen keine Arbeitsplätze weg.

Sie schaffen welche! ...«

Nicht nur die BILD, auch andere Tageszeitungen wie die Süddeutsche Zeitung oder die taz,⁴¹ dazu die genannten Broschüren haben »Lügen« bzw. »Vorurteile« über Flüchtlinge zusammengetragen und sie einem »Faktencheck« unterzogen.

Zwischenruf: »Das sind nicht Flüchtlinge, sondern Geflüchtete!« (Ich habe es gewusst! Siehe dazu 3.1.)

Dazu drei Zitate:

1.: *Falsch! Der Arbeitsmarkt in Deutschland brummt. Zur Jahresmitte waren fast 43 Millionen Menschen erwerbstätig, 170.000 mehr als ein Jahr zuvor. Rekord. Gleichzeitig waren bei den Arbeitsagenturen 589.000 Stellen als offen gemeldet, 87.000 mehr als vor einem Jahr. Viele Branchen (Verkäufer, Kfz-Mechatroniker etc.) suchen Bewerber.* (BILD)

2.: Was den – zuvor erwähnten – türkischen Imbissinhaber betrifft, kann darauf verwiesen werden, dass es 709.000 Selbständige mit ausländischen Wurzeln in Deutschland gibt – und diese haben bereits 1,3 Millionen Jobs geschaffen. (nach: Hufer 3)

3.: *Die Behauptung ist falsch: ... Es ist eine Tatsache, dass sich viele offene Stellen nicht ausreichend mit Deutschen besetzen lassen. Vielfach handelt es sich um körperlich sehr belastende, schmutzige oder gefährliche Arbeiten, die Deutsche nicht mehr übernehmen wollen, z.B. in Reinigungsfirmen, auf dem Bau oder bei der Müllentsorgung. Die Bezahlung ist zu schlecht oder die Arbeitszeit zu lang – wie beispielsweise im Pflegebereich. ... Vor allem neue Zuwanderer, die – wenn sie denn eine Arbeitserlaubnis bekommen – auf jeden Job angewiesen sind, füllen diese Lücken. Ohne sie könnte ein Großteil der Produktions- und Dienstleistungsbranchen überhaupt nicht existieren.* (Lanig/Schweizer)

So ein Workshop-Einstieg, verbunden mit der Frage, was von diesen Gegenargumenten zu halten sei, löst zunächst erst einmal allgemeines Erstaunen aus:

⁴¹ Zum Beispiel: BILD entlarvt – Sieben Vorurteile gegenüber Flüchtlingen (26.8.2015).

»Fakten, sind doch Fakten, was soll man zu denen sagen!«, heißt es zum Beispiel aus dem Kreis der Teilnehmer.

Nun mögen die Fakten in den ersten beiden Zitaten ja richtig recherchiert worden sein – eine Überprüfung habe ich mir erspart. Aber wofür sollen sie denn stehen, was sollen sie begründen, welche Schlussfolgerung soll aus ihnen gezogen werden? Für sich sind die Zahlen vom Arbeitsmarkt 2015 eben nichts anderes als eine Angabe über Entwicklung von Beschäftigung und offenen Stellen. Dasselbe gilt für die Feststellung, dass Ausländer im Inland 1,3 Millionen Arbeitsplätze eingerichtet haben. Aus ihnen *folgt* hinsichtlich irgendeiner Sorte liberaler oder restriktiver Flüchtlingspolitik gar nichts. Auch für Arbeitsmarktpolitiker oder Kapitalismuskritiker folgt aus ihnen nichts. Spricht denn eine bestimmte Anzahl offener Stellen auf dem deutschen Arbeitsmarkt *für sich* schon dafür, dass *Flüchtlinge* sie besetzen sollen? Keineswegs, was schon daran zu sehen ist, dass Rechte angesichts *derselben* Fakten dem entschieden widersprechen und in der Existenz von 1,3 Millionen von Ausländern geschaffenen Stellen jenen Skandal sehen, den sie bekämpfen. Dabei folgen natürlich auch diese rechtslastigen Einsprüche gleichermaßen nicht aus den puren Zahlen.

In jedem Fall muss für eine Schlussfolgerung erst einmal nach einer *Konsequenz* aus den Fakten gefragt werden, die dann je nachdem mit – richtigen oder falschen – *Begründungen* ausgestatteten *Interesse* völlig anders ausfällt. Ein deutscher Wirtschaftspolitiker fragt angesichts der offenen Stellen nach Arbeitskraftreserven, weil er die Arbeitskraftnachfrage hiesiger Unternehmen bedienen will, wie es seines Amtes ist. Ein Gewerkschafter würde vielleicht vorschlagen, die Löhne bei offenen Stellen anzuheben, um deren Attraktivität zu erhöhen. Und der Rechte wüsste genau, mit wem diese offenen Stellen auf keinen Fall besetzt werden dürften.

Die Selbstverständlichkeit, mit der jedoch die zitierten Argumentationstrainer diesen Fakten allein *ihre Schlüsse* entnehmen, diese quasi mit der Faktenlage *identifizieren*, sodass bei ihnen die *Berufung* auf Fakten jede *Begründung* ihrer Schlussfolgerung ersetzt, ist nicht nur *theoretisch unzulässig*. Obendrein widerlegt die erschwundene Folgerung diese Parole vom Arbeitsplatzdiebstahl gar nicht, sondern behauptet allein ihre *bedingte Ungültigkeit*.

Wenn die Konjunktur schlechter ausfiele und keine offenen Stellen auf dem Arbeitsmarkt angeboten würden, um die sich Flüchtlinge balgen könnten, entfielen auch das Argument der Kritiker. Dann gäbe die in dieser Weise interpretierte Faktenlage den Rechten recht: Wo keine freien Arbeitsplätze, da kein Platz für Flüchtlinge. Ausländer raus!

Und was ist mit den Arbeitsplätzen, die von Ausländern geschaffen werden? Die widerlegen doch die Behauptung, Ausländer würden den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen?

Von einer Widerlegung kann keine Rede sein. Allenfalls handelt es sich um eine Art *Dementi*, das sich jedoch jeder Kritik enthält. Es befasst sich gar nicht erst mit der Parole, sondern stellt eine *Gegenbehauptung* auf. Fast kann man das als einen Antrag auf Nichtbefassung mit ihr lesen. Obendrein liefert dieses Dementi den Rechten sogar neues Material für ihren ausländerfeindlichen Standpunkt: »Jetzt nehmen uns die Ausländer nicht nur Arbeitsplätze, sondern gleich ganze Betriebe weg«, könnten sie sich einfallen lassen.

Allen drei Zitaten ist außerdem gemein, dass ihnen nichts geläufiger ist als jener *nationalistische* Maßstab, gegen den sich doch diese Kritiker eigentlich aufstellen wollen.⁴² Dann nämlich, wenn sie umstandslos offene Stellen des deutschen Arbeitsmarktes ideell mit Flüchtlingen besetzen oder die Arbeitsplätze bei türkischen Gemüsehändlern und Reisebüros zu einer nationalökonomischen Bereicherung erklären. Argumentiert wird ausschließlich vom Standpunkt des *Nutzens für Deutschlands* Ökonomie, also für kapitalistische Unternehmen, deren Erfolge sich zu nationalen Wachstumsraten addieren. Wie eingebildete Berufsnationalisten, also wie die regierenden Herrschaften, deren Zweck es ist, Deutschland in der Konkurrenz der Staaten voranzubringen, fragen sie nur danach, wo sich Flüchtlinge für die Nation *nützlich* machen können. Das bedeutet zugleich, dass immer auch nur von denjenigen Flüchtlingen die Rede ist, die unter dieses Kriterium fallen. Was ist mit den Flüchtlingen, für die der deutsche Arbeitsmarkt keine offenen Stellen bereithält? Was ist mit denen, die – um das dritte, besonders heftige

⁴² So etwa Hufer (3), S. 11: Dort wendet er sich gegen Parolen, die »stark nationalistisch getönt sind«.

Zitat mit einzubeziehen – solche Arbeitsplätze, die besonders drastische Ausbeutungsverhältnisse offenbaren, ebenso ablehnen wie ihre deutschen Arbeitskollegen? Ab in die Heimat oder ins Lager nach Libyen? Wie sich die Rechten das wünschen? Die Frage, was das dann für *Flüchtlinge* bedeutet, wird nicht einmal erwähnt. Ebenfalls erfährt man nichts darüber, worin der Nutzen von Vollbeschäftigung für die *Beschäftigten* besteht, seien es nun In- oder Ausländer. Auch dazu, wodurch die deutsche Unternehmerschaft es hinbekommt, sich mit ihren Belegschaften auf dem Weltmarkt um deutsche Wachstumsraten verdient zu machen, mag sich keiner der Autoren äußern. Es steht zu vermuten, dass den Verfassern des dritten Zitats nicht einmal gegenwärtig ist, welches vernichtende Urteil sie mit ihm über ihre Heimat aussprechen, deren Nutzen sie umtreibt.

Aber die Flüchtlinge wollen doch nichts lieber, als hier einen Job zu bekommen. Und auch wenn sie dann für Unternehmerprofit eingespannt werden, ist das für sie doch allemal besser als das Leben in ihrer Heimat.

Wenn ich das richtig verstehe, dann spricht hier ein Kapitalismuskritiker. Dass es bei hiesigen Jobs um fremden Nutzen geht, ist dir offensichtlich schon bekannt; vielleicht auch, dass dabei ein irgendwie anständiges Überleben für die Beschäftigten überhaupt nicht garantiert ist. Deswegen wundert es mich schon, dass du ganz vom Standpunkt der Flüchtlinge her argumentierst, für die *zwangsläufig* alles, was nur wenigstens ihr Überleben sichert, besser ist als das, was sie in ihrer Heimat zurückgelassen und auf der Flucht durchgestanden haben. Das ist billig und gemein, auch wenn von Flüchtlingen selbst vielleicht noch die letzte Drecksarbeit begrüßt wird. Erstaunlich, wie schnell du dich, wenn es um die Flüchtlinge geht, von Maßstäben *verabschiedest*, die du ganz selbstverständlich für dich ansetzen würdest. Und wie selbstverständlich dir das Muster dieses halbseidenen Vergleicherei ist, mit dem sich jede noch so üble Lage legitimieren oder sogar ins Positive verwandeln lässt, wenn sich für den Abgleich nur etwas noch Beschisseneres finden lässt – was immer und gerade bei den Flüchtlingen ein Kinderspiel ist.

Aber ich kann doch, wenn es um Flüchtlingshilfe geht, meine Kapitalismuskritik nicht anwenden!

Wieso nicht?

Die brauchen doch wirklich erst einmal nur was zum Überleben!

Stimmt! Da will ich dir gar nicht widersprechen. Die hungern- den, durstigen, frierenden und zerlumpten Menschen, die Ende 2015 aus den Waggonen stiegen, brauchten erst mal was zum Überleben. Gegen diese Hilfe, wie sie von vielen deutschen Bürgern sofort geleistet wurde, will ich mich auch gar nicht aussprechen. Aber was ist dann? Wenn sie nicht gleich wieder abgeschoben, sondern geduldet und vielleicht sogar mit einer Arbeitserlaubnis beglückt werden, dann dürfen sie sich in die Konkurrenz um Arbeit für den Geschäftserfolg der Unternehmer begeben. Dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich in das kapitalistische Produktionsverhältnis zu integrieren, von dem du gar nichts hältst, das du vielleicht sogar überwinden möchtest; dem du aber bei Flüchtlingsintegration deinen Segen erteilst.

Dass dich damit die von mir geäußerte Nationalismuskritik trifft, hast du ja selbst gemerkt. Ich möchte dich nur darauf hinweisen, dass du dich mit dieser Parteinahme für falsche Parolenwiderlegungen selbst in eine Ecke bugsierst, in die du deinem Selbstverständnis nach nicht gehörst. Bugsier dich wieder raus!

Mmh.

Ich bin mit meiner Kritik aber noch nicht fertig. Gerade das dritte Zitat muss noch gesondert gewürdigt werden, weil es explizit wie ein *Faktum* behandelt, dass Ausländer die hier anfallende Drecksarbeit zu machen haben, deren »Bezahlung zu schlecht ... (und deren) Arbeitszeit zu lang« ist. Ihr Einsatz am unteren Ende der Lohn-Leistungshierarchie wird wie eine nationale Notwendigkeit vorgeführt, weil ohne sie »ein Großteil der Produktions- und Dienstleistungsbranchen überhaupt nicht existieren« würde. Dass Deutsche sich für solche »körperlich sehr belastenden, schmutzigen oder gefährlichen Arbeiten« zu schade sind, ist zwar eine Unwahrheit – nicht nur Flüchtlinge, auch Inländer sind »auf jeden Job angewiesen« –, wird aber von den Autoren angedeutet; was der Herrenmenschenvorstellung der neuen Rechten ordentlich Nahrung liefert.

Dass dafür Flüchtlinge oder andere Ausländer, natürlich nur gerade so lange wie sie gebraucht werden, zum Zwecke der Entlas-

tung der »Herrenmenschen« im Lande zum Einsatz kommen, das könnte sogar dem völkischen Gemüt einleuchten.

Den Verfassern dieses Zitats fällt ebenfalls nicht auf, wie sie über ihre geliebte Heimat daherreden: Arbeitsverhältnisse der drastisch beschriebenen Art *gibt* es eben, ist ihr Standpunkt. Von ihrer Abschaffung wird nicht geredet, dafür um so mehr von der als selbstverständlich erachteten Notwendigkeit, sie mit fremdem Volk zu besetzen, das zu nichts anderem gut ist. So wird von überzeugten kritischen Demokraten, die die »*Menschlichkeit und Menschenwürde, wo immer es geht und so gut es geht*«,⁴³ verteidigen wollen, rechte Propaganda unter Benutzung rechten Gedankenguts – natürlich nicht – widerlegt.

Und schließlich *verfehlen* diese drei Zitate geschlossen die *Beweisabsicht* der rechten Parolen. Sie reden daher, als befänden sie sich – wenigstens in der als Beispiel ausgewählten Parole – in einem Kolleg, das *nationale Beschäftigungsprobleme* lösen will. Sie stellen die Arbeitsmarktkonjunkturen nach, sortieren Beschäftigungsverhältnisse nach Herkunft der Unternehmer und wissen weltweit Arbeitskraftreserven für Jobs zu benennen, die – angeblich – der Elite deutscher Lohnarbeiter nicht zuzumuten sind. Ein grandioses Missverständnis, das jedoch nicht zufällig ist: Den rechtsradikalen Parolen, in denen Flüchtlinge immer nur zum Schadensfall für Deutschland erklärt werden – sie klauen Arbeitsplätze, bringen Terrorismus ins Land, sind ohnehin kriminell und vergreifen sich an deutschen Frauen –, geht es mit all ihren Erfindungen allein um Belege für ihren ohnehin feststehenden Standpunkt, dass Fremde nicht zu uns passen, folglich deutsche Volksidentität zerstören, also hier nichts zu suchen haben. Zufall ist diese Verfehlung des Kerns all dieser rechten Parolen deswegen nicht, weil diesen Autoren der Zugang zur Kritik von Nationalismus fehlt, es ihnen deswegen auch nicht gelingen kann, den völkischen Nationalismus vom demokratischen abzugrenzen. Sie müssten ja ihr eigenes Denken einer substanziellen Kritik unterziehen und dabei feststellen, dass sie sich nicht in der *Frage*, was Deutschland nützt, sondern nur in einigen *Antworten* auf diese Frage von den

⁴³ Lanig/Schweizer, a.a.O., S. 15

Rechten unterscheiden. Wobei es gerade im Bereich der Flüchtlingspolitik immer schwerer fällt, diese Unterschiede noch dingfest zu machen: Demokratische Nationalisten stehen längst auch auf dem Standpunkt, das Flüchtlingsproblem durch Ausgrenzungsmaßnahmen aller Art zu lösen, hatten längst vor der AfD die »Vorrangprüfung« bei der Besetzung von Arbeitsplätzen, also die Bevorzugung von Deutschen im Programm und sortieren nicht nur in den Kriminalitätsstatistiken nach deutschen Tätern und solchen mit Migrationshintergrund, ein Etikett, das auf Abgrenzung dieser Menschen von den Originaldeutschen Wert legt und selbst bei späterer Einbürgerung an ihnen kleben bleibt.

Ich bin mir nicht sicher, ob ich deine Kritik schon verstanden habe und teilen kann. Können wir uns noch ein weiteres Thema vornehmen? Auf deinem Zitatenzettel findet sich auch die Widerlegung der Behauptung, dass Flüchtlinge besonders kriminell sind.

»Ausländer sind nicht krimineller als Deutsche.«

Also auch dazu drei Zitate:

1.: »Falsch«, sagt André Schulz (45), Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, zu BILD. Tatsächlich belegt die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2014, dass der Großteil (79 Prozent) der 112.754 sich »unerlaubt in Deutschland aufhaltenden Tatverdächtigen« nur wegen eines Verstoßes gegen das Aufenthalts- oder Asylrecht als Straftäter registriert wurden; also weil sie illegal hier waren. (BILD)

2.: Integrierte Ausländer/-innen in Deutschland kommen nicht öfter mit dem Gesetz in Konflikt als Deutsche. Eine differenzierte Auswertung der Kriminalstatistik hat sogar ergeben: »Ausländer, die ständig in Deutschland leben, sind [...] gesetzestreuer als Deutsche in gleicher sozialer Position.« (nach: Hufer 3)

3.: Es ist nicht gerechtfertigt, in der Kriminalstatistik alle Ausländer in einen Topf zu werfen. Asylbewerber/-innen leben unter völlig anderen Bedingungen als ausländische Arbeitnehmer/-innen und ihre Familien. (Hufer 3)

Nochmal die Frage, was man davon hält:

Die erste Widerlegung finde ich zutreffend. Denn diese Delikte können von Deutschen gar nicht begangen werden.

Hast du dir mal überlegt, was eigentlich die Kriminalstatistiker dazu treibt, die Tatverdächtigen bzw. Straftäter nach In- und Ausländern und diese sogar noch nach Flüchtlingen und integrierten Ausländerfamilien zu *sortieren*? Was soll die von ihnen so positiv registrierte »differenzierte Auswertung« leisten? Geteilt wird offenbar das Urteil, dass der Rechtsstaat ein besonderes Augenmerk auf die Ausländer, besonders auf die Flüchtlinge legen muss, welches sich aus nichts als aus deren Ausländerstatus begründet. Wo die Rechten das von ihnen vorgelegte *Faktum*, Ausländer seien krimineller als Deutsche, fälschlicherweise mit der *Behauptung* gleichsetzen, sie würden mit dem ihnen innewohnenden Hang zur Kriminalität Recht und Ordnung in Deutschland durcheinander bringen, wird von den drei Widerlegungen dieselbe Behauptung erstens als *Verdacht übernommen* und zweitens wird – wie gehabt – der Verdacht mit Fakten *dementiert*. Die Autoren fallen auf die Gleichsetzung von Fakten mit Flüchtlingshetze herein, versuchen den Spieß dabei nur umzukehren, und zwar mit einem Ergebnis, das Wasser auf die Mühlen der Rechten ist. Zwar haben die Rechten kein Argument auf ihrer Seite, *wenn* – das »wenn« sei betont und unterstrichen – Ausländer *nicht öfter* als Deutsche mit dem Gesetz in Konflikt kommen würden. Doch was, *wenn nicht*? Wenn bei Ausländern insgesamt in irgendeiner »differenzierten Auswertung« *mehr* Delikte gezählt würden, hätten dann – z.B., wenn die Verstöße gegen das Aufenthalts- oder Asylrecht mitgezählt würden – die Rechten recht? Nach der Logik dieser Widerlegung schon.

Zudem muss betont werden, dass sich auch in diesen Widerlegungen eine Parteinahme für den *nationalen Rechtsstaat* durchzieht. Natürlich müsse Gesetzesbruch bestraft werden, heißt es. Recht und Ordnung müssten natürlich beachtet werden, erst recht von denen, die eigentlich kein Recht besitzen, zu »uns« zu gehören.

Das sehe ich ganz genauso! Was gibt es dagegen einzuwenden?

Teilst du auch, dass völlig ausgeblendet wird, *warum* Flüchtlinge – vermehrt oder nicht, das ist egal – »kriminell« werden? Die Frage nach den *Ursachen* für Rechtsverstöße von Flüchtlingen, die in Lager gepfercht, schlecht versorgt werden, miserable Gesundheitsversorgung erfahren und zudem von jedem freien Zeitvertreib abgeschnitten sind – ganz abgesehen von den Ängsten,

was mit ihnen passiert und was den zurückgelassenen Familien inzwischen geschehen ist –, spielt bei den Autoren keine Rolle. Gezählt wird nur, wer wie oft deutsches Recht bricht und sich damit an der heiligen deutschen Ordnung vergeht. Hast du dich mal gefragt, welche Verhältnisse dieses deutsche Rechtssystem schützt? Ist dir klar, dass es dabei primär um den Schutz von *Eigentum* geht; und zwar nicht primär um dein Kleineigentum als vielmehr um jenes Eigentum, das in der Marktwirtschaft die Grundlage für Geldvermehrung ist – bei Aldi und Lidl ebenso wie bei DB oder Siemens? Und wenn den Autoren mal einfällt, unter welch »völlig anderen Bedingungen« – was heißt hier eigentlich »anders«? – Flüchtlinge leben müssen, dann eher – wie in Zitat 3 – als *Entschuldigung* von *Straftätern*, nicht als Hinweis auf die *unsäglichen Verhältnisse*, denen diese Menschen hierzulande ausgesetzt sind. Delikt hin oder her.

Auch der Verweis auf Verstöße gegen Aufenthaltsbestimmungen, die in der Tat von Deutschen nicht begangen werden können, ist ein Eigentor. Denn festgehalten werden auch wieder nur *Rechtsverstöße*. Punktum! Was soll einen Rechten denn daran überzeugen? Da hält er nur fest, was er behauptet hat, dass die Flüchtlinge krimineller sind als die Deutschen: Denn erst verstoßen sie gegen deutsches Recht, wenn sie bei Aldi und Lidl oder das Fahrrad an der Ecke klauen, Frauen Gewalt antun usw., und dann verstoßen sie zusätzlich noch gegen das Ausländerrecht.

Die Partei DIE LINKE schießt übrigens hier erneut den Vogel ab. In einer Befassung mit dieser Parole, wie sie auch von Sarrazin vorgetragen wird, zitieren sie u.a. zum Zwecke der Widerlegung die Bundeszentrale für politische Bildung: »*Die Behauptung, Ausländer seien um ein Vielfaches krimineller als Deutsche, gehört zum Repertoire rechtsradikaler Propaganda ...*«⁴⁴ Ach! Woher diese Partei das wohl weiß? Wahrscheinlich hat sie Sarrazin dabei ertappt, dass er unter seinem schneien Anzug immer LoNSDAle-Unterwäsche⁴⁵ trägt. Es ist ernster. Diese Tour der Befassung geht davon aus, dass man die Rechten nur *identifizieren* müsse, um sie

⁴⁴ Die Linke (1), S. 8.

⁴⁵ Wegen »NSDA« seinerzeit als Kleidung von Rechtsextremisten identifiziert. Siehe: Die Linke (2), S. 5f.

unglaublich zu machen, sich also jede Kritik an ihren Parolen und ihrer Propaganda eigentlich ziemlich erübrigt.

Wie wird denn diese rechte Parole nun richtig kritisiert?

Das habe ich eingangs angedeutet: Statt das vorgelegte Faktum mit anderen Fakten blamieren zu wollen, muss zunächst gezeigt werden, dass aus ihm nicht das folgt, was die AfD ihm entnehmen möchte. Aus ihm folgt schlicht nichts, wie aus Fakten – wie schon gezeigt – ohnehin nichts folgt bzw. erst dann etwas folgt, wenn man ihnen die erwünschten Urteile, sprich: die eigenen Interessen als zwangsläufige unterschiebt. Man könnte das jetzt wieder durchspielen: Was folgern Juristen aus dem Faktum, was Flüchtlingshelfer, was Kirchenleute, was Kritiker des Rechtssystems... Es sollte aber nicht beim Nachweis bleiben, dass aus irgendwelchen Kriminalitätsraten von Ausländern die Forderung nach deren Ausweisung *nicht* zu folgern ist. Wer wie die Rechten kriminelle Ausländer am liebsten außer Landes bringen bzw. ihnen deutsche Grenzen verschließen möchte, der muss in seiner Begründung einen weiteren Fehlschluss bemühen. Aus einer Statistik, also einer *quantitativen* Erfassung von Kriminalität, verfertigen sie eine *qualitative* und schon ist der Rassismus fertig: Ausländer *sind so*, die verfügen über einen *kriminellen Charakter*. Dass jede Statistik aber immer nur zusammenzählt, *wie viele* der hier anwesenden Flüchtlinge »tatverdächtig« geworden sind, dass sie dies in eine Prozentzahl übersetzt, damit zugleich mitteilt, wie viel von ihnen sich *nicht* strafbar gemacht haben – es ist im übrigen immer die absolute Mehrheit –, muss die Rechten nicht kümmern. Weil: Ihr Urteil, dass Flüchtlinge hier nichts zu suchen haben, steht vor jedem nachträglichen Rechtfertigen fest.

Kann man sie nicht auf die unzulässige Verallgemeinerung hinweisen?

Ich würde davon abraten. Denn es liegt zwar ein Denkfehler vor, aber eben nicht nur. Gesammelt wird von den Rechten alles nur denkbare und vielleicht sogar auf den ersten Blick einleuchtende Material, um für ihr völkisches Deutschlandkonzept zu werben. Besser fände ich es, wenn man ihnen, ihre Logik zwecks Blamage ernst nehmend, an anderem Material ihren Unsinn vorführt. Zum Beispiel: Jüngere Deutsche sind krimineller als ältere. Was

folgt draus? Deutsche Stadtbewohner sind krimineller als deutsche Landbewohner. Was folgt draus? Wenn sie dann mit ihrer Aber-Logik das Thema wechseln – »Aber Ausländer sind alle ungebildet, bekommen mehr Hartz-IV als Deutsche, bringen Terrorismus ins Land...« –, kann man festhalten, dass ihnen das angeführte Thema offenbar nicht so wichtig ist, es ihnen nicht – wie es der erste Eindruck zu bezeugen scheint – um Überführung von Straftätern geht. Man hat vielmehr das Eingeständnis, dass ihnen die Kriminalitätsraten, der Verweis auf Frauenübergriffe, der Arbeitsplatzraub oder der Islam letztlich nur als *gleichgültiges Belegmaterial* für den Standpunkt gilt: Deutschland den Deutschen, Ausländer raus! Da sind sie ganz bei ihrem eigentlichen Propagandazweck.

Wie man sich mit dem *für sich* auseinandersetzt, ist vorne vorgeführt.⁴⁶ Einige der Autoren unternehmen den Versuch, sich mit dieser eigentlichen, der völkischen Botschaft der Rechten zu befassen. Es ist lohnend, dem hier abschließend noch etwas nachzugehen:

»Unsere deutsche Identität gerät in Gefahr – wir sind nicht mehr Herren im eigenen Land!«

Dazu auch einige Zitate:

1.: *Was ist »deutsche Identität« eigentlich. Was haben ein katholischer Bayer, ein protestantischer Frieser, ein religionsloser Sachse oder ein in der dritten Generation hier lebender Muslim gemeinsam? (Hufer 3)*

2.: *Fakt ist: In der ersten Generation von türkischen Einwanderinnen ist die Geburtsrate tatsächlich höher als der Durchschnitt. In der zweiten und dritten Generation gleicht sie sich dem Durchschnitt an. (LINKE 1)*

3.: *Deutschland kann es sich nicht aussuchen, ob es Zuwanderungsland sein will oder nicht. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, mehr Einwanderer ins Land zu holen, denn unsere Zukunft hängt davon ab. (Lanig/Schweizer)*

Wie wird hier die Behauptung, dass deutsche Identität in Gefahr sei, zurückgewiesen?

⁴⁶ Siehe dazu die Debatte unter 1.9.

Im ersten Zitat wird »deutsche Identität« insgesamt zurückgewiesen. Die gäbe es nicht, weil Deutschland aus einer Vielfalt von Landesteilen und Glaubensrichtungen besteht. Im zweiten Zitat wird das Argument der AfD von einer Übervölkerung durch Ausländer eigentlich nur bestätigt; und das dritte Zitat sagt, dass so etwas wie eine Übervölkerung nötig sei, weil sonst die Deutschen wahrscheinlich aussterben würden.

Im dritten Zitat wird auch wieder nur mit »unserer Zukunft« argumentiert, gemeint ist die Zukunft Deutschlands. Also nichts als nationalistische Parteinahme!

Ja, das sehe ich auch so. Man muss euer Argument gegen Zitat drei nur etwas zuspitzen: *Allein* um Deutschland und sein zukünftiges Wohl geht es. Es wird in ihm also der Maßstab der Rechten geteilt. Beiden Parteien geht es um dasselbe: Deutschland vor! Darin sind sie sich einig. Nur in der Frage, ob mit oder ohne Ausländer, unterscheiden sie sich. Dabei machen sie sich ebenfalls wechselseitig denselben Vorwurf: Sie würden sich an nationalen Interessen vergehen, Deutschlands Zukunft aufs Spiel setzen, wenn sie Ausländer ins Land lassen bzw. wenn sie diese aussperren. Wobei die Entgegnung in Zitat drei gleich mit dem Standpunkt antritt, es ginge gar nicht um irgendein Abwägen, um Begründungen für eine Pro- oder Contra-Entscheidung: Deutschland, heißt es, *»kann es sich nicht aussuchen«*. Die Kritik des Rechtsextremismus beginnt da also mit einer ideellen Einladung der AfD zur Regierungsbeteiligung, um dann zu dem Befund zu kommen, dass diese AfD-Position, würde sie mit der eigenen verantwortungsvollen Politikzielsetzung abgeglichen, als realitätsblind zurückgewiesen werden müsste. Dazu kommt es eben, wenn sich die beiden Streitparteien die Stiefel von Berufsnationalisten anziehen und nichts anderes im Kopf haben als *»Deutschland first«*.

Das zweite Zitat lässt sich auf andere Weise ebenfalls auf die rechte Position ein: Es könnte an der Feststellung der Übervölkerung und damit der Gefährdung nationaler Identität schon etwas dran sein, wenn denn die Ausländerinnen gebärfreudiger sind als die deutschen Frauen, heißt es. Doch, welch Glück, das relativiert sich alles irgendwie. Es scheint der LINKEN einzuleuchten, dass *»wir«* über die Produktion originaldeutschen Nachwuchses

»Herr im eigenen Land« bleiben müssen. Muss man dieser Partei sagen, *wer* hier Herr im Haus ist, und dass dies wohl eher etwas mit Macht und Geld als mit der Kinderzahl pro Kopf zu tun hat. Was es mit »deutscher Identität« auf sich haben könnte, worin sie besteht und warum sie Flüchtlinge nicht aushält – ebenfalls Fehlannonce.

Das erste Zitat bemüht sich dagegen – wie ihr richtig gesagt habt – schon um Problematisierung von »deutscher Identität«. Doch wie fällt die aus? Das deutsche Volk, dessen völkische Identität von den Rechten beschworen und zum Schutzobjekt erklärt wird, ist durch Glaubensvielfalt und diverse Landsmannschaften charakterisiert, heißt es. Von Identität könne deswegen keine Rede sein, weil es Friesen und Sachsen mit unterschiedlichen Bräuchen gäbe und überdies Religionsfreiheit herrsche, heißt es. Nichts davon wird der Rechte ernsthaft bestreiten und als Einwand gegen sein völkisches Deutschlandbild verstehen: Friesen und Sachsen seien *zu-vörderst* ja wohl *Deutsche*; und glauben kann jeder Deutsche, was er will, wenn sich denn seine Glaubensrichtung nur der deutschen Sache unterstellt. Deutsche Identität klebe an ihnen per gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur usw., denkt der Rechte. Das heißt, Hufer verfehlt den *Gegenstand* nebst dem *Beweiszweck* der Rechten gerade in der Weise, in der er die Vorstellung von »deutscher Identität« falsch kritisiert: Nationaler Identität, also der Behauptung, es gäbe so etwas wie den Zusammenhalt deutscher Menschen *wegen* gleicher deutscher Art, setzt er jene harmlosen Abteilungen von Andersartigkeit entgegen, die der Rechte als Vielfalt im Völkischen lässig seinem Konzept *einverleibt*.⁴⁷ Wieso sich »deutsche Identität« nicht mit der Anwesenheit von Flüchtlingen verträgt – und dies ist der eigentliche Beweisziel der Rechten –, wird nicht einmal als Frage aufgeworfen.

Jetzt haben wir alles rauf und runter kritisiert. Das finde ich ja auch wichtig und in Vielem überzeugend. Aber mir fehlt bei allem, was du kritisiert, die Parteilichkeit für die Flüchtlinge. Lehnst du Parteilichkeit generell ab? Wenn du Flüchtlingspolitik und rechten Rassismus kritisierst, dann musst du doch für Flüchtlinge sein: Was hältst du denn von »Refugees are welcome!«? Und außerdem ist

⁴⁷ Siehe dazu die Debatte unter 1.9.

mir immer noch nicht recht klar, was denn jetzt aus der Kritik folgt. Man muss sich doch gegen das rechte Lager aufstellen! ...

Was aus der Kritik folgt, fragst du. Du bist dafür, dass man sich gegen das rechte Lager aufstellen muss, so wie das auf zahlreichen Demos gegen AfD, NPD, Pegida geschieht? Ich habe nichts gegen solche Demonstrationen. Allerdings sind sie nur dann zielführend, wenn die mitgeführten Transparente, Parolen und Flyer der Bevölkerung, die ja mit einer Demo in ihrem Alltag gestört werden soll, deutlich machen, *was man warum* gegen Rechte und rechtes Denken und gegen die praktizierte Flüchtlingspolitik der Regierungen hat.⁴⁸ Das soll noch geprüft werden.⁴⁹ Vielleicht erledigt sich dann deine Frage.

Aber zunächst zur Frage der Parteilichkeit, die mir des öfteren gestellt wird. Ich zitiere aus einer Korrespondenz:

2.3. Zwischenruf: »Lehnst du Parteilichkeit ab?«

Ich verstehe nicht, warum du dich einerseits über Flüchtlingspolitik so kritisch äusserst, aber dich andererseits nicht für Geflüchtete stark machen willst. Das habe ich schon öfter erlebt, dass du völlig richtig kritisierst, wie der Kapitalismus Menschen zu seinen Opfern macht, du aber jede Parteilichkeit für diese Opfer, seien es Geflüchtete, Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger oder andere, ablehnst. Dann interessiert mich auch, wie du es z.B. mit der Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern, zwischen der Türkei

⁴⁸ Gegen ein Transparent, das ich auf einer Demo gegen die Flüchtlingspolitik gesehen habe, mit der Aufschrift: »Deutsche Waffen, deutsches Geld sorgen mit für Flucht in aller Welt!« hätte ich z.B. nichts einzuwenden. Erst recht nicht, wenn der etwas holprige, naturgemäß knappe Reim in einem neben der Demo verteilten Flyer erläutert würde. Ziemlich gut gefallen haben mir auch einige andere Parolen: »Millionen Menschen auf der Flucht. Von euch wird dann nach Öl gesucht!«, »Kein Wirtschaftsflüchtling kommt hier rein. Und ihr brockt ihm das alles ein!«, »Ihr redet von Asylbetrug und kriegt den Hals nicht voll genug!«, »Millionen Menschen auf der Flucht. Die Täter werden nie gesucht!«, »Im Mittelmeer krepieren die Massen. Ihr wollt sie nicht ins Land reinlassen!« Vom vertraulichen »ihr« und »euch« einmal abgesehen.

⁴⁹ Siehe dazu das ganze Kapitel 3.

und den Kurden und anderen Bürgerkriegen hältst? Nimmst du da auch nicht Partei? Bist du etwa ganz generell gegen jede Parteilichkeit? Wenn ja, dann möchte ich gerne wissen warum.

Warum sollte ich ganz *generell* gegen Parteilichkeit sein? Nur weil ich, um deine Beispiele zu zitieren, *nicht für* Flüchtlinge⁵⁰ oder Arbeitslose, Kurden oder Palästinenser bin? Für eine Sache, eine Gruppierung, eine Einrichtung oder auch für Opfer, deren *Anliegen* ich für vernünftig halte, die ich *teile*, bin ich natürlich *parteilich*. Für Opfer zu sein, *weil* sie *Opfer* sind, halte ich dagegen für einen Fehlschluss:

Nehmen wir z.B. Flüchtlinge. Sie sind Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Vertreibung, Repression in ihrer Heimat, werden auf der Flucht von sogenannten Fluchthelfern ausgebeutet, an Grenzen drangsaliert, nicht nur an den Außengrenzen Europas in Lager gepfercht und dann, wenn es ihnen gelingt, die EU-Grenze zu überwinden, nach allen Regeln des Ausländer- und Asylrechts schikaniert bis wieder abgeschoben. Soweit die schlimme *Sache*, die niemand leugnet, die ja selbst von Tatbeteiligten heuchlerisch zu Akten der Inhumanität erklärt wird. Darüber zunächst *empört* zu sein, ist völlig angemessen. Wie auch nicht! Das ist nun mal die erste geistige Regung bei allen noch nicht völlig abgebrühten Bürgern. Und auch gegen jene Hilfeleistungen, die Bürger Ende 2015 den vor allem aus Syrien kommenden Flüchtlingen geleistet haben, ist wirklich nichts einzuwenden. Aber eine Parteilichkeit kommt dabei nicht heraus, zumal ich ja weiß, dass es unter Flüchtlingen ebenso viele Nationalisten, Rassisten, Machos, fanatisch Gläubige gibt wie in der hiesigen Bevölkerung. Hilfe ist Hilfe, mehr nicht. Wenn eine ältere Frau mit dem Fahrrad stürzt, helfe ich ihr, ohne sie vorher nach ihrem Standpunkt zu Gott und der Welt zu befragen oder ihr nachher das Du anzubieten.

Leider bleiben in der Flüchtlingsfrage allzu Viele auf dem Standpunkt der reinen Empörung stehen. Das halte ich für falsch: Denn

⁵⁰ Zu dem Streit über die Frage, ob es sich bei den armen Menschen, die gen Europa fliehen, um Flüchtlinge oder Geflüchtete handelt, siehe die Korrespondenz 2.1. (vgl. auch www.fhuiskende.de/downloadable/korrespondenz/korrespondenz-fl%C3%BCchtlinge-oder-gefl%C3%BCchtete.pdf).

mit diesem Standpunkt wird der Sachverhalt, das große Fliehen, erstens nach Tätern und Opfern *sortiert*, diese zweitens anschließend *moralisch* nach Gut und Böse bewertet,⁵¹ was dann drittens jene Sorte von moralisch getragener, also nicht politisch begründeter *Parteilichkeit* einleitet.⁵²

Dieser Fehler schließt ein, dass alle Beteiligten zu *Parteien* erklärt werden, um sie in vorgefertigten Schubladen mit der Aufschrift »gut« bzw. »böse« *abzulegen*. Wer von dem Opferbefund auf diese moralische Zuordnung kommt, der *ignoriert* jedoch gerade das, was Flüchtlinge zu Opfern macht. Um Ignoranz handelt es sich deswegen, weil man immerhin empört ist über Resultate politischer Herrschaften und krimineller Organisationen im Umgang mit Flüchtlingen, sich also zu *erklären* hätte, welche Zwecke die aufgeführten staatlichen und privaten Täter verfolgen, welche Motive die Flüchtlinge dazu treiben, ihre Heimatstaaten fluchtartig zu verlassen, und wie es in diesen Ländern zu einer Lage gekommen ist, die Flüchtlinge nicht mehr aushalten. Anders gesagt: Wer auf Opfer deutet, der hätte die Verhältnisse zu erklären, unter denen sie zu solchen *werden*. So eine Erklärung nähme geistig Maß an der *Sache* und *nicht* an der eigenen *Befindlichkeit*, welche die Entrüstung zum Argument macht und sofort den guten Willen zur Veränderung der Verhältnisse offenbart. Der Moralist erklärt alle Flüchtlinge, weil Opfer, zu *guten Menschen* und sich recht einseitig damit zum *Flüchtlingsfreund*, der »*refugees are welcome*«

⁵¹ In der Geschichte des Flüchtlingswesens gibt es immer wieder Menschen, deren Flucht auch nicht gutgeheißen wurde: Wer z.B. aus demokratischen Staaten oder aus Diktaturen mit Westbindung flieht, ist – im Unterschied zu den Flüchtlingen aus »realsozialistischen Staaten« – dem demokratischen Fluchtziel in der Regel höchst verdächtig.

⁵² Die Logik dieser moralischen Sortierung ist im übrigen ebenso inhaltslos wie zirkulär: Warum sind die Täter böse? Weil sie Opfer produzieren! Und warum sind diese Opfer gut? Weil die Täter böse sind! Illustriert wird diese Logik auch durch die politische Parole, derzufolge die Feinde meiner Feinde meine Freunde sind. Ganz leer auch hier die Parteilichkeit, weil der Freund nur negativ bestimmt ist.

ruft und sich diesen Standpunkt real oder ideell an die Brust heftet: »*Ich bin für Flüchtlinge.*«⁵³

Dass Freundschaft etwas anders geht, das ist zwar bekannt. In diesem Fall wird jedoch eine auf der genauen Kenntnis eines Menschen basierende vertrauensvolle Zuneigung zu ihm *ersetzt* durch den *Beschluss*, für diese Guten zu sein, *weil* sie Opfer der Schlechtigkeiten einer Welt sind, in der man doch selbst – besser – lebt und deswegen auch für deren Verbesserung mit *zuständig* ist. Womit man beim *schlechten Gewissen* dieser Flüchtlingsfreunde angekommen ist, das der ganzen Fehlleistung zugrunde liegt und deutlich macht, dass diese kritischen Menschen sich allein an *sich selbst* abarbeiten.⁵⁴ Es löst sich diese Sorte moralischer Parteilichkeit letztlich auf in die *Pflege* eines guten Gewissens, das permanent durch die in ein Leiden am Nichtstun verwandelte *objektive* Ohnmacht angekränkt ist. Wenn man als Flüchtlingsfreund *für* die Opfer Partei ergreift und sich vielleicht auch noch für sie einsetzt, gehört man selbst zu den Guten: Wenigstens hat man ja *was getan*!

Dass es bei so Vielen bei dieser geistigen (Fehl-)Leistung bleibt, darf nicht verwundern. Denn zur theoretischen und sittlichen Orientierung in der Welt reicht sie aus – sofern die nicht von den Flüchtlingen durcheinander gebracht wird; was bei so einer einseitigen Freundschaftserklärung allerdings schnell passieren kann. Zum Beispiel durch Flüchtlinge, die stehlen, dealen, grapschen oder sich wechselseitig ans Zeug gehen. Der Freund der Flüchtlinge ist dann enttäuscht, hat er doch als Gegenleistung für seine Parteilichkeit ein Betragen erwartet, das dem Bild des *guten* Flüchtlings entspricht. Er muss das moralische Terrain folglich neu sortieren; was angesichts der präsenten Sortierungskriterien ein Leichtes ist: Dann sind

⁵³ Den habe ich mir nicht erfunden. Den gibt es oder gab es wirklich: Vgl. Freerk Huisken, *Ausländerfeinde und Ausländerfreunde. Eine Streitschrift gegen den geächteten und den geachteten Rassismus*, Hamburg (VSA: Verlag) 1987.

⁵⁴ Das kennt man z.B. auch vom Antifaschismus. Mit Lichterketten und anderen Demonstrationen von Gegnerschaft wird in unguter Erinnerung an die eigenen Eltern zur Beruhigung des Gewissens immer nur derselbe Beweis erbracht: »Mir soll später niemand – z.B. meine Kinder – vorwerfen, ich hätte nichts dagegen getan!« Was auch immer!

die Flüchtlinge eben nicht nur Opfer, sondern – man will ja nicht verallgemeinern – einige von ihnen auch Täter. Und Politiker, die eine Willkommenskultur ausrufen, haben wohl das Unmoralische ihrer Abschiebepolitik eingesehen und passen nicht mehr so ganz in die Täterschublade.⁵⁵ Das gibt zu neuer Sortierung der Parteilichkeit Anlass, besser: das ist dann Anlass, sich wieder den eingeübten idealistischen Unwahrheiten über die eigene Herrschaft hinzugeben, denen zufolge sie mit inhumanem Tun immer nur das *verfehlt*, was *eigentlich* die Aufgabe einer demokratisch gewählten Regierung wäre.

Dem Prinzip nach bezieht sich diese Kritik auch auf die von Dir zusätzlich angesprochene Parteilichkeit im »Konflikt« zwischen der Türkei und den Kurden bzw. Israel und den Palästinensern. Denn so wenig ich *für* Flüchtlinge bin, die an irgendeinen Gott mehr oder weniger überzeugt glauben, die der verlassenen Heimat, die bloß von den Falschen regiert wird, hinterher trauern, im Kapitalismus des Westens die große Chance für sich sehen und in unverschleierte Frauen ein Angebot für ihre sexuellen Bedürfnisse erblicken, so wenig bin ich *für* unterdrückte Völker bzw. Volksminderheiten, sofern sie als Weg aus ihrer Misere die Gründung eines demokratischen Staatswesens sehen, in welchem das Herrschaftspersonal nebst seinen Gewaltexekutoren die richtige Herkunft hat. Die Kritik gilt auch hier in erster Linie den Unterdrückern, ermittelt die Gründe für den Bürgerkrieg in der Türkei und für die immer mehr vom Staat Israel ausgebaute Lagerexistenz der Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland.

In beiden Fällen schließt diese Kritik hier umgekehrt auch die Politik von Kurden und Palästinensern ein. Denn dasselbe *völkische Ausschlussprinzip*, dem sie unter Einsatz militärischer Gewalt

⁵⁵ Weswegen auch der Kanzlerin Merkel ab 2016ff., als sie die Grenzen wieder dicht machte, von Flüchtlingsfreunden freundlicher- und fälschlicherweise auch nur ein Widerspruch zu ihrer Willkommenspolitik vorgeworfen wurde. Angemessen wäre die Frage gewesen, wie denn die Grenzöffnung von 2015 zu der Grenzschließung von 2016ff. passt. Vgl. Freerk Huiskens, Abgehauen ..., a.a.O., S. 68ff.

zum *Opfer* fallen, entdecken ihre Führer als Weg ihrer *Befreiung*: die Gründung eines Staatswesens, das nur von Ihresgleichen bevölkert und regiert werden darf.

Und noch eines zum Schluss: Innerhalb der hiesigen linken Gemeinde fällt die Parteilichkeit für gewöhnlich zusammen mit der Vorstellung, es ließen sich diese und andere hässliche Resultate des imperialistischen Wirkens des freien Westens nicht nur *praktisch korrigieren*, sondern man hätte überdies dafür neben einer *Verantwortung* zugleich eine daraus resultierende *Mitzuständigkeit*. Bei dieser *Vorstellung* handelt es sich um eine *Einbildung* in doppeltem Sinne. Diese Praktiker erfinden sich als *Subjekte* des imperialistischen Weltgeschehens; und zwar einfach darüber, dass doch eigentlich *jedermann* die moralische Pflicht zur Weltverbesserung habe. Also weit entfernt davon, einer Fehleinschätzung von »Kräfteverhältnissen« etwa zwischen linken und imperialistischen *Kräften* aufgesessen zu sein, lebt die Einbildung von einem *Glaubensbekenntnis*, das in einer bekannten Parole zusammengefasst ist: »*Eine andere Welt ist möglich!*«⁵⁶ Wenn die freie Presse regelmäßig völlig offen über versiffte Flüsse, zugespernte Flüchtlingslager, Millionen Hungertote, Kriege um geostrategisch bedeutsame Ölserven usw. berichtet, dann muss man sich folglich nur fest *einbilden*, dass die herrschenden politischen und ökonomischen Kräfte, die weltweit derartiges Unheil anrichten, *zugleich* der Möglichkeit und ihrem politischen *Willen* nach das glatte Gegenteil ins Werk setzen könnten. Dann geht ein richtiges Leben, genauer: die Einbildung eines richtigen Lebens im falschen; was es Regierungen leicht macht, sich auch der Parteinahme der Kritischen unter den Regierten zu versichern.

⁵⁶ Nach Attac.

3. Kapitel: Kampfparolen gegen Rechte.⁵⁷ Wer steht für das bessere Deutschland?

Man muss sich doch gegen das rechte Lager aufstellen! ...

So schloss ein Workshop zum Rechtspopulismus. Diesem Imperativ folgen immer wieder große Menschenmengen. Sie stellen sich mit ihren Kampfparolen gegen rechts auf und dokumentieren, was sie gegen Rechte haben. Das soll abschließend geprüft werden:

3.1. »Kein Mensch ist illegal!«

Es richtet sich diese parolenhafte Aussage in erster Linie weniger gegen Rechte als vielmehr gegen die offizielle Regierungspolitik, die alle Flüchtlinge dadurch zu »Illegalen« *macht*, dass sie ihnen jede legale Zutrittsmöglichkeit zum gelobten Land vorenthält. Rechte von der AfD oder Pegida *benutzen* dieses Merkel-Stereotyp, um der Regierung einen Widerspruch vorzuhalten. Gauland: »*Wieso werden Illegale ins Land gelassen!*«

Natürlich entbehrt die Gegenbehauptung nicht einer ziemlichen Portion humanistisch getränkter Naivität, wenn der brutalen Art und Weise, mit der Staatsgewalten an ihren Grenzen mit unerwünschtem Menschenmaterial umgehen, nur eine erfundene negative Menscheneigenschaft entgegengesetzt wird: »*Kein Mensch ist illegal!*« Das klingt ein bisschen nach Trotzköpfchen: Das könnt ihr doch nicht machen, wo *der Mensch an sich* doch nicht illegal ist! Dieses Operieren mit Menschsein ist deswegen jedoch so bescheuert, weil sich bekanntlich nicht »der Mensch an sich« auf die Flucht begibt, sondern jene Millionen armer Schweine, die es wegen Repression, Krieg oder Verelendung nicht mehr bei sich aushalten.

Der Widerspruch der Parole, dass Flüchtlinge einerseits auf das abstrakte *Menschsein* reduziert werden, andererseits aber doch *als*

⁵⁷ Siehe dazu auch die Einleitung: Aufruf: »Stoppt die Rechten!« – So jedoch nicht!

Flüchtlinge Einlass in Europa bzw. Deutschland erhalten sollen, durchzieht auch die eigentlich gemeinte konjunktivische Aussage: »Kein Mensch, der Flüchtling zumal, *sollte* illegal sein!« Das wendet sich an die zuständige Staatsgewalt, der eben diese Zuständigkeit zugleich einfach mal so abgesprochen wird. Sie wird darauf verwiesen, dass sie in ihrem Tun nicht einfach ihren Interessen nachgehen, sondern übergeordneten Bestimmungen des Menschseins zu folgen hat. Das beherrschen die Politiker allerdings ganz ohne solche Aufforderungen: Zum Beispiel weiß Kanzlerin Merkel das Menschheitsgerede zu nutzen, wenn es ihr darauf ankommt, ihre nationalen Interessen in einem höheren humanistischen Licht erscheinen zu lassen. Die Aufnahme einer knappen Million Flüchtlinge Ende 2015 galt ihr als ein derartiger hochwertiger Akt, eben als *Willkommenskultur*, von dem sie später dem deutschen Publikum auch schon mal ganz anderes zu berichten wusste: Was hätte sie denn in dieser prekären Situation anderes machen können, fragte sie in einem Polittalk unschuldig. Sie hätte doch nicht zig Menschen an den Ostgrenzen vegetieren oder gar krepieren lassen können. In einer prekären Situation befand sich also die Kanzlerin, die Arme, die dann in ihrer Not einige Tage die Grenzen geöffnet hat, um alle illegalen Flüchtlinge in deutsche Lager zu transportieren und dort nach deutschem Asyl- und Aufenthaltsrecht zu verarzten. Die Gelegenheit, den Umgang mit dieser *flüchtlingspolitisch* in der Tat heiklen Situation als *Willkommenskultur* zu adeln und damit mächtig Reklame für deutsche Gutheit zu machen, hat sie sich natürlich nicht entgehen lassen.⁵⁸

Auf so etwas fallen Kritiker der Flüchtlingspolitik gern herein. An die Stelle der Klärung jenes politischen Exklusionsinteresses, das allen Flüchtlingen bis heute eine Möglichkeit des legalen Grenzübertritts untersagt, tritt deshalb schon mal der Konjunktiv »sollte«: Mit dem wird an das humanistische Herz, besser: Kalkül eben jener Politikergarde appelliert, die mit dem Einsatz aller not-

⁵⁸ Der Merkel'sche Humanismus wird übrigens in ihrem Jahrhundert-spruch: »*Wir schaffen das!*« ziemlich dementiert. Denn der klingt weniger nach einer Einladung für willkommene Menschen, auf die man sich vorbereitet hat, als nach einem beschwörenden Appell, doch gemeinsam eine über uns hereingebrochene Katastrophe zu bewältigen.

wendigen Staatsgewalt Flüchtlinge ersaufen, verhungern oder sonst wie krepieren lässt. Dass die Protagonisten dieser Parole all das wissen, verweist nur auf den Zynismus, mit dem sie an ihrem *Staatsidealismus* festhalten. Dass die fürs Grenzregime Zuständigen *eigentlich* doch einen anderen, eben humanistischen Auftrag haben, von dieser Vorstellung mögen sie dennoch nicht lassen, obgleich die Realität ihnen das Gegenteil zeigt. Noch mal: Haben diese Herrschaften dafür denn nicht ihre nationalen Gründe? Haben sie sich in dem, was sie an Aussperrungsmaßnahmen inszenieren, nur geirrt, sodass man sie mal auf ihr Versehen hinweisen muss? Nichts davon: Flüchtlinge sind solange illegal, wie sie von jeder legalen Einwanderungsmöglichkeit ausgeschlossen sind. Und das bleiben sie solange, wie europäische Regierungen *für sich* keinen guten Grund wissen, daran etwas zu ändern. Und – wie man sieht – sind diese gute Gründe bis heute sehr rar.

3.2. »Herz statt Hass«, »Toleranz statt Ausgrenzung«

Bemerkenswert an Parolen dieser Art ist, dass aus dem gerade noch nachvollziehbaren Urteil, dass sich Hass auf Flüchtlinge und ihre Ausgrenzung nicht gehören, weil sie Gewalt und Fortsetzung ihres Leids einschließen, umstandslos nichts als die *moralische Umkehrung* als gehörige Haltung gegenüber Flüchtlingen gefolgert wird. Die eingangs getroffene Feststellung, die Aufschluss gibt über das, was Flüchtlinge von einem Teil deutscher Bürger zu erwarten haben, ist keinen weiteren Gedanken wert. Etwa: Was treibt diese Menschen um, wenn sie Ausländern mit Hass begegnen? Was haben sie gegen diese Menschen, denen es noch bescheidener geht als ihnen? Statt dessen fühlen sich die Demonstranten als *deutsche Mitbürger* aufgefordert, den Mitbürgern und im übrigen der Welt zu zeigen, dass es ganz vortreffliche Deutsche gibt, die glatt ein Herz für Flüchtlinge haben. Ob daraus für Flüchtlinge und ihre Lage irgendetwas folgt, ist nicht ausgemacht. Festgeklopft ist allerdings der Einsatz für das bessere Bild vom Deutschen. Es kann nicht verwundern, dass auf Demos dieser Art regelmäßig auch Politiker aller bürgerlichen Parteien mitlaufen. Gleiches gilt für die Parole ...

3.3. »Bunt statt Braun«

Was gemeint ist, steht nicht in Frage: Die Braunen haben in einem Deutschland, das sich in jeder Hinsicht durch politische, kulturelle und sonstige Vielfalt auszeichnet, nichts zu suchen. Flüchtlinge und andere Ausländer dagegen können glatt als Bereicherung deutscher Buntheit durchgehen. Fremden aus aller Welt, sofern sie nur ordentlich bunt sind, sprich mit Sitten und Kultur als Zugewinn für das nationale Leben vereinnahmt werden können, wird ideell die Tür aufgehalten. Die Deutschen, erklären diese guten Deutschen, sind inzwischen weit entfernt von nationalistischer Engstirnigkeit: Sie sind längst ein *weltoffenes Volk*.

Bemerkenswert ist an diesem Deutschlandbild, dass in ihm Buntheit, Fragen der Sitte und Kultur, mithin *Geschmackssachen*, zum *Hauptgehalt* der deutschen Heimat erklärt werden; was bedeutet, dass alles, was den *realen Alltag* der Mehrheit der Bürger und der Flüchtlinge mit Bleiberecht ausmacht, in diesem Bild keinen Platz hat, besser: irgendwie ist all das abgehakt, was der Kapitalismus und seine politische Ordnung mit den Leuten anstellen. Allein die Braunen sind nicht nach dem Geschmack dieser Bunten, sie passen nicht zu Deutschland, weswegen den Demonstranten auch deren ideelle *Ausgrenzung* – die in der Parole zuvor noch den Rechten schwer angekreidet worden war – ganz leicht über die Lippen kommt. Erneut streiten sich – und langsam wird es schon langweilig – weltoffene, heimatverbundene demokratische Patrioten auf der einen und völkische Nationalisten auf der anderen Seite über das wahre Deutschlandbild, besser: darüber, welches Bild Deutschland in der Welt abgeben soll. Die Demonstranten wenigstens sind schwer dafür, dass auch Partnerstaaten, die »uns« bei Gelegenheit böswillig immer noch mal die Vergangenheit reinreiben, das bunte, weltoffene Deutschland zur Kenntnis nehmen.

Es bleibt dabei, dass Demokraten, selbst die bzw. gerade die mit antifaschistischer Moral im Kopf, den Rechtsextremismus nicht kritisieren können. Sie können den Wald vor lauter Bäumen, weil sie die ständig neu anpflanzen, natürlich nicht sehen.

3.4. Exkurs: »Den Heimatbegriff nicht den Rechten überlassen«

Dazu fällt mir noch was ein, was hier gut reinpasst. Von einigen Parteien bis hinein ins grüne Lager habe ich gehört, dass man den Heimatbegriff nicht den Rechten überlassen dürfe. Überhaupt gehört die Anstrengung, AfD-Wähler wieder ins bürgerliche Lager zurückzuholen, auch hierher. Das passt auch deswegen gut rein, weil damit ja auch ausgedrückt ist, dass die demokratischen Parteien für die AfD-Wähler, so wie sie sind, ein Angebot darstellen. Ich habe wenigstens von keiner der Parteien gehört, dass die AfD-Wähler kritisiert gehörten. Immer hieß es, dass die Parteien sich ändern, sich öffnen müssten und eben, wie gesagt, auch den Heimatbegriff wieder demokratisch salonfähig machen müssten.

Das passt insofern gut, als den Parolen ja zu entnehmen ist, dass diese AfD-Kritiker der AfD auch den Begriff der nationalen Identität nicht überlassen wollen, dass sie sich um den wahren Gehalt der nationalen Identität streiten – bunt oder braun. Ich erinnere in dem Zusammenhang daran, dass die aktuelle Verteidigungsministerin mit der Einführung eines Freiwilligendienstes bei der Bundeswehr namens »Heimatschutz« vorgeprescht ist, Bayern ohnehin schon vor einiger Zeit ein »Heimatministerium« eingeführt hat.

Du hast mit deinen Bemerkungen völlig recht: Man darf deswegen »Heimat« nicht den Rechten überlassen, weil – wie die prominente Muslimin Lamya Kaddor im »Vorwärts« schrieb – man darüber »ein gewaltiges Stimmenpotenzial abschöpfen könne«. Überdies sei der Begriff von Nazis nur »missbraucht« worden, denn »Heimat betrifft uns alle« und schon Hans Albers habe gesungen »Der Mensch muss eine Heimat haben ...«⁵⁹ Ob allerdings ein Volksschauspieler, der bei Goebbels auf der »Gottbegnadeten-Liste« geführt wurde, einen günstigen Kronzeugen abgibt, muss leicht bezweifelt werden.

Dass die Nazis den Heimatbegriff missbraucht hätten, darf ebenfalls bezweifelt werden. Ist doch Heimat der Inbegriff des Lebens in *vertrauter Umgebung*, in der einem alles bekannt ist, von der Schule über den Eisladen, von der Kirche und dem Bach mit den

⁵⁹ www.vorwaerts.de/artikel/ueberlasst-heimat-rechten.

Forellen bis zum Krämerladen und dem Bürgermeisteramt, dem prügelnden Lehrer usw. Irgendeinen *bestimmten* Inhalt, der Maß nehmen würde an dem, was in der Nation den Lebensalltag ordnet und regelt – Staatsgewalt, Arbeitswelt, Justiz usw. –, braucht es für Heimat nicht. Landschaftliche Schönheit: Fehlanzeige. Die stellt sich dann von selbst über Bekanntheit und Gewohnheit ein. Allein *Vertrautheit* zählt, die einschließt, dass man weiß, wo man hingehört. Sie macht sich als Gefühl frei von der Objektivität des Geldverdienens mit seinen Konkurrenzregeln und den jeweiligen Erfolgen oder Misserfolgen dabei. Deshalb soll man Heimat, ein durch und durch positives Gefühl, auch nicht mit gutem Leben im materiellen Sinne gleichsetzen. Wie überhaupt negative Erfahrungen und ihre Bewältigung das Gefühl von Vertrautheit bestücken. Es sind oder waren eben die Lebensbedingungen, in die man hineingeboren wurde bzw. die man vorgefunden hat, die man allein und deshalb auch gründlich kennt, mögen sie noch so armselig sein oder gewesen sein. In ihnen kennt man sich aus, weiß, wie man in ihnen zurechtkommt, kurz: Man akkommodiert sich denen, nicht ohne die Vertrautheit mit dem Stolz des Dazugehörigen zu komplettieren. Nur eines gehört mit Sicherheit nicht dazu: *Fremdes*. Es ist geradezu eine zentrale Bestimmung von Heimat, dass sie durch nichts Fremdes *gestört* wird. Deswegen gehört »Heimat« zur politischen Grundausstattung der Rechten. Es ist auch kein Zufall, dass Heimatfilme moderneren Zuschnitts regelmäßig zeigen, wie sich eine bei allen Streitereien letztlich in heimatlicher Vertrautheit verbundene Gemeinschaft gegen Fremde, die nicht dazu gehören, wehrt.

Der Heimatbegriff ist *gerade* mit seinem rechten Gehalt dafür geeignet, zum Zwecke der Heimholung von AfD-Wählern nicht den Rechten überlassen zu bleiben. Und egal, was die Rückholgemeinde sich alles zu »Heimat« denkt, es kommt genau so an, wie jeder Bürger seine Heimat liebt. Im übrigen bleibt abzuwarten, was noch alles *nicht* den Rechten überlassen werden darf.⁶⁰ (Exkurs Ende)

⁶⁰ Geständig ist das Ziel aller etablierten Parteien, die AfD-Wähler »zurückzuholen«, ohnehin. Denn dafür brauchen sie keine »Umerziehung« dieser Wähler. Die passen so, wie sie sind, gut zu ihnen. Sie selbst müssen denen

Es fehlt noch eine wichtige Parole, die nahtlos anschließt:

3.5. »Wir sind das Volk!«, »Wir sind mehr!«

Da fehlt noch was in der Parole: Wir sind das *wahre deutsche* Volk, muss es heißen. Die Rechten, diese Braunen gehören nicht dazu. Der Ausgrenzungsstandpunkt wird explizit. Es grenzen sich die Rechten und ihre Kritiker also immer wechselseitig ideell aus einer Volksgemeinschaft aus, die sie als ihre Heimat erst dann so richtig gern haben wollen, wenn sie keine braunen bzw. roten/bunten Flecken mehr aufweist. Saubermänner der völkischen Identität Deutschlands die einen und Saubermänner der deutschen Solidargemeinschaft die anderen; die überdies ihr Grundschulwissen über Demokratie auch zur Anwendung bringen können: Wir sind die Mehrheit! Ätsch! Und wer die Mehrheit hat, hat recht! Ätsch!

Politisch wäre das allerdings eine heikle Aussage, wenn doch von den Kritikern des Rechtstrends festgehalten wird, dass der inzwischen »bis in die Mitte der Gesellschaft« vorgedrungen ist. Da könnte es glatt sein, dass man immer noch für sich eine Mehrheit reklamiert, auch wenn sich zu ihr inzwischen all jene zugeordnet haben, die nichts gegen Flüchtlinge haben und nie die Braunen wählen würden, aber doch festhalten möchten, dass es hier einfach zu viele Flüchtlinge gibt.

nur deutlich machen, dass sie die bessere AfD sind. Und dafür bringen sie einiges auf den Weg: Sie stellen die Abschiebe- und Ausgrenzungspolitik, die ohnehin ihre Flüchtlingspolitik auszeichnet, in den Vordergrund; nicht zuletzt mit der öffentlichen Erklärung, dass ihnen die Werbung um die Abtrünnigen schon die weitere Verelendung von Flüchtlingsmassen wert ist. Den Islam nehmen sie stärker aufs Korn, wollen »Modernisierungsverlierer« durch Steuerentlastung zurückgewinnen, sich als »Familienparteien« neu profilieren, wie gezeigt den »Heimatsbegriff« nicht den Rechten überlassen usw. (vgl. z.B. www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_79590362/wie-angela-merkel-afd-waehler-zur-cdu-zurueckholen-will.html).

4. Kapitel: Mahnruf: »Immer nur kritisieren und theoretisieren. Wo bleibt denn da die Praxis?«

Der Workshopteilnehmer ist keineswegs zufrieden:

Ich stehe jetzt noch immer ziemlich ratlos da und frage mich: Und was nun? Was folgt denn für dich aus den ganzen schlaunen Gedanken über rechtes Denken, die AfD, ihre Kritiker und die Flüchtlingspolitik? Was schlägst du nun vor, was wir tun sollen? Ich will doch nicht schlauer werden, sondern was an den Verhältnissen ändern. Deswegen muss ich dir mal sagen: Ohne Praxis taugen deine ganzen kritischen Theorien nichts!

Ich kann drauf wetten, dass spätestens am Ende jeder Veranstaltung genau diese Frage gestellt wird, die auch dich umtreibt, obwohl sie längst beantwortet ist. Ich gehe trotzdem etwas ausführlicher auf sie ein. Natürlich hängt meine Antwort immer davon ab, wie die Frage jeweils *gemeint* ist. Mit drei Varianten habe ich meine Erfahrungen gemacht, wobei ich dein Anliegen der dritten und letzten Fragemotivation zuordne. Du musst also noch ein bisschen warten:

Da gibt es zum einen die Zuhörer, die meine theoretischen Gedanken damit *blamieren* wollen, dass aus ihnen nichts folgt, was als Praxis *hierzulande* durchsetzbar ist. Zweitens gibt es die *Empörten*, die *mir* eine Verantwortung für praktische Schlussfolgerungen aus dem Gesagten andichten. Und drittens schließlich gibt es diejenigen, die mit dem *Was-tun-Anspruch* in so eine Veranstaltung gekommen und enttäuscht worden sind. Nachträglich fordern sie die *Bedienung* ihres Anspruchs ein, oft begründet mit dem Urteil über das Verhältnis von Theorie und Praxis, wie du es vorgetragen hast: »Ohne Praxis taugen deine ganzen kritischen Theorien nichts!«

1. Die erste Frage ist keine Frage, sondern die *komplette Zurückweisung* der theoretischen Aussagen zur Sache in *Fragenform*, handele es sich nun um Kritik der Ausbeutung in der Dritten Welt, Kritik der Flüchtlingspolitik, um die kritische Befassung mit einem Arbeitskampf, mit der schulischen Sortierungsfunktion o.Ä. Diese Zurückweisung bemüht dabei anfänglich den *Schein eines Konsenses*. Kritiker will man auch sein, wo es doch an Ausbeutung, Flücht-

lingspolitik, Schule etc. wirklich viel zu kritisieren gibt. Doch wird in der Kritik des Vortragenden sofort eine Stoßrichtung entdeckt – ob zutreffenderweise oder nicht, spielt zunächst keine Rolle –, über die der Redner zum Extremisten erklärt wird, der Grundwerte dieser Gesellschaft nicht anerkennt. Weit entfernt davon, deswegen eine *Auseinandersetzung* über diese Grundwerte – in der Regel handelt es sich um die demokratisch erlaubte Freiheit und um Gerechtigkeit – zu beantragen, wird der Versuch unternommen, den Redner mit seinen eigenen Waffen bzw. mit dem, was dafür gehalten wird, zu schlagen: Soll er doch mal sagen, was aus seiner Kritik folgt! Dann würde sich nicht nur zeigen, wie *unpraktisch* seine Kritik ist, weil sie sich mit der *engerichteten Realität* nicht verträgt, sondern zudem würde sich sofort erweisen, dass mit ihr nichts verändert, verbessert, reformiert, sondern nur die Demokratie und die soziale Marktwirtschaft *abgeschafft* werden soll. Das soll dann die *Blamage* der vorgetragenen Kritik sein. In gewisser Weise ist sie es auch. Allerdings trifft sie mich nicht: Denn so eine Blamage beurteilt die Gedanken nicht nach ihrer *Stimmigkeit*, sondern *misst* sie an einem vorab feststehenden *Maßstab*, der seine Bedeutung ganz getrennt von der kritisierten Sache besitzt. Der lautet in diesem Fall: Theorie muss *realitätstaugliche Praxis* anleiten.⁶¹ Da mag so eine Kritik noch so *zutreffend* sein, sie taugt aber nichts, wenn sie nicht mit *Verbesserungsvorschlägen* für, wie gesagt, durchaus beanstandenswerte Zustände aufwartet. Gedanken, die sich diesem Maßstab *nicht* unterwerfen, taugen nicht nur nichts, letztlich *gehören* sie sich nicht, weil es ihnen ganz prinzipiell daran ermangelt, wofür hierzulande systematisches Denken eingerichtet ist und staatlich gepflegt wird: Es hat das Funktionieren der *existierenden* Verhältnisse zu *rechtfertigen* und zu *verbessern*.⁶²

⁶¹ Es ist dies eine Haltung zu Gedanklichem, zu Theorien, zu Wissenschaft überhaupt, die bereits in der Schule eingeübt wird, wenn jeder Schulstoff mit der Begründung ins Curriculum kommt, wofür er in dieser unserer freien Gesellschaft gebraucht wird. Schüler haben diese instrumentalistische Theoriefeindlichkeit schnell drauf und wenden sie bereits in der Schule an: »Wozu muss ich das lernen? Ich brauche das später doch gar nicht!«

⁶² Ich versuche in der Regel bei dieser Fragehaltung, der die Unzufriedenheit mit der vorgetragenen Kritik anzumerken ist, ihre Vertreter auf die

2. Dass jene, die dem *Vortragenden* die alleinige *Verantwortung* für praktische Schlussfolgerungen zuschreiben, an denen sie dann zugleich die *Bedeutung* der geleisteten Kritik bemessen wollen, von dieser Kritik ebenfalls ganz generell nichts wissen wollen, kann man ihnen *nicht* vorhalten. Ihre Frage *beruft* sich sogar in abstrakt-obligatorischer Weise eher *zustimmend* auf die geäußerten theoretischen Gedanken, allerdings in doppelt merkwürdiger Weise. Zum einen ließe sich fragen, warum es denn allein Sache des *Vortragenden* sein soll, sich über praktische Schlussfolgerungen auszulassen, wenn doch bei dem nachfragenden Publikum, das ihm auf diese Weise Zustimmung signalisiert, nun ebenfalls die theoretische Grundlage für derart weiterführende Fragen vorhanden ist. Zum anderen wird allerdings mit der Frage nicht einfach nur eine *Erkundigung* eingeholt, sondern eine *Verantwortung* angemahnt, die der Redner in Anbetracht des kritisch begutachteten Gegenstands gegenüber seinem Publikum haben soll. Wie das? Wo es ihm doch zunächst nur darum geht, anderen Menschen seine Überlegungen zu kapitalistischen Desastern mitzuteilen, mit ihnen darüber zu streiten, sie von eigenen Argumenten zu überzeugen oder sich von den ihren überzeugen zu lassen. Warum soll es ihm dabei zugleich um etwas ganz *anderes* gehen als um die Prüfung von *Urteilen* zur jeweiligen Sache? Wer ihm Verantwortung für praktische Lösungsvorschläge für die inkriminierte Sache abverlangt, der betrachtet diese von vornherein unter dem Gesichtspunkt, dass die *geistige Befassung* mit ihr zugleich die *praktische Zuständigkeit* für sie *einschließt*. Umgekehrt gilt derjenige, der erst einmal nur wissen will, was das Störende im Einzelnen ist, worin es seinen Grund hat und unter welchen Verhältnissen es als funktional gilt, als *verantwortungslos*. So etwas lebt von der *Gleichsetzung* der *Empörung* über skandalöse Zustände mit einer *Verantwortung* für deren *Behebung*. Dass die nur *eingebildet* ist, wie sich aus der zuvor im

Auseinandersetzung mit ihr zu »verpflichten«. Was an der Kritik nicht passt, das muss schon an ihr nachgewiesen werden, lautet meine Begründung. Meine Erfahrung hat gezeigt, dass an die Stelle einer sachlichen Kritik am Vorgetragenen dann in der Regel der vermisste, oben erklärte Maßstab benannt wird, also eine Auseinandersetzung über die vorgetragene Kritik gerade nicht geleistet wird.

Vortrag geleisteten theoretischen Aufklärung über die wirklich Zuständigen aus der Welt der Geld- und Staatsmacht leicht erschließen ließe, davon will diese Fragehaltung nicht nur nichts wissen. Es wird geradezu darauf insistiert, dass der kritische Redner den Fragenden einweiht in das bei ihm *unterstellte* Praxisprogramm. Und zufrieden sind diese Diskutanten erst, wenn ihnen Angebote zur Teilnahme offeriert werden, die es ihnen erlauben, »was zu tun«.

Der sachliche Gehalt der Kritik gerät dabei völlig in den Hintergrund. Kritik muss nur so interpretierbar sein, dass ein jeder in ihr einen praktischen Zugang zur Übernahme von Verantwortung findet, also *irgendwas* tun kann. So *emanzipiert* sich auch hier die Praxissehnsucht *letztlich* von der Kritik der Sache. Die ist es zwar, die eine allgemeine Empörung *ausgelöst* hat. Jedoch wird diese moralische Empörung sofort übersetzt in den *unbedingten* und deswegen von allen Überlegungen *rationeller* Einflussnahme gänzlich befreiten *Wunsch* zur Behebung der empörenden Verhältnisse; einen Wunsch, der doch letztlich – so der Wahn – *uns alle im praktischen Tun vereinen* müsste.

Ungeachtet der Tatsache, dass beispielsweise an der Flüchtlingspolitik deren imperialistischer Gehalt kritisiert wird, interessiert dann allein, wie »wir« Verantwortung für übel behandelte Flüchtlinge übernehmen können – z.B. indem »wir alle« Flüchtlinge bei uns willkommen heißen, Decken spenden, Lichterketten und Unterschriftenaktionen organisieren usw.

Und ungeachtet der Tatsache, dass die Ausbeutung auf Kaffeeplantagen in der Dritten Welt auf Konkurrenzinteressen der Plantagenkapitalisten auf dem Weltmarkt zurückgeführt wird, haben »wir« Verantwortung zu übernehmen: z.B. indem »wir alle« natürlich nur noch zu Preisen, die man sich erst mal leisten können muss, den »fair« gehandelten Kaffee kaufen und jeden anderen Kaffee nicht mehr.

Oder wenn an einem brutal mit Aussperrung ausgekonterten Streik in der Automobilindustrie die Macht des Kapitaleigentums gegenüber ohnmächtigen Arbeitskräften kritisiert wird, steht erneut fest, dass auch »wir« Verantwortung für ungerecht behandelte Arbeitskräfte übernehmen müssen, indem wir es uns verkneifen, in Zukunft weiterhin BMWs zu kaufen usw.

Verantwortungsbewusste Menschen, die sich in *jede* vorgetragene Kritik – in falsche wie in richtige – mit ihrer Moral ebenso *lässig* wie gegen den Gehalt der Kritik *ignorant* einklinken können, *fingieren* sich über diese Verantwortungsmoral obendrein ideell als *Mitschuldige* an allem, was sie so am bunten Treiben des Kapitalismus stört: Immerhin ist es, so lautet diese Fiktion, auch »unsere« Politik, die Flüchtlingen das Leben schwer bis unmöglich macht, was uns deshalb als *Deutsche* in die Verantwortung zwingt. Und immerhin *kaufen* »wir« doch den Kaffee, machen uns folglich als *Konsumenten* mitschuldig. Dass sich über die Betätigung nationalistisch eingefärbter Zuständigkeitsfiktion oder über Anleihen beim albernsten »Kunde-ist-König«-Standpunkt⁶³ *nichts* ändert, sollte man allerdings nicht behaupten. Wo sich der Kapitalismus mit seinen Skandalen zu einem einzigen *Anlass* für den Willen, Gutes zu tun, reduziert, lässt sich immerhin schlechtes Gewissen beruhigen. Auch eine Praxis, die dann bestätigt wird von den Multis, die das Geschäft mit den fairen Preisen, mit dem Bio-Siegel und dem reduzierten CO₂-Fußabdruck gleich in ihre Hand nehmen.

3. Um *dies* geht es der dritten Frage erkennbar nicht. Dass man sich zunächst *theoretisch* ans Werk zu machen hat, wenn es darum geht, an den eingerichteten Verhältnissen etwas zu ändern, davon geht sie aus. Ebenso davon, dass die theoretische Befassung mit den beispielhaft genannten kapitalistischen Zerstörungswerken zu *richtigen* Resultaten führen muss, wenn sie zu *erfolgversprechenden praktischen* Konsequenzen führen soll: Ohne richtige Theorie keine erfolgreiche Lösung praktischer Probleme; etwas, was man im übrigen von den Naturwissenschaften lernen kann.⁶⁴ Nur münden bei dem Fragesteller diese beiden Befunde in eine falsche Bestim-

⁶³ Warum dieser Standpunkt albern ist? Hier nur so viel: Ist denn noch nicht aufgefallen, dass sich die doch gerade übel beleumdeten Großkonzerne inzwischen der Produktion und des Handels »fairer« Produkte in einer Weise annehmen, dass schon wieder die selbstorganisierten Kleinproduzenten das Nachsehen haben; was sich so ein verantwortungsbewusster Mensch nun wirklich nicht gewünscht hat.

⁶⁴ Auch im Kapitalismus müssen die naturwissenschaftlich ermittelten Gesetze stimmen, damit die Brücke nicht einkracht, die Stromleitung nicht Feuer fängt und die Rakete wirklich nur den Feind trifft ...

mung des Verhältnisses von *Theorie* und *Praxis*. Denn eine zwingende *Notwendigkeit*, dass *jede* Theorie in entsprechende Praxis überführt werden muss, gibt es nicht. Erst recht verfehlt die daraus abgeleitete negative Umkehrung die Sache: Dass *ohne* Praxis die kritischen Theorien *nichts taugen*, erfindet sich einen Zusammenhang, demzufolge eine Theorie für sich nichts ist, wenn ihr nicht die Praxis auf dem Fuße folgt. Dabei steht zwangsläufig jede Theorie erst mal für sich: In sich muss sie stimmen! Dann stellt sich getrennt davon und in einem zweiten Anlauf die Frage, ob sie überhaupt eine praktische Konsequenz zulässt und wenn ja welche. Die meisten »Schlaumeiereien« über den Kapitalismus, an denen ich mitarbeite, haben gerade zu ihrem Inhalt, dass ihnen zwar mit Leichtigkeit zu entnehmen ist, was praktisch geändert werden *müsste*, um Unterdrückung und Ausbeutung, Rassismus und Nationalismus, Krieg und Frieden aus der Welt zu schaffen. Ihnen ist aber mit derselben Leichtigkeit – leider – zu entnehmen, dass Mittel und Wege, eben dies ins Werk zu setzen, zur Zeit verbaut sind – um es mal so zu sagen. Es ist folglich gerade eine Erkenntnis aus der Begutachtung der theoretischen Arbeit von Linken, dass das Verhältnis von Theorie und Praxis etwas anders buchstabiert werden muss, als die es selbst gerne hätten. Denn wenn sich der – schon wieder: leider – unbestreitbare *Befund*, dass die Bürger sich hierzulande mit überwältigender Mehrheit kritisch-nörgelnd-protestwählend in den Verhältnissen einrichten, die ihnen nicht gut tun, darauf zurückführen lässt, dass sie sich eben diese Verhältnisse falsch zurechtlegen, dann heißt »Praxis« heute: Man hat sich erstens die kapitalistischen Verhältnisse und das falsche Bewusstsein von ihnen⁶⁵ zu *erklären*, hat sich zweitens zu überlegen, wie diesem falschen Bewusstsein beizukommen ist, sprich: wie es überzeugend zu kritisieren ist, und sich drittens die Frage vorzulegen, wie ... Schluss! Mit erstens und zweitens hätte man und hat man zur Zeit genug zu tun.

⁶⁵ Zu notwendig falschem Bewusstsein siehe: www.fhuiskende.de, unter: Korrespondenz (faq) den Abschnitt: Was meinst du, wenn du ständig von »Fehlern« redest?

4. Noch eine Schlussfrage an dich: Wenn du von Praxis redest, dann denkst du doch an mehr oder weniger militante Demonstrationen, Besetzungen, Sitzstreiks, vielleicht mal hier und dort die Sprengung einer Veranstaltung usw.? Alles immer begleitet mit Aufrufen, Flyern, Parolen, Plakaten, auf denen steht bzw. stehen sollte, *warum* – nicht etwa: *dass* – sich Leute dem Protest anschließen sollten. Der Sache nach ist das nichts anderes als das, was ich gerade als die aktuell leider *nur mögliche* und darin aber *notwendige* »Praxis« angesprochen habe. Die Differenzen zwischen dir und mir liegen dann nicht darin, dass ich Theorie *versus* Praxis favorisiere, du dagegen die Sache umgekehrt siehst, sondern allein in *unterschiedlichen theoretischen* Urteilen über den Kapitalismus heute, über das, was er mit den Leuten anstellt, und was sie mit ihm – leider nicht – anstellen. Wäre es deswegen nicht angesagt, sich etwas genauer über alle Fragen zu verständigen, die uns kontrovers umtreiben, statt jede solche Debatte mit der »Was tun«-Parole zu erschlagen? Oder anders gesagt: Sollte man nicht dieses großsprecherische Insistieren auf »der Praxis« gegenüber bloßem Theoretisieren mal sein lassen? Was meinst du?

Das war viel Zeug. Gut dass ich das jetzt alles noch mal nachlesen kann!

5. Kapitel: Der Test

5.1. Abschließende Lesertäuschung ...

Hallo Leser, ihr findet untenstehend 19 Zitate aus Programmen deutscher Parteien. Bitte ordnet jedem Zitat eine zum Inhalt des Programmausschnitts passende Partei zu (CDU, CSU, SPD, FDP, GRÜNE, DIE LINKE, AfD, NPD, NSDAP); aber wirklich nur jedem Zitat *eine* Partei, obwohl sicher Mehrfachbenennungen möglich wären:

1. *Die Partei XY ist dafür, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.*

2. *Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straf-frei.*

3. *Die politische Führung der großen EU-Länder will die Europäische Union um jeden Preis und gegen den Mehrheitswillen der europäischen Völker zu einem Einheitsstaat umgestalten. Wir fordern statt dessen, die Nationalstaaten zu erhalten und ihnen wieder mehr Kompetenzen zu geben.*

4. *Wer Polizeibeamte, Feuerwehrangehörige und sonstige Rettungskräfte angreift, soll mit einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten bestraft werden.*

5. *Die XY betrachtet den bloßen Schutz der europäischen Außengrenzen als unzureichend und fordert den Aufbau eines flächendeckenden deutschen Grenzschutzes unter dem Dach der Bundespolizei.*

6. *Entwicklungshilfe sollte stets »Hilfe zur Selbsthilfe« sein. Die Auswanderung von Menschen in wirtschaftlicher Not nach Deutschland löst die Probleme vor Ort nicht. Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden.*

7. *Der Mindestlohn erlaubt eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Al-*

tersversorgung ... Die XY befürwortet daher die Beibehaltung des gesetzlichen Mindestlohns.

8. Die Pflege älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim wird höher vergütet als die Pflege durch einen Angehörigen. Wir glauben, dass die Pflege durch Familienangehörige mindestens genauso gut und wertvoll ist, wie die durch einen externen Dienstleister. Deshalb sind die häuslichen Pflegesätze an die Leistungen der Pflegedienstleister anzugleichen.

9. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muss es sein, geistig und körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muss im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen Aller erfolgen.

10. Über den Hochschulzugang hat nur die Befähigung zu entscheiden und nicht die soziale Herkunft. Das Erststudium muss gebührenfrei sein, um auch Studierfähigen aus einkommensschwachen Elternhäusern eine akademische Ausbildung zu ermöglichen.

11. Der demographischen Fehlentwicklung in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konflikträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel.

12. Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung kein klassisches Einwanderungsland. Es ist notwendig, zwischen politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen einerseits und irregulären Migranten andererseits zu unterscheiden.

13. Zentrale Prinzipien unserer wirtschaftspolitischen Leitlinien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung. Internationaler Handel ist die Grundlage unseres Wohlstandes und des friedlichen Miteinanders. Wirtschaftliche Sanktionen halten wir grundsätzlich für falsch.

14. Den Versuchen einzelner Hersteller, die Lebensdauer ihrer Produkte zum Nachteil des Kunden künstlich zu verkürzen, ist durch unabhängige Produkttests und die zeitnahe Veröffentlichung der Ergebnisse entgegenzuwirken.

15. Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürger. Trinkwasser (ist zu) schützen.

16. *Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung basiert auf bisher unbewiesenen hypothetischen Klimamodellen.*

17. *Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen ... Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände. Als fühlende Wesen haben Tiere ein Recht auf artgerechte Haltung im privaten und kommerziellen Bereich.*

18. *Die XY ist gegen verkehrspolitische Schikanen ... Die Autofahrer werden auf Deutschlands Straßen durch immer mehr Geschwindigkeitsbeschränkungen behindert.*

19. *Ziel muss die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, gegebenenfalls unter Einbeziehung Russlands, sein.*

Auflösung am Ende des Buches.

5.2. ... und ihre konstruktive Bewältigung

Ihr werdet euch jetzt vielleicht wieder etwas beruhigt haben. In der Tat mag sich der eine oder andere durch das Ergebnis blamiert, von mir hereingelegt, manipuliert gefühlt haben.

Studierende und Workshopteilnehmer, mit denen ich einen ähnlichen Test einige Male gemacht habe, fühlten sich regelmäßig von mir betrogen und warfen mir die Benutzung unlauterer Verfahren vor. Sie beschimpften mich: Ich hätte die Sätze verfälscht, umformuliert und aus ihrem Zusammenhang gerissen. Letzteres ist zwar nicht zu bestreiten, macht es nun einmal ein Zitat aus, dass es nur einen Ausschnitt aus einem längeren Text wiedergibt, doch habe ich mich bemüht, diesen jeweils authentisch auszuwählen. Umformulierungen oder andere Formen von Manipulation liegen nicht vor. Allein der kleine Trick, *alle* Parteien zur Auswahl gestellt zu haben, obwohl nur die rechten bzw. faschistischen zur Auswahl standen, enthält ein Moment der Unlauterkeit. Sei es drum. Mein Anliegen rechtfertigt es, zumal ich dem allseitigen Erstaunen entnehme, dass die politischen Programme der Parteien, die an der Macht sind und die aus der Opposition heraus um die Macht konkurrieren, und denen zu entnehmen ist, was sie mit euch vorhaben, *unbekannt* sind.

Da tretet ihr in die Fußstapfen eurer Eltern oder Großeltern, die die Lektüre von »Mein Kampf« für unter ihrer Würde befunden und lieber dem geglaubt haben, was sie *sich selbst* über den Hunde und Kinder liebenden Führer, der in Deutschland wieder Ordnung schaffen und der Heimat Anerkennung beschaffen wollte, als heimatliebende Bürger *eingebildet haben*.

Doch, so ist es! Ich trete gleich den Beweis an.

Dass die meisten Zitate von der AfD, zwei von der NPD und eines von der NSDAP stammen, aber von euch vielfach den demokratischen Parteien, auch den GRÜNEN und der LINKEN zugeordnet worden sind, ist nämlich nur für denjenigen verblüffend oder gar beschämend, der mit dem Urteil an den Test herangegangen ist, dass zwischen demokratischen Parteien auf der einen und den Parteien der Alt- bzw. Neurechten programmatisch *unüberbrückbare Differenzen* bestehen. Dabei behaupte ich: Die inhaltliche *Nähe* der Zitate aus rechten bzw. faschistischen Parteiprogrammen zu thematisch entsprechenden programmatischen Aussagen der demokratischen Parteien, die zu der falschen Zuordnung verleitet hat, hat System. Insofern habt ihr mit der Entdeckung demokratischer Parteiinhalte in rechtsextremer Programmatik gar nicht so ganz falsch gelegen. Und ich bin dadurch vom Vorwurf der Lesertäuschung entlastet. Getäuscht habt *ihr euch* und zwar allein hinsichtlich eures falschen Urteils über heftigste politische *Gegensätze* in dieser gemischten politischen Landschaft.

Wenn es nun mit dem Test gelungen ist, eigene Vorstellungen von rechtsextremem bzw. faschistischem Denken etwas in Zweifel zu ziehen, eine falsche politische Sicherheit anzukratzen, dann – und ich verhehle nicht, dass es mir genau darauf ankam – ist die Grundlage dafür gelegt, dem ein wenig nachzugehen. Wer von rechtsextremen Parolen den knallharten *Einspruch* gegen demokratische Grundsätze erwartet hat und nun eine ziemlich weit reichende *Nähe* zwischen demokratischer und rechtsextremer bzw. neofaschistischer Programmatik zur Kenntnis nehmen muss, hat sich zu fragen, was – wenigstens – in seiner Schulbildung falsch gelaufen ist.⁶⁶

⁶⁶ Siehe dazu: Gutte/Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen, a.a.O.

Zuvor will ich mich jedoch mit folgenden Einsprüchen befassen, die jedes Mal prompt geäußert wurden und bei deren Behandlung sich bereits das Meiste über die vorliegenden Fehltrübe bei Lesern, Studierenden und sonstigen Workshopteilnehmern auflösen lässt:

Da treten die Wölfe doch im Schafspelz auf, um Wähler zu gewinnen. In Wahrheit denken die Nazis doch ganz anderes!

Da mag es ja in einigen Fragen, wie z.B. in der Flüchtlingspolitik, Überschneidungen geben, die sich aus dem Druck europäischer Populisten auf die deutsche Regierung erklären. Aber mehr ist es auch nicht!

Ich habe ja immer schon gesagt, dass die herrschenden Demokraten keine richtigen Demokraten sind. Kein Wunder, dass sie mit den Rechtsextremen bündeln. Wahre Demokratie geht anders!

Du willst uns doch nicht sagen, dass zwischen Demokraten und Rechtskräften kein politischer Unterschied besteht.

Aber der Reihe nach.

Da treten die Wölfe doch im Schafspelz auf, um Wähler zu gewinnen. In Wahrheit denken die Nazis doch ganz anderes!

Nein, die Rechten von der AfD werden sich hüten. Ihnen ist zwar kein Opportunismus fremd, wenn es ihnen darum geht, die behauptete *Identität* zwischen sich und dem Volk darzustellen. Sie wissen nämlich *ihre eigenen* politischen »Wahrheiten« immer schon beim Volk tief verankert. Ihr Opportunismus ist also kein Verrat an ihren politischen Prinzipien. Sie verschweigen nichts davon, vielmehr bestätigen sie diese, indem sie sich als Diener an einem programmgenau erfundenen politischen Volkswillen vorstellen.

Außerdem muss ich feststellen, dass die aktuellen »Wölfe« von der AfD und die Neonazis der NPD mit den Altnazis der NSDAP in einen Topf geworfen werden. Auf diese Art und Weise wird aus AfD und neuem Faschismus eine Wiedergeburt der »Hitlerei«. Dann findet man ihre »wahren Absichten« wie den Holocaust, die Euthanasie und den Zweiten Weltkrieg nicht wieder und landet prompt beim Schafspelz. Das meint man schon aus der Zeit nach 1933 zu kennen – wenigstens hat man das allzu häufig so gelernt –, in der dem Volk diese wahren Ziele des Faschismus so erfolgreich verschwiegen worden seien, dass Teilen von ihm bis zum

»Zusammenbruch« nichts von der »Judenendlösung« und dem Rassistensprogramm der Euthanasie bekannt gewesen sein will. Nur so kommt man auf einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen regierenden Demokraten und opponierenden Rechtskräften. Deshalb wird jede Distanzierung der AfD vom Dritten Reich und jede Kritik der neuen Nazis an ihren Vorgängern⁶⁷ als das Verschweigen von wahren politischen Absichten interpretiert und diesen Parteien unter den Schafspelz gebuhelt.⁶⁸

Warum, frage ich mich schließlich, wird von euch nicht Ähnliches bei den etablierten *demokratischen* Parteien vermutet? Von denen sind immerhin einige, im Unterschied zur AfD, an der *Macht*! Hätten die deswegen nicht viel mehr Anlass dazu, dem Volk ihre wahren Absichten zu verschweigen? Wenn sie Flüchtlinge im Mittelmeer absaufen lassen, weil sie Deutschland vor denen schützen wollen, könnte sich doch die Frage stellen, was sie wohl mit dem geschützten Deutschland vorhaben? Ist vielleicht Merkels Willkommenspolitik nur ein Schafspelz gewesen? Kann man nicht hinter dem Programm zur Fluchtursachenbekämpfung neue quasi-koloniale Eroberungspläne entdecken? Und ist nach der Logik nicht auch der Schluss denkbar, dass sich die braven Deutschen, wenn sie sich für ihr privates Glück anstrengen, für deutsches Großmachtsinteresse eingesetzt werden? Denn nach verschwörungstheoretischer Logik ist so ziemlich alles denkbar: Man muss nur aus dem, was sie alles *nicht* machen, den Schluss ziehen, dass sie es *deshalb* gerade vorhaben. Und wenn sich dann das, was sie *machen*, zu Anhaltspunkten für die *verschwiegenen* wahren Absichten umdeuten lässt, dann gibt es erst recht kein Halten mehr.

Man muss dabei jedoch achtgeben, dass man nicht plötzlich beim Suchen nach verborgenen Absichten in Partei- oder Regierungsprogrammen die Wolfsnatur genau in dem findet, was als Regierungspolitik zur Zeit real durchgesetzt wird. Wahrheiten können auch peinlich sein.

⁶⁷ Vgl. Freerk Huiskens, Der demokratische Schoß ist fruchtbar. Über das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus, Hamburg (VSA: Verlag) 2012, S. 226.

⁶⁸ Vgl. Goldhagen-Debatte in: Gutte/Huiskens, Alles bewältigt ..., a.a.O., S. 281ff.

Da mag es ja in einigen Fragen, wie z.B. in der Flüchtlingspolitik, Überschneidungen geben, die sich aus dem Druck europäischer Populisten auf die deutsche Regierung erklären. Aber mehr ist auch nicht!

Nein, die Merkels und Co. sind mit ihrer Flüchtlingspolitik keineswegs bedauernswerte *Opfer* des Drucks von Orbán, Salvini, Kurz usw. Wie lässt sich dieser Einwand eigentlich mit eurem Befund vereinbaren, dass sich demokratische und rechtsnationale bis neofaschistische Politik *prinzipiell ausschließen*? Das wäre dann doch so ähnlich, als wenn sich ins Programm der FDP ein paar Brocken des Kommunistischen Manifests verirrt hätten. Außerdem: Warum sollten Merkel und Co. dem Druck dieser Rechtspopulisten nachgeben? Welchen Druck könnten die machen, um die ökonomisch und deswegen politisch führenden europäischen Staaten zu einer Flüchtlingspolitik zu nötigen, die deren Zwecken widerspricht? Welche Mittel könnten sie denn auffahren? Soweit deine immanenten Verirrungen.

Sachlich liegst du ohnehin daneben. Warum haben wohl deutsche demokratische Parteien einvernehmlich 1993 in das Asylgrundrecht die »Drittstaatenregelung« und das Rechtsinstitut der »sicheren Herkunftsländer« eingefügt, sodass im Prinzip kein Flüchtling mehr auf legalem Weg deutschen Boden erreichen kann?⁶⁹ Das politische Interesse lag und liegt auf der Hand: *Inländer*, das sind Menschen, auf die der Staat auf seinem Territorium einen Zugriff hat, und zwar deswegen, weil sie seinem Rechtsstaat unterstehen. Mit ihnen – mit Land und Leuten, wie es passend heißt – verfolgt er seine nationalen Zwecke. *Ausländer* gehören erst einmal nicht dazu, weil ihnen dasselbe blüht – nur eben rechtlich organisiert von einem fremden, in der Regel konkurrierenden Staat. Dem sind sie nicht nur untertan, sondern gelten überdies ebenfalls als ihm zugetan, weswegen ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten auch sorgsam registriert werden. *Flüchtlinge* sind eine besondere Spezies der *Ausländer*: Weder gerufen noch über Staatsverträge angefordert, versuchen nicht wenige von ihnen die Grenzen nach Eu-

⁶⁹ Vgl. Freerk Huiskens, Abgehauen ..., a.a.O.

ropa zu überwinden. Dies illegal, weil ihnen von den europäischen Friedensnobelpreisstaaten alle rechtlichen Wege zur legalen Einreise verschlossen wurden: Man wollte und will sie hier nicht haben, weil man sie nicht für nationale Zwecke gebrauchen kann. Ausnahmen bestätigen die Regeln. Kein Flüchtling war und ist irgendeinem demokratischen Staat in Europa jemals *willkommen*.

Dass der innereuropäische Streit um Aufnahmequoten immer noch nicht gelöst ist, belegt, dass sich rechtsradikale und demokratische Parteien und Regierungen in dieser prinzipiellen Frage *einig* sind: Keiner von ihnen will von den »illegalen« Fremden mehr als unbedingt notwendig belästigt werden. Nur deswegen konnte die AfD aus der Opposition heraus die flüchtlingspolitischen Maßnahmen der deutschen Regierungsparteien an den Außengrenzen, im Mittelmeer oder in den Herkunftsstaaten immer als *nicht ausreichend* geißeln, sie also im Prinzip *begrüßen*.

Inzwischen haben die Demokraten in Berlin sich auch nicht lumpen lassen und einige der AfD-Vorschläge übernommen, weil sie ihnen ins Konzept passten: Auffangen von Flüchtlingen in Lagern auf dem Maghreb, Dichtmachen der Balkanroute, Einbau europäisch ausgebildeter libyscher Milizen in die Mittelmeerpolitik usw.

Dass die AfD – und andere rechtsradikale europäische Parteien – für *identische* Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr bzw. Ausländerausgrenzung etwas *andere* politische *Begründungen* haben, trifft zwar zu, stört aber nicht weiter. Ebenso wie der Protest der AfD mäßig ausfällt, wenn Merkel und Co. Ausländer auch mal »willkommen« heißen oder ein Einwanderungsgesetz verabschieden lassen, das genau festlegt, wann welche Ausländer deutschen Interessen zuträglich sind und wann nicht. Der stereotype Einwand der Rechtsnationalen, zu viel davon könnte der *völkischen Identität* der Deutschen schaden, wird von den Demokraten gehört, aber dem staatsmaterialistischen Nutzensgesichtspunkt untergeordnet: Wenn im Lande Fachkräfte oder IT-Spezialisten fehlen, dann kauft man sie eben auf dem Weltarbeitsmarkt ein; nicht umsonst haben führende kapitalistische Wirtschaftsmächte, zu denen Deutschland sich zählt, dafür gesorgt, dass Flexibilität von Arbeitskräften grenzübergreifend gefragt ist.

Es sei noch hinzugefügt, dass deine »*Überschneidungen*« nicht etwa *nachgeordnete* Fragen deutscher Politik betreffen. Alles, was die Volkseinheit oder die Fragen betrifft, wie streng die rassistische Sortierung nach In- und Ausländern praktiziert wird, welche Fremden an der Grenze zurückgewiesen werden und welchen der legale Grenzübertritt gestattet wird, gehört zu den *Essentials* bundesdeutscher Staatsräson. Immerhin hängen die nationalen Zwecke auch dieser Nation davon ab, wie sich das Staatsvolk erstens für kapitalistisches Wachstum, Weltmarkteroberung und globale Anerkennung deutscher Souveränität einsetzen lässt, und wie es zweitens um seine Loyalität bestellt ist – nationalen Anliegen, denen die AfD nichts entgegensetzt.

Ich habe ja immer schon gesagt, dass die herrschenden Demokraten keine richtigen Demokraten sind. Kein Wunder, dass sie mit den Rechtsextremen zu bündeln beginnen. Wahre Demokratie geht anders!

Nein, du hast nicht recht. Eine andere als die herrschende Form ist nicht im Angebot der Demokratien.

Zwar könnte es einem eigentlich egal sein, wie du jene Herrschaftsform nennen willst, die es hier seit der Gründung Westdeutschlands gibt. Nenne sie das »parlamentarische System« oder das »herrschende politische System« oder Demokratie in Führungszeichen oder sonst wie. Aber meinst du ernsthaft, dass das rechtsextreme Bündeln von regierenden Demokraten auf eine *Fehlform* von Demokratie verweist? Wenn du selbst bei deinem Demokratieideal vom *Prinzip* der Demokratie nicht lassen willst, dann wäre die Frage zumindest angebracht, inwieweit eben jenes Prinzip nicht all das *einschließt*, was du an aktueller Demokratie nicht leiden kannst. Überdies unterstellst du der Politik damit, einem Missverständnis über ihre eigene Herrschaftsform aufgesessen zu sein und eigentlich *kein* eigenes politisches Interesse an dem von ihnen doch nun schon seit Jahrzehnten betriebenen demokratischen Parlamentarismus zu haben. Ob das so ist?

Wenn du die *existierende*, für dich so unwahre Demokratie für faschismusanfällig erklärst, muss ich allerdings zunächst Wider-

spruch einlegen: Dieses politische System will nämlich sogar aus Weimar gelernt haben. Es wurde die herrschende Demokratie von den Amtsinhabern deswegen sogar als Bollwerk gegen alle faschistischen Tendenzen gepriesen. Gegen faschistische Machteroberung will sie sich mit einer Fülle von Regeln abgesichert haben: Mit der 5%-Klausel, mit der Bindung aller Parteien an das Grundgesetz und mit dem Verbot »totalitärer Parteien« – ein Konstrukt, mit dem Kommunisten und Faschisten gleichermaßen zu Feinden der Demokratie erklärt werden. Wäre das alles nicht ein Beleg für jenen *antifaschistischen* Charakter, den du von wahrer Demokratie verlangst? Müsste all das deinem Ideal von Demokratie nicht schon ziemlich nahe kommen?

Oder bist du der Auffassung, dass die Demokraten die Demokratie als antifaschistisches Bollwerk *verraten* haben? Etwa weil die antifaschistischen Nachkriegsdemokraten Hitlers Feindschaftserklärung an den Kommunismus sofort zu einem zentralen Gehalt ihrer Staatsräson erklärt haben – deren inländisches Opfer bekanntlich sehr früh die KPD wurde –; dass sie trotz aller Beschwörungen, nie wieder zur Waffe zu greifen, ziemlich schnell dem NATO-Auftrag nachkamen und sich zum antisowjetischen Bollwerk aufrüsteten; dass überdies von dem Vorhaben sehr schnell Abstand genommen wurde, die deutsche Schwerindustrie, um die Hitler seine Kriegswirtschaft aufgebaut hatte, abzurüsten usw.

Von Verrat kann deshalb keine Rede sein, weil der deutsche Nachkriegsstaat nie ein solches *antifaschistisches* Bollwerk war. Der deutsche Nachkriegsantifaschismus hat als Staatsgesinnung nie einen anderen als diesen *antikommunistisch-nationalistischen* Sinn gehabt. Und du gehörst, das muss ich dir sagen, zu jenem kleinen Rest von Antifaschisten, die immer noch auf die Heuchelei hereinfliegen, es hätte in der deutschen Demokratie immer noch darum zu gehen, Reste der alten und den Wiederaufstieg von neuen braunen Kräften zu verhindern.⁷⁰ Was du zu Recht als die in einigen Bundesländern beginnende Bündelei von CDU und/oder FDP

⁷⁰ Vgl. Konrad Hecker, *Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung*, München 1996, S. 269ff.

mit der AfD festhältst, das fällt unter das politische Programm der konservativen Machtsicherung gegen Reste von LINKS-Kräften.

Hinweisen möchte ich dich zusätzlich darauf, dass du mit deiner Demokratiekritik sehr ungut ansetzt, da du all das von jeder genaueren kritischen Beurteilung verschonst, was die Demokratie *positiv* darstellt, sprich: was mit dieser bürgerlichen politischen Ordnung seit 70 Jahren angerichtet wird. Deine Kritik besteht immer nur im überlegenen *Abwinken* des Durchblickers: Jeden Skandal, den regierende Demokraten ihren Bürgern abverlangen, kommentierst du mit deinem: »Kein Wunder, es ist doch nicht die wahre Demokratie!« Fertig, aus! Das ist *Antikritik*!

Ein Wort noch zur Begründung deines *Ideals* von Demokratie. Dafür bemüht du mit Sicherheit immer auch das Grundgesetz, demzufolge Demokratie ja die »Herrschaft des Volkes« ist. Und von wahrer Volksherrschaft kannst du hier und heute nichts sehen, setzt dich deswegen für direkte Beteiligung des Volkes bei allen wichtigen politischen Entscheidungen ein. Ist dir nicht ein wenig mulmig geworden, als du im Lesertest – im ersten Zitat – erfahren musstest, dass die AfD das ebenso sieht? Volksentscheide nach Schweizer Vorbild fordert sie und untermalt das mit der Parole: »Wir sind das Volk!«

Nicht dass ich dich dem rechten Lager zuordnen will, obwohl ich Anti-AfD-Demos erlebt habe, die dieselbe Parole mit starker Betonung auf dem »Wir« nur zurückgegeben haben. Aber überdenken solltest du schon sehr gründlich, dass du mit deinen erklärten politischen Feinden in der Frage des Volksplebiszits *einig* bist. Für die AfD und ähnliche Gruppierungen ergibt sich die Demokratiekritik aus ihrer Gewissheit, die *Stimme des Volkes* zu sein, folglich mit jedem dem Volk vorgelegten Entscheid die dem Volk angedichteten eigenen politischen Zwecke leicht abholen zu können.

Damit setzen diese Rechtskräfte im übrigen nur in radikalisierter Weise fort, wofür die parlamentarische Demokratie den Gewählten taugt: Für die *Freiheit*, getrennt von konkreten Volkswünschen und -beschwerden, der Sache der Nation für eine weitere Legislaturperiode zu dienen. Rechtskräfte würden zur Wahrnehmung solcher Freiheit im Prinzip nicht einmal eine Wahl benötigen, zu

geschlossen ist in ihrem Wahnsystem die *Identität* zwischen ihnen und dem Volk.

Zusammenfassend will ich sagen: Die Demokratie, über die das politische und ökonomische Leben hier geordnet wird, stellt die zum Kapitalismus ziemlich perfekt passende Organisation von Herrschaft dar.⁷¹ Und *Volksherrschaft* gibt es auch nur so. Also verabschiede dich von deinen Demokratie-Idealen und nimm dir kritisch vor, was unter demokratischer Herrschaft hier und auswärts alles angerichtet wird.

Du willst uns doch nicht sagen, dass zwischen Demokraten und Rechtskräften kein politischer Unterschied besteht.

Nein, das will ich nicht! Aber was ich will, ist den Nachweis zu führen – und das müsste bis hierher eigentlich deutlich geworden sein –, dass es einerseits zwischen den etablierten Demokraten und der AfD politisch fließende Übergänge gibt, und dass andererseits gleiches für das Verhältnis zwischen AfD und den Nazis z.B. von der NPD gilt.⁷² Die jeweiligen, gemäßigten bzw. nationalkonservativen Flügel auf der einen und der »Flügel« der AfD auf der anderen Seite stehen dafür. Was in der Machtkonkurrenz draus wird, wird man schon sehen.

Von der politischen Programmatik her sind einige dieser fließenden Übergänge und Affinitäten zwischen den Demokraten und der AfD, die auf Gemeinsamkeiten im nationalpolitisch Prinzipiellen verweisen, schon angesprochen worden:

- In der elementaren rassistischen Menschensortierung nach In- und Ausländern nehmen sie sich nichts. Die Differenzen beginnen dort, wo Demokraten Gründe haben, von dem Ausschluss der »Fremden« *Ausnahmen* zu machen, die immer mit den nationalen Interessen, besonders Wachstumsinteressen, begründet werden. Dass die Nation einen *geregelten* Zustrom fremder Ar-

⁷¹ Vgl. dazu auch: Das Volk: eine furchtbare Abstraktion, in: Gegenstandspunkt, Heft 1/2006.

⁷² Ich bleibe im Folgenden bei den Demokraten und der AfD, weil sie im Zentrum der politischen Macht und Aufmerksamkeit stehen.

beitskräfte aushält, darum bemühen sich demokratische Parteien nach Kräften – und stoßen dabei auf die radikalere Ausländerfeindlichkeit der AfD, die fälschlicherweise in der Flüchtlingspolitik der Regierung das Einlasstor nationaler »Umvolkung« (Gauland) sieht. (Zitate 5, 11 und 13)

- Wen es verwundert, dass sich die AfD für Mindestlohn und bessere Vergütung von Pflegediensten einsetzt (Zitate 7 und 8) und wer es zu sozialpolitischem Opportunismus erklären möchte, unterschlägt das Herz, das die AfD für das arbeitende deutsche Volk hat. Für Deutschlands Wohl zu arbeiten, muss nicht nur Ehre sein, sondern zugleich den Bestand der nationalen Arbeitskraft sichern; und das selbst dann, wenn dies auch mal gegen Profitinteressen deutscher Unternehmer im produktiven oder pflegerischen Bereich geht – was die meisten der wirtschaftspolitisch aktiven Demokraten eben etwas anders sehen.
- Das Zitat 13 könnte von allen Parteien unterschrieben werden: Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung, sprich: Marktwirtschaft sind Grundprinzipien des kapitalistischen Wirtschaftens. Gleiches gilt für Handel und Frieden. Der Haken besteht in der generellen Ablehnung von wirtschaftlichen Sanktionen durch die AfD. Dieses Mittel von Außenpolitik nutzen die regierenden deutschen Demokraten ebenso ungerührt, wie sie dann gegen es poltern, wenn es sie oder andere Falsche trifft. Was die AfD nicht leiden kann, das ist der Stand der *globalisierten* Ökonomie. In der entdeckt sie z.B. in Gestalt der Sanktionspolitik das Einfallstor fremder Mächte in Belange deutschnationaler Souveränität.
- Wie überhaupt die nationale Souveränität zu den politischen Heiligtümern – nicht nur – der AfD gehört. Da kennt sie überhaupt keine Ausnahmen, will deswegen in Sachen Europa zurückrudern (Zitate 3 und 5) und erklärt bündig, dass jede Relativierung nationaler Souveränität in Bündnissen – handele es sich um die EU oder die NATO – ganz prinzipiell zur Beschädigung ausschließlich national bestimmter Machthoheit führt. Demokraten, die ebenfalls nicht daran denken, den deutschen Nationalstaat irgendwelchen Vereinigten Staaten von Europa zu opfern, wissen dagegen um machtpolitische Vorteile dieser

Bündnisse. Dabei fällt ihnen weniger ein, Teile der eigenen nationalen Souveränität dem Zugriff von Partnern bzw. Konkurrenten preiszugeben, sondern ganz umgekehrt, die eigene überlegene ökonomische Produktivität dafür einzusetzen, um die europäische Konkurrenz als Mittel nationaler Bereicherung zu nutzen. Der »gemeinsame«, entgrenzte Binnenmarkt, die Preisgabe nationaler Währungshoheit und die Vorschriften für nationale Verschuldungspolitik sind die zentralen, auf Preisgabe souveräner Rechte der Nationalstaaten beruhenden Instrumente, mit deren Hilfe sich der im Inneren entsprechend zugerichtete deutsche Standort zur ökonomischen Nummer eins in Europa hochgearbeitet hat. Auch hier geht es der AfD allein und so sehr ums Prinzip, dass sie nationale Vorteile von Souveränitätsrelativierung nicht anerkennt und letztere zu einem Verbrechen erklärt.

- Abschließend noch ein Wort zum Natur- und Trinkwasserschutz. Jedermann weiß, dass dies auch bei Demokraten hohe Rechtsgüter sind. Allerdings sind sie bei ihnen als *Ressourcen* kapitalistischer Ökonomie und nationaler Infrastruktur und nicht als unangreifbare *Lebensgrundlagen* des deutschen Volkes anerkannt, als welche die AfD sie zusätzlich schätzt und sichern will – auch wenn es das deutsche Kapital die eine oder andere Million mehr kostet. Demokratische Politiker arbeiten sich dabei dauerhaft an dem Widerspruch ab, demzufolge die *Benutzung* aller natürlichen Ressourcen für kapitalistisches Wachstum bzw. deren Privatisierung zur Profitquelle zugleich deren ständige *Ruinierung* bzw. *Verknappung* einschließt. Um die Händelung eben dieses Widerspruchs wird auch eine AfD nicht herum kommen, wenn Demokraten sie an der Macht beteiligen.

Zwei Schlussfolgerungen liegen auf der Hand:

Erstens ist jetzt belegt, dass alle Leser, welche die AfD-Zitate demokratischen Parteien zugeordnet haben, so falsch nicht gelegen haben. Ihr Erschrecken über diese Zuordnung sollte erledigt sein und dafür der folgenden Fragestellung weichen: Sie hätten sich zu fragen, warum sie zwischen Parteien einen unüberwindlichen *Gegensatz* festhalten, der sachlich nicht nur nicht zu halten ist, sondern sich in die Feststellung auflöst, dass die AfD so ziemlich alle

politischen *Systemgrundsätze* teilt, auf denen auch Demokraten ihre Politik aufbauen.⁷³

Daran ändert auch die durchgehende und gelegentlich sogar zum Volksverrat zugespitzte *Unzufriedenheit* dieser Partei mit der Regierungsarbeit der Demokraten nichts. Sie gründet darauf, dass diese Neue Rechte in der staatsmaterialistischen Instrumentalisierung der zentralen Grundlagen der nationalen Politik, die alle Nachkriegsdemokraten leitet, den *Verrat* an ihnen sieht: Verrat am *Volk*, insofern zugelassen wird, dass Fremde das deutsche Volk in seiner Identität zerstören, und Verrat an der nationalen *Souveränität*, damit am *Nationalstaat* überhaupt, durch jene Bündnispolitik, die letztlich Deutschlands neue imperialistische Größe befördert hat.

Umgekehrt löst sich die immer noch gepflegte Selbstvergewisserung der Demokraten, dass eine Partei wie die AfD eigentlich nicht zu Deutschland passt, in nichts als *Parteienkonkurrenz* auf. Dass da eine Partei rechts von der CSU – wo es laut F.J. Strauß keine Partei geben kann – Zulauf hat, Kritiker der Regierungsarbeit auf die Straße treibt und Stimmen bekommt, läuft, so lautet die Befürchtung, auf weitere Machtteilung hinaus und zwar mit einer Partei, die den demokratischen Nationalismus zum *völkischen* ausbaut und die an Bündnispolitik moniert, dass der demokratisch regierte Staat seine Souveränität, sprich: seine Machtgrundlagen nicht mehr im Griff hat.

Zweitens sollte all denen, die in der AfD so etwas wie die Inkarnation *antidemokratischer* Politik gesehen haben wollen, klar

⁷³ Es liegen dem Fehlurteile über das System demokratischer Politik ebenso zugrunde wie eine falsche Reduktion des Faschismus auf den Holocaust, auf Euthanasie oder auf die brutale Ausschaltung jeder abweichenden politischen Strömung. Das bedeutet aber zugleich, dass sich damit die *antifaschistische* Gesinnung – und es gab kaum einen Studenten, der diese nicht für sich in Anspruch nahm – gründlich blamiert hat. Das »anti« traf und trifft nur eine Karikatur des Faschismus, die sich aus nichts anderem als aus einer recht geständigen Vorstellung von Demokratie erklärt: So etwas kommt in der Demokratie nicht vor! Jede gründliche Kritik des alten oder neuen Faschismus hat mit dieser Karikatur aufzuräumen und sich dabei jeder Parteilichkeit zu enthalten. Was dann noch als Antifaschismus stehen bleibt, wird man sehen.

geworden sein, dass sie mit korrekter Kritik an der *Programmatik* der AfD ebenso bei den demokratischen Parteien fündig werden können.⁷⁴

⁷⁴ Allerdings müssten sie dafür davon Abstand nehmen, die AfD auf Höcke-Zitate zu reduzieren.

Nachruf: Warum ein Gespräch mit Flüchtlingen nicht zustande gekommen ist

Der Versuch, über Hilfe durch mir bekannte Mitarbeiter der Ausländerbehörde Kontakt zu Flüchtlingen zu bekommen, gelang sehr schnell. Die – zumeist englischsprachigen – Flüchtlinge waren auch bereit, mit mir über ihr »Schicksal« zu reden. Doch Infos über das Elend, das sie in ihren Herkunftsländern, auf der Flucht, in Lagern, an der EU-Außengrenze und in hiesigen Flüchtlingsunterkünften erfahren hatten, gibt es, mit falschen Kommentaren versehen, in den Feuilletons der Tageszeitungen und Buchpublikationen zu Hauf. Das wollte ich nicht ergänzen. Zu einem Streitgespräch mit ihnen über all das, was ihnen hier von Bürgern nachgesagt wird, was sie in Europa an fremdenfeindlichen Übergriffen erlebt hatten, und über deren politische Gründe kam es jedoch nicht. Nicht weil sie nicht bereit gewesen wären, sondern weil ich mir nicht permanent anhören wollte, dass all das, was sie hier erleben würden, nichts im *Vergleich* zu den Leiden sei, die sie in ihrer Heimat erlitten hätten.

Es gab eine Ausnahme. Nach Beendigung der Kontaktaufnahme kam ein Flüchtling, ein Student aus Syrien, auf mich zu, bat um ein Gespräch unter vier Augen und erklärte mir im Verlauf einiger Stunden ungefähr Folgendes:

Er sei nun seit 2015 hier und müsste Deutschland beglückwünschen. Während der Hitler-Staat alle Menschen, die nicht nur nicht willkommen, sondern als Gefahr für Deutschland eingeordnet waren, in den KZ umgebracht habe, würden moderne westliche Demokratien alle auswärtigen Menschen, die sie bei sich nicht haben wollten und an deren Fluchtgründen sie ja nicht unbeteiligt seien, nicht umbringen. Die würden sich schon selber dezimieren: auf der Flucht, auf dem Meer, in der Wüste. Und auch die Konzentration in Lagern fände praktischerweise jenseits der Grenze, z.T. auf anderen Kontinenten statt. Und das würde so gut klappen, dass eine deutsche Kanzlerin ihr schlechtes humanistisches Gewissen unter Beteiligung von Teilen des deutschen Volkes mit einer »Willkommenspolitik« beruhigen konnte. Er wolle mir ja nicht zu nahe treten, sei sich jedoch sicher, und das, was er sonst an westlicher Po-

litik erlebt habe, würde ihn in dem Urteil noch sicherer machen, dass sich Deutschlands Demokraten in Notlagen den Übergang zum Faschismus ersparen können; nicht zuletzt wegen des deutschen Volkes, das sich aktuell allein über die Frage streitet, ob man Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer oder in die Fabrikhallen des Kapitalismus abschieben sollte.

PS:

Das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos brennt mal wieder.⁷⁵ Diesmal geht es ganz in Flammen auf. Circa 12.000 Flüchtlinge hausen an Straßen und in Wäldern. Derweil leisten sich deutsche Politiker einen »Überbietungswettbewerb« (F. Merz, CDU): 150 unschuldigen Kindern will Seehofer eine Lagerperspektive bieten. Flüchtlinge rufen nach Merkel. Merkel und Seehofer einigen sich auf 1.500 Familien mit unschuldigen Kindern. Das wäre eine »einmalige Kraftanstrengung«, stellt CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak klar. Was die SPD nicht ruhen lässt. Sie fordert eine »hohe vierstellige Zahl« (Saskia Esken, SPD). Natürlich muss es eine europäische Lösung geben. Die kommt bisher nicht zustande. Seehofer will derweil auf Lesbos nachschauen, wer am »dringendsten Schutz« benötigt. Ziel sei es, »objektive Kriterien anzuwenden, damit keine unkontrollierbaren Folgewirkungen entstehen« (Bundesinnenministerium, nach: Focus 15.9.2020, 11:12h): Sonst könnte ja jeder Flüchtling Ansprüche anmelden; was auch für das innerdeutsche Klima schädlich wäre. Unterdessen bleibt die Lage auf Lesbos weiter »gespannt« (SZ, 15.9.2020)

Kein Kommentar.

⁷⁵ Eine Chronik dieses Lagers findet sich unter: www.faz.net/2.1677/nach-dem-brand-in-moria-die-chronik

Auflösung des Tests (S. 122ff.):

1. AfD ([alle: www.afd.de/grundsatzprogramm/](http://www.afd.de/grundsatzprogramm/))
2. AfD
3. AfD
4. AfD
5. AfD
6. AfD
7. AfD
8. AfD
9. NSDAP
(www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html)
10. NPD (<http://www.medien.npd.de/dokumente/>)
11. AfD
12. AfD
13. AfD
14. AfD
15. AfD
16. AfD
17. AfD
18. AfD
19. NPD (s.o.)

Notizen

Notizen

Freerk Huiskens bei VSA:



Freerk Huiskens Erziehung im Kapitalismus

Überarbeitete und erweiterte
Neuausgabe

Von den Grundlügen der Pädagogik und dem
unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten

Freerk Huiskens Erziehung im Kapitalismus

Von den Grundlügen der Pädagogik
und dem unbestreitbaren Nutzen der
bürgerlichen Lehranstalten
Überarbeitete und erweiterte
Neuausgabe

472 Seiten | € 29.80

ISBN 978-3-89965-691-6

Der Autor legt die »Grundlügen der Pädagogik« bloß und räumt mit Illusionen – auch – kritischer Erziehungswissenschaft auf

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



freerk huiskens abgehauen



eingelagert aufgefischt durchsortiert
abgewehrt eingebaut
neue deutsche flüchtlingspolitik

Freerk Huiskens Abgehauen

eingelagert aufgefischt
durchsortiert abgewehrt eingebaut –
Neue deutsche Flüchtlingspolitik –
Eine Flugschrift

144 Seiten | € 9.80

ISBN 978-3-89965-692-3

Freerk Huiskens kritisiert die neue,
global aufgestellte deutsche Flüchtlingspolitik.

Rolf Gutte / Freerk Huiskens Alles bewältigt, nichts begriffen!

Nationalsozialismus im Unterricht

344 Seiten | € 19.80

ISBN 978-3-96488-044-4

www.vsa-verlag.de

VSA: Analysen & Argumente



Reinhold Gütter

Fluchtursachen

Fremd- und Selbstbestimmung Afrikas
seit 1960

184 Seiten | € 14.00

ISBN 978-3-96488-052-9

Reinhold Gütter stellt faktenbasiert die Entwicklung des Kontinents seit der formalen Unabhängigkeit seiner Staaten dar und diskutiert Perspektiven für die Zukunft.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de



Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff/Jack Weber

Gegen Rechts argumentieren lernen

Aktualisierte
Neuauflage

Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff/Jack Weber

Gegen Rechts

argumentieren lernen

Aktualisierte Neuauflage

192 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-762-3

Kritische Auseinandersetzung mit Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist mehr denn je gefordert. Die bewährte Argumentationshilfe für die politische Bildung und für das Selbststudium in aktualisierter Neuauflage.

www.vsa-verlag.de